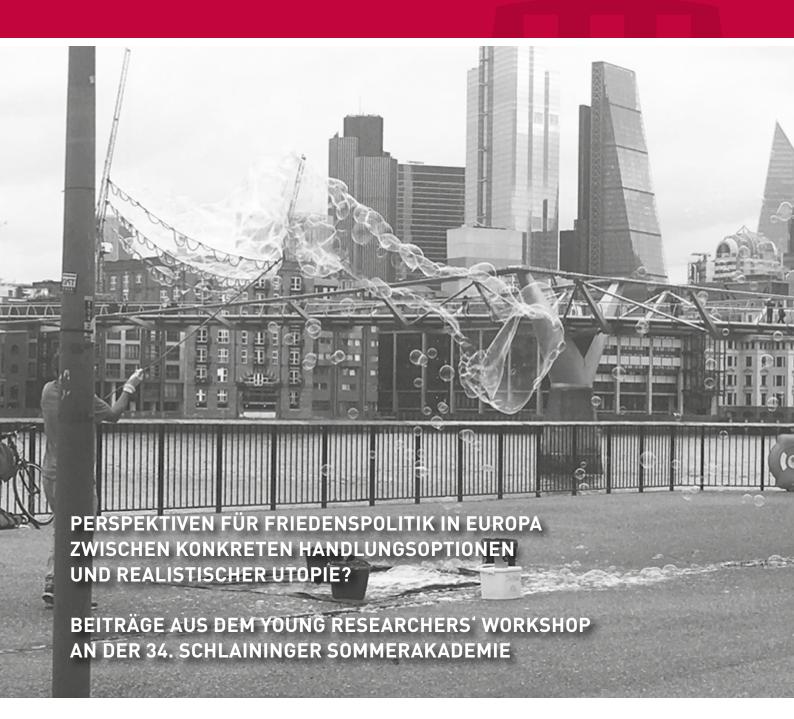


## WELT IM UMBRUCH

ASPR REPORT NO. 1/2018



### **INHALT**

Vorwort3
Konkrete Utopien und Kreative Handlungsoptionen Robin Jeremy Tapkan4
Die Vorstellung der Welt – Warum kartographische Darstellungen unser Grenzdenken formen und ein Perspektivenwechsel notwendig ist. Ein Aufsatz. Lisa Wolf
Ein anteilloser Anteil und die Vergessenen Europas – Ästhetik als emanzipatorischer Diskursmodus eines offenen Europas Tim Bausch
Mach's postkolonial! Chancen und Widersprüche des Border Thinking in der Forschungspraxis Julia Schranz, Sophia Stanger und Franziska Strasser
Linkspopulismus als Mobilisierungslogik. Zur Konstituierung gegenhegemonialer Projekte bei Ernesto Laclau und Chantal Mouffe Julia Brandstätter
Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union im Zusammenspiel mit der Utopie einer Europäischen Republik Rebecca Trixa
Perspektiven der Friedens- und Konfliktforschung auf EUropa: Konflikte und ihr Potenzial für die Konkrete Utopie einer europäischen BürgerInnenschaft Nora Sophie Schröder

### Impressum

### Austrian Study Centre for Peace and Conflict Resolution (ASPR)

Fotos: Renate Graf

### **VORWORT**

Die Perspektivenbildung um eine europäische Friedensordnung gehört derzeit zu einer international stark diskutierten Thematik. Einerseits geht es um deren aktuelle und mögliche zukünftige Ausgestaltung. Die Europäische Union selbst, konkret der Europäische Auswärtige Dienst, hat mit der EU Global Strategy dazu einen manifesten Entwurf vorgelegt, der jedoch langfristige oder gar utopische Perspektiven vermissen lässt und explizit vom Bemühen getragen ist, verschiedene mitunter weit auseinanderliegende Positionierungen in einer gemeinsamen Klammer zu fassen. Dass dabei überraschende oder innovative Aspekte auf der Strecke bleiben, liegt in der Natur des Prozesses.

In den vergangenen Jahren hat eine Abfolge von Krisen, Umbrüchen und Konflikten nicht nur dazu beigetragen, vermeintliche Gewissheiten in Frage zu stellen, sondern auch das Grundvertrauen eines Teils der Bevölkerung in die Politik und andere Organe des öffentlichen Lebens in ganz Europa zu erschüttern. Der unbefriedigende Umgang mit Flucht und Migration, der Aufstieg einer völkischen Rechten, wachsender Nationalismus, Populismus und gewaltbereiter Extremismus, Unabhängigkeitsbestrebungen, Brexit und geforderte weitere Austritte aus der oft ungeschlossenen und entscheidungsschwachen Europäischen Union, Finanz- und Bankenkrisen, drohende Staatsbankrotte, heftig umstrittene Freihandelsabkommen, die zunehmende soziale Ungleichheit, die fortschreitende Erderwärmung, Terroranschläge in Europas Metropolen, Konflikte vor den Toren der EU, eine weiterhin existierende nukleare Bedrohung – und dies alles vor dem Hintergrund der neuen US-Administration - konfrontieren uns mit einer dynamischen Komplexität der Realität, der der öffentliche Diskurs nicht gerecht werden kann. Umso wichtiger ist es, gerade jetzt eine kritische Diskussion um die spezifische historische Verantwortlichkeit EU-Europas, dessen Ursprung ja nicht als Friedensmacht, sondern vielmehr als Kolonialmacht festgemacht werden muss, sowie die weitergehenden politischen Kontextualitäten und visionären Optionen einer in der Europäischen Union wurzelnden Friedensordnung zu führen.

Die Schlaininger Sommerakademie 2017 lieferte dazu unter dem Titel "Welt im Umbruch – Perspektiven für Friedenspolitik in Europa zwischen konkreten Handlungsoptionen und realistischer Utopie?" einen passenden Rahmen. Insbesondere der während der ganzen Akademie-Woche stattfindende Young Researcher Workshop setzte sich zum Ziel, die Thematik auf wissenschaftlicher Ebene zu explorieren und konkrete Handlungsempfehlungen und Ansätze für eine



gerechte, inklusive, nachhaltige und tolerante europäische Friedensordnung im Sinne einer 'konkreten Utopie' zu erstellen. Neben der Analyse ausgewählter "Krisenkomplexe" – genannt seien das Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen und autoritärer Regime, die steigende wirtschaftliche Ungleichheit und die Zunahme von Krieg und Vertreibung in unmittelbarer Nachbarschaft zur EU – setzte es sich die Veranstaltung zum Ziel, Antworten auf die Frage nicht nur nach dem Sinn des europäischen Projekts, sondern auch nach dessen Akteuren zu finden: Wohin wollen wir Europa entwickeln? Wer soll an diesem Prozess teilhaben? Warum wenden sich gesellschaftliche Gruppen von diesem Projekt ab? Wie gehen wir mit Ablehnung und Aggression um? Und wie kann es gelingen, eine Vision von Europa zu entwickeln, die wieder für breitere gesellschaftliche Gruppen attraktiv ist? Der vorliegende ASPR Report präsentiert die erarbeiteten Papiere und stellt sie dem interessierten Fachpublikum zur Diskussion. Die wesentliche und, im wahrsten Sinne des Wortes, übergreifende Gemeinsamkeit der hier versammelten Texte ist der über die konkreten politischen Fragen weit hinausgehende theoretische, historische und geographische Rahmen, der gespannt wird. Insbesondere ist es die Eigenschaft Europas als vormalige Kolonialmacht und die daraus resultierende postkoloniale Kontextualisierung jeder europäisch konnotierten Friedensordnung, die die Beiträge bewegt. Die nach wie vor bestehende Relevanz der postkolonialen Realität wird dementsprechend stark als konkreter Handlungsrahmen eingefordert.

> Jan Pospisil unter Mitarbeit von Jakob C. Fürst, Gudrun Kramer und Andrea Warnecke

## KONKRETE UTOPIEN UND KREATIVE HANDLUNGSOPTIONEN

Robin Jeremy Tapkan

Wo sind die konkreten Utopien und wo sind die kreativen Handlungsoptionen? Diesen Fragen stellt sich der vorliegende Essay. Ziel ist, die gesammelten Eindrücke der Sommerakademie 2017 des ASPR, Austrian Study Centre for Peace and Conflict Resolution, zusammenzutragen. Das sind Eindrücke, ganz persönliche teilweise, von den vielen Vorträgen und den Diskussionen vor, zwischen und nach dem eigentlichen Programm. Dazu zählen außerdem der gehaltene Friedensgottesdienst, die Begleitung der Sommerakademie durch eine Moderatorin und einen Moderator und die damit einhergehende tägliche, gemeinsame Reflexion der individuellen Erfahrungen.

Die zentralsten Eindrücke sind einerseits die Organisation und Fragestellung der gesamten Sommerakademie sowie andererseits der durch mich besuchte Workshop für Nachwuchswissenschaftler\*innen. Der Workshop trug den Titel Kreative Handlungsoptionen und diese, wie sie auf der Sommerakademie diskutiert wurden, sichtbar zu machen, gehört ebenso mit zur Fragestellung, wie den Titel der Sommerakademie Welt im Umbruch. Perspektiven für europäische Friedenspolitik an ihrem Inhalt zu messen. Die Fragestellung selbst ist Teil des Einladungstextes zur Sommerakademie und macht durch ihre Formulierung offensichtlich, dass kreative Handlungsoptionen und konkrete Utopien im Rahmen der Sommerakademie erarbeitet, diskutiert und präsentiert wurden. Sicher ist also, dass die Sommerakademie erreicht hat, was sie zuvor versprochen hatte<sup>1</sup>.

I

Die verschiedenen Ebenen der Eindrücke sollen im Folgenden collagiert dargestellt werden, unabhängig ihrer ursprünglichen Form, ob Diskussion, Vortrag, Skizze oder Reflexion, werden diese systematisch verschriftlicht (vgl. Negt 2012: 28). Dieses Vorgehen entwickelt sich, wie es sich bis hier bereits entwickelt hat, aus der Betrachtung des Materials selbst (vgl. Horkheimer 1937: 8-9). Die einzelnen Eindrücke werden abgeklopft und auf Spuren untersucht, wie Alexander Neumann – Vortragender im ersten Panel<sup>2</sup> – das

in seinem Vortrag beschrieb, die zu den konkreten Utopien und kreativen Handlungsoptionen führen.

Angesichts der enormen Menge an Eindrücken, der Komplexität der aufbereiteten Themen und der wenigen Wörter, die zur Verfügung stehen, benötige ich, neben der bis hier gelegten Struktur, einige Absicherungen und Einschränkungen. Ziel ist, die Eindrücke bezüglich der genannten Fragestellung zu einem Ganzen zusammenzutragen und sie zu formulieren, sodass die kreativen Handlungsoptionen und konkreten Utopien sichtbar werden. Dabei bleiben womöglich einige Eindrücke außen vor und andere ohne Relevanz, obschon sie für Dritte zentral sind. Das heißt, es ist ausdrücklich nicht das Ziel, eine schlichte Zusammenfassung der Sommerakademie zu geben oder einen Erlebnisbericht oder anderes mehr zu verfassen. Die Collage der Eindrücke bietet die Möglichkeit, unter einem thematischen Fixpunkt alles zu verbinden und je nach Gewichtung unterschiedlich hervorzuheben, ohne eine Bedeutungshierarchie zu erzeugen. Gleichzeitig ist die Collage keine trockene Wiedergabe der Eindrücke und unterstreicht damit das rückseitige Ziel der Arbeit. Neben der Ortsbestimmung der Handlungsoptionen und Utopien soll die Formulierung des Essays anregen, Handlungsoptionen sowie Utopien zu nähren, zu vermehren und die Vielfalt des Friedens sowie die Potenziale von Konflikten anzuerkennen. Als Teilnehmer der Sommerakademie habe ich keinen neutralen Standpunkt gegenüber der Wirklichkeit, die ich "in ihrer Verdrehung und Fragmentierung begreifen" und neu konstruieren will (Negt 2012: 45). Neben der Analyse der Sommerakademie ist der Essay ein Anstoß, "überschreitende Gedanken, de[n] Traum von einer besseren Welt" als realistische "Konstruktionen" anzuerkennen (Negt 2012: 47).

### Ш

"Von den Rändern her zu denken", "Kolonialität als Unterseite der Moderne" miteinzubeziehen. Das sind Aufforderungen von Claudia Brunner, die sie im ersten Panel der Sommerakademie in ihrem Vortrag an die Zuhörenden stellte. Das bedeutet, den Eurozentrismus aufzubrechen und einen neuen epistemischen Ausgangspunkt zu wählen. Ein Projekt, das Brunner voranbringt, indem sie dekoloniale Theoriebildung betreibt. Dieses Projekt gibt bewusst keine Anleitung, wie Denken dekolonialisiert wird, sondern arbeitet mit Brüchen und Widersprüchen, zeigt auf, wo die Dinge schief liegen ohne neu zu sortieren. Es greift die bestehende Ordnung an und fördert den Konflikt, um Frieden gestalten zu können.

<sup>1</sup> Unter folgender URL ist der Flyer der 34. Sommerakademie einsehbar: http://www.friedensburg.at/uploads/files/ SAK17\_Flyer2\_web.pdf [zuletzt aufgerufen am 30.08.2017]

<sup>2</sup> Viele der Verweise sind lediglich durch eigens und akribisch angefertigte Mitschriften der Vorträge und Diskussionen beleget. Jeweils bei der ersten Nennung der Vortragenden wird genannt in welcher Funktion diese die Sommerakademie besuchten. Der Ablauf der Sommerakademie ist dem verlinkten Flyer zu entnehmen, siehe Fußnote 1.

Die Zustimmung zur bestehenden Ordnung, "Ticketdenken", sprich die Vereinfachung komplexer Probleme und der Hang zu autoritären Lösungen, lassen sich nach Alexander Neumann – ebenfalls Vortragender im ersten Panel – und mit Edgar Morin als "Yé-Yé Kultur" beschreiben. Zustimmen und Folge leisten, ist einfacher, als die eigene Stärke und Ordnung zu reflektieren oder das "Eingedenken der Möglichkeiten zur Veränderung", wie Neumann Adorno zitierte, zu wagen.

Ideen, wie verändert werden oder wie unsere Welt gerechter, friedlicher oder erträglicher werden könnte, sind längst vorhanden. Andreas Gross – er war Vortragender im zweiten Panel –sprach beispielsweise von einem Versprechen, das darauf warte, eingelöst zu werden: Mit der Vereinigung der Wirtschaft Europas käme die politische Einigung einher, die Demokratisierung Europas. Für Gross ist "die Demokratie zu verlängern", damit "das demokratische Ruder" wieder bis ins Wasser reicht, eine realistische Utopie. Dafür benötige die Europäische Union eine eigene Verfassung, forderte Gross und gab allen Bürger\*innen die Handlungsoption, diejenigen Politiker\*innen zu wählen, die bereit sind, eine Verfassung zu schaffen, die dann den Menschen zur Abstimmung vorgelegt wird.

Diese realistische Utopie einer europäischen Verfassung ist ein Beispiel für ein affirmatives Proiekt hin zur "Konstruktion eines kollektiven Willens" (Antonio Gramsci), wie Oliver Marchart - Vortragender im zweiten Panel - es nannte. Marchart betonte allerdings, dass einerseits die politischen Akteure für das Projekt der europäischen Verfassung fehlen würden und andererseits die Macht in Europa dezentral organisiert sei. Die konkreten Utopien und vor allem die kreativen Handlungsoptionen existieren in Europa, lässt sich mit Marchart folgern, das zeigen Bewegungen wie Podemos oder Syriza sowie die selbstständige, weltweite Vernetzung von Städten und Regionen, wie beispielsweise in der Transition Town Bewegung. In der Diskussion mit den Referenten und der Referentin des zweiten Panels wurde richtig gegen Gross angemerkt, dass bereits erfolglos versucht worden sei, eine europäische Verfassung zu verabschieden.

Die historischen Ereignisse bedenkend und gegebene Versprechen einbeziehend. Utopien aufgreifen, bestärken und fördern, die gegenwärtig gegeben sind. Sich stark machen für Perspektiven, die scheinbar zum Scheitern verurteilt sind und uns zu Außenseitern gradieren, für Perspektiven, die zu allererst Unordnung und Arbeit schaffen, statt einfache Lösungen zu bieten. Das fordert die dekoloniale Theorie nach Brunner und das verlangt das Projekt einer europäischen

Verfassung nach Gross. Hier finden wir uns wieder, wenn wir wie Neumann Adorno ernst nehmen oder Marcharts Analyse folgen und die *stasis³* unserer Gesellschaft aufbrechen. Sich zu bekennen für Positionen, die Unruhe fördern und Gewissheiten aufbrechen, das macht Angst und verletzlich. Das stürzt uns in Krisen. David Becker forderte – ebenfalls Redner des zweiten Panels – eine Kultur der Verletzlichkeit. Der Angst vor dem Neuen und dem Fremden müsse begegnet, müsse ausgesprochen werden, so Becker, und der Blick müsse dorthin gerichtet werden, wo positiv mit den Krisen umgegangen wird. Lassen wir uns auf das Projekt von Brunner ein und brechen mit Selbstverständlichkeiten, begegnen mit Jungmann den komplexen und globalen Herausforderungen, ohne angesichts der "überwältigenden Kraft des Bestehenden" (Adorno 1963: 147) unserer Ohnmacht zu erliegen.

Wer ändern will, kann es wahrscheinlich überhaupt nur, indem er diese Ohnmacht an sich und seine eigene Ohnmacht zu einem Moment dessen macht, was er denkt und vielleicht auch was er tut (Adorno 1963: 147).

Machen wir uns unsere Ohnmacht zu eigen – die Möglichkeit zu scheitern, nicht zu wissen, wo wir anfangen sollen, Angst auf verlorenem Posten zu kämpfen, zu wiederholen, was längst gesagt wurde oder zu verschweigen, was gesagt werden müsste – und fordern mit Becker die Möglichkeit Schwäche zu zeigen und verletzbar zu sein. Hier ehrlich zu sein und transparent zu machen, was wir nicht wissen oder wo wir falsch lagen, gibt anderen die Perspektive mit uns in Kontakt zu treten. Fremden nicht zu begegnen, keinen Schritt nach vorne zu wagen, ist wie still zu stehen und sich selbst einzugrenzen, aus Angst etwas zu verlieren.

Christine Morgenroth sprach in ihrem Abendvortrag von Bindung, davon wie in Zeiten der Globalisierung, der Umbrüche und Unsicherheiten Menschen bindungslos und heimatlos werden und bleiben. Der Neoliberalismus habe sich unserer Selbstwahrnehmung bemächtigt, so Morgenroth, und er habe unsere Formen der Anerkennung und Zuneigung geraubt oder kommerzialisiert. Eine Kultur der Verletzlichkeit, wie Becker sie fordert, hat keinen Platz im Kampf um ständige Selbstoptimierung und die öffentlichkeitswirksame Darstellung unseres privaten Lebens. Es fehlt uns an Planungssicherheit und Bindungsangeboten. Die eine Lösung, das

<sup>3</sup> Marchart nennt *stasis* einen Zustand der Paralyse: Die Familie oder Gesellschaft oder der Staat ist in einem Konflikt gespalten und in dieser Spaltung gefangen. Dieser Zustand birgt die Möglichkeit etwas Neues zu erschaffen, ist aber zunächst ein Zustand vollkommener Regungslosigkeit.



Projekt der europäischen Einigung biete kaum mehr Flächen, um sich daran festzuhalten, so Morgenroth weiter.

Ulrike Guérot - Vortragende im zweiten Panel - bestätigte diese Einschätzung und sprach negativ wertend davon, wie die Ideen der Populisten das Politische besetzen. Guérot formulierte in ihrem Vortrag ihre Utopie einer Europäischen Republik (vgl. Guérot 2016). In ihrer Forderung ist einerseits enthalten, dass "das was ist, sich ändern lässt" (Theodor W. Adorno) und andererseits, dass die Teilung der Europäischen Union durch nationalstaatliche Grenzen über Bord geworfenen werden soll. Ähnlich wie Neumann oder Oskar Negt - Negt hielt einen Abendvortrag - will Guérot zurück zum Anfang der europäischen Idee. Negt will das, um bewusst zu machen, wo die Lernprozesse der Europäer\*innen liegen, während Neumann die Gleichheit wieder stark machen möchte. Allen dreien ist daran gelegen, die Möglichkeit der Veränderung aufzuzeigen, zu bezeugen, dass es anders sein könnte, dass es etwas gibt, etwas "Unabgegoltenes" (Negt 2012: 19), das darauf wartet, verwirklicht zu werden.

Wichtig ist, dass die Anlage einer Utopie, beispielsweise der Utopie einer Europäischen Republik, im Inneren der Menschen bereits wirklich ist und darauf wartet, Realität zu werden. Ob eine Utopie wirkmächtig wird, kann nicht prognostiziert werden. Dennoch muss unermüdlich, dem Vorbild Sisyphos folgend, ein Bild auf das Guérot ebenso verweist wie Negt, der Stein gerollt werden, selbst wenn kein Ende in Sicht ist. Die kalte Aufzählung der Fehler anderer, die den

Möglichkeitsraum verkleinern, lässt keine Utopie Wahrheit werden (vgl. Negt 2012: 29).

Von Utopien, die bereits in der Realität verwurzelt sind, sprach Alexander Novy – Vortragender im dritten Panel. Er formulierte eine Weltgesellschaft, in der niemand auf Kosten anderer lebt und alle ein gutes Leben führen. Als Weg dorthin beschrieb er einen Prozess, der bereits in Bewegung ist. Einen "heimatverbundenen Kosmopolitismus" nannte Novy die Förderung regionaler Wirtschaft sowie den verstärkten globalen Dialog zwischen Regionen statt zwischen Staaten. Novy sagte, "progressive Staatlichkeit ist sicher dezentral" und ist mit dieser Aussage, und der damit einhergehenden Handlungsoption regional zu denken und global zu handeln, nah bei Guérot und ihrer Forderung die nationalstaatlichen Grenzen aus Europa herauszukämmen (Guérot 2016: 14). Dass die Zeit für konkrete Handlungen gekommen ist, verdeutlichte vor allem Brigitte Mahnkopf – Vortragende im dritten Panel. Ihre Leitthese. "der Kapitalismus als ein ökonomisches und ökologisches Weltsystem befindet sich in einer strukturellen Krise", veranschaulichte sie sehr deutlich mit vielen Zahlen und Belegen und gestaltete das Bedrohungsszenario der Welt im Umbruch. Die von Mahnkopf formulierten Handlungsperspektiven ließen keinen Zweifel, dass selbst bei einer absoluten Deckelung des Energiebedarfs aller Menschen, weitere Umweltkatastrophen sowie daraus resultierende politische Krisen folgen werden. Im Gegensatz dazu hatte Karl Aiginger – ebenfalls Vortragender im dritten Panel – einen sehr tatsachengebundenen Standpunkt bei der Formulierung seiner Handlungsoptionen. Er forderte über verschiedene Reformmotoren (Steuern, Bildung u.a.), die Globalisierung zu gestalten und dabei als Europa eine Führungsrolle einzunehmen.

Diese Richtung einzuschlagen, ebenso wie die Tragik des in sich zusammenbrechenden Systems zu erbauen oder die Forderung nach einer eigenen europäischen Position, wie sie Walter Feichtinger vorschlug – Vortragender im vierten Panel – gehen zu Lasten der Utopien, die das Bestehende weder durch falsche Trauer, noch durch Selbstbeweihräucherung der eigenen Handlungsfähigkeit voranbringen. Kreative Handlungsoptionen und konkrete Utopien äußern sich nicht in der Verdopplung des Bestehenden. "Die Menschen besitzen längst den Traum, dessen sie sich nur bewusst werden müssen, um die in diesem Traum enthaltene Wirklichkeit zu erfahren", schreibt Negt und macht im selben Zug deutlich, worin die Kritik liegt, eine Forderung wie die von Feichtinger so leichtfertig abzulehnen, wie gerade geschehen.

Ohne Kenntnis des Gegners und ohne Wissen über die Felder in denen gekämpft wird, bleibt der Kampf stumpf, die Handlungen ohne Reichweite und die Utopie ohne Gegenstand (vgl. Negt 2012: 54-55). Analysen, welche mit Methoden arbeiten, die nicht bis ins Utopische hineinreichen, Forderungen, die fordern, was der Utopie nicht abträglich, aber offensichtlich nicht zuträglich ist, mangelt es an expliziter Einmischung in den Kampf um eine Utopie. Die Methoden der Analyse müssen sich in ihrem Gegenstand zu versenken wissen (vgl. Negt 2012: 113-119). Es ist, wie Hanne-Margaret Birckenbach in ihrem Abendgespräch mit Gudrun Kramer veranschaulichte, ein falsches Festhalten an Sicherheit, eine Methode unsere Möglichkeiten zu verkleinern und die Utopie einer gelingenden Friedenspolitik zu entfernen. Andrea Warnekke – Vortragende im vierten Panel – gab diesen Vorwurf des sicherheitslogischen Denkens direkt an den Vortragenden Feichtinger. Angesichts der Sicherung eigener Interessen und subjektiv empfundener Unabhängigkeiten bliebe Friedenspolitik oder, wovon Warnecke sprach, erfolgreiches Peacebuilding hinter den eigenen Ansprüchen zurück.

### Ш

Die Utopie "ist gegenwärtig in der Welt und im menschlichen Leben", lässt sich mit Kaplan Franz Seider sagen, der den Friedensgottesdienst der Sommerakademie hielt. Er setzte an die Stelle der Utopie Gott, "der die Liebe ist", so Seider. Aus dem Gespräch mit einer bekennenden Atheistin, einem praktizierenden Buddhisten und einer katholischen Religionslehrerin, die alle an der Sommerakademie teilnahmen, lässt sich diese Verdrehung der Predigt des Kaplans bestimmen. Der Moment des Richtens der eigenen Gedanken, Worte und der darauffolgenden Taten steht in Abhängigkeit der Selbstreflexion und des eigenen Glaubens und der individuellen Erkenntnis. Sobald man, am Beispiel von Birckenbach orientiert, erkannt hat, dass Frieden als oberster Wert einer Analyse mehr Sicherheit verspricht, als es Sicherheit an dieser Stelle tut, dann dient diese Erkenntnis als Richtwert für zukünftige Entscheidungen.

Ein anderes Beispiel, das Guérot nannte und welches im Rahmen des Workshops für Nachwuchswissenschaftler\*innen ebenfalls erörtert wurde, ist, dass Frieden als Richtwert bei Taten für den Frieden ebenso verfehlt ist, wie Sicherheit im eben genannten Beispiel. Das Bekenntnis an einen Gott zu glauben oder eine Utopie zu verwirklichen, wird abgelenkt, wenn den Realist\*innen das Feld überlassen wird. Sei es indem selbsttätig eine vollkommene Abgrenzung zu letzteren

vollzogen oder indem man ausgegrenzt wird. Entscheidend ist die Vielfalt der anderen Meinungen, Tatsachen und Glauben sowie diese Positionen anzuerkennen und dann, wenn das nötig ist, für die Realisierung des Eigenen in einen Widerspruch mit dem Anderen einzutreten. Dabei dient Frieden als Orientierung, um Konflikte und Widersprüche demokratisch transformieren zu können.

Das Bewusstsein für unsere Utopien erlangen wir durch die Identifizierung mit ihnen und den noch unrealistischen, noch träumerischen Elementen, die sie enthalten. Die Momente in denen wir aus unseren Träumen wachgerufen werden, sind nicht gedacht, uns zu ängstigen und fordern nicht unseren Hass. Sie stellen vielmehr Brüche mit der Realität dar, aus welchen wir unsere entscheidende Kraft ziehen, um neue Handlungsoptionen zu gestalten und uns konkreter Utopien bewusst zu werden. Optionen, die beispielsweise den demokratischen Austausch untereinander fördern und ein Zusammenkommen der Vielen auf Augenhöhe ermöglichen. Utopien, die bereits Wahrheit geworden sind und genau unsere Emanzipation brauchen, um gesamtgesellschaftliche oder globale Wirklichkeit zu werden.

Die Sommerakademie, deren Organisation und die dort vorgestellten Projekte sind eine konkrete Utopie, die sich an der Realität reibt. Ins Bewusstsein trat diese Utopie erst im Bruch mit der analysierten Realität und der Realität, die an vielen Stellen in die wahrwerdende Utopie einbrach. In diesem Brechen wurden Utopie und Realität in ihren Grenzen manifest und wie im Workshop der Nachwuchswissenschaftler\*innen gelang diese Manifestation in Teilen zugunsten der Utopie einer friedlichen, dialogisch miteinander stehenden Gemeinschaft.

### LITERATUR

Adorno, Theodor W. (1963): *Erziehung zur Mündigkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Guérot, Ulrike (2016): Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Horkheimer, Max (1937): *Traditionelle und kritische Theorie*. Online unter http://lesekreis.blogsport.de/images/MaxHorkheimerTraditionelleundkritischeTheorie.pdf (zuletzt aufgerufen am 21.08.2017).

Negt, Oskar (2012): *Nur noch Utopien sind realistisch. Politische Interventionen.* Göttingen: Steidl.

## DIE VORSTELLUNG DER WELT – WARUM KARTOGRAPHISCHE DARSTELLUNGEN UNSER GRENZDENKEN FORMEN UND EIN PERSPEKTIVENWECHSEL NOTWENDIG IST. EIN AUFSATZ.

Lisa Wolf

Die Welt ist ein komplexes System. Wie wir auf die Welt blicken, ist immer eine Frage der Position aus der wir sie betrachten, aber auch eine Frage der Perspektive mit der wir sie betrachten. Aus phänomenologisch, humangeographischer Sicht beschäftigt sich dieser Text mit verschiedenen kartographischen Möglichkeiten, ein Bild von der Welt zu zeichnen. Je nachdem auf welche Methode man sich bezieht, werden unterschiedliche Interpretationsspielräume für soziale, ökonomische und ökologische Räume geöffnet, aber auch individuell wieder geschlossen. Denn wie man die Welt betrachtet, ist jedem Menschen eigen. Das Eigene grenzt sich durch das Fremde ab, wird also erst durch das Fremde zum Eigenen. Dadurch erschaffen wir Lebenswelten, die durch individuelle Wahrnehmung geprägt sind.

Ich gehe davon aus, dass jedeR LeserIn Geographie als Unterrichtsfach - in der einen oder anderen Form - beiwohnen durfte. Die vom Bildungsministerium als geeignet erklärten Atlanten zeigen Darstellungen einer Welt, die für den Verstand relativ einfach zu fassen sind. Landschaften werden zweidimensional, mithilfe der Sprache der Geometrie und Mathematik in Länder, Regionen, Kontinente, ökologische, soziale, ökonomische Systeme, usw. unterteilt. Entsprechen diese Bilder der individuellen Wahrnehmung? Zeigen diese Karten Lebenswelten, die uns eigen sind? Wenn nicht, welches Bild von der Welt wird dadurch gezeichnet? Dieser Text soll zeigen, dass alle Darstellungen, so wie wir sie sehen bzw. gelehrt bekommen/-kamen, zu hinterfragen sind. Es soll gezeigt werden, dass diese Abbildungen unsere sinnliche Wahrnehmung einschränken und Grenzen erst erschaffen bzw. verstärken

### Zwischen vertrautem Raum und fremden Grenzen

"Alles, was uns infolge von Bewegungen an der Sonne erscheint,

kommt nicht von dieser selbst her, sondern ist von der Erde und unserem Umlauf verursacht, mittels dessen wir uns um die Sonne drehen, vergleichbar irgendeinem anderen Gestirn; so führt die Erde mehrere Bewegungen aus.

- Nicolaus Copernicus (Sechste Forderung)

Zunächst wird der Begriff *Raum* phänomenologisch erläutert. ">Raum< wird dabei nicht mehr als derjenige der Newton'schen Physik verstanden, der als gleichförmiger Ausdehnungsraum konzipiert ist, sondern als Erlebensraum" (Günzel 2015: 105). Edmund Husserl zufolge ist die

Erde ein Ort der Geschichtlichkeit (Günzel 2015, 110f.). Die Erde ist demnach die Voraussetzung für eine leibliche Erfahrung und ebenso Voraussetzung für den "Erlebensraum" (Husserl 1976: 153). Diese Räume entsprechen laut Günzel (2015: 110f.) containerartigen Schutzzonen, in denen sich der Mensch als Individuum bewegt. Dieses individuelle Erleben ist geprägt vom Erkennen der Dreidimensionalität. Husserl geht laut Günzel (2015: 108f.) davon aus, dass Raum und Raumobjekte in ihrer dreidimensionalen Form aus sensomotorischen Erfahrungen abgeleitet werden. Räume sind demnach Verkürzungen räumlicher Erfahrung und stehen in Abhängigkeit zu ihrer dimensionalen Erfahrbarkeit. Die wahrgenommene Dimension bietet die Grundlage für eine rekursive Beschreibung des Raumes¹.

"Wollen wir vermeiden, daß die Landschaft in heterogene Teilräume und Teillandschaften zerbröckelt, so müssen wir einen Bezugsraum wählen, von dem aus die weiteren Raumarten als Vorstufen, Nachstufen, Variationen oder Transformationen faßbar sind. In diesem Sinne plädiere ich für den Handlungsraum als Bezugszentrum. Denn der gestimmte Raum läßt sich indirekt fassen als Hintergrund des Handlungs- und Anschauungsraums, und der Anschauungsraum entwickelt eine Sicht, die in der praktischen Umsicht schon angelegt ist." (Waldenfels 2016: 186)

Das Eigene entspricht in diesem Zusammenhang dem Zentrum eines Bezugsraumes um den sich andere, individuell erschaffene Räume und damit verbundene Lebenswelten drehen. Ähnlich wie in unserem Sonnensystem. Die Sonne ist das Bezugszentrum und jeder Planet, jeder Stern, jeder Himmelskörper ist ein Raum für sich, aber alle treffen sich in einem gestimmten Anschauungsraum.

Würde man sich jedes Individuum als Bezugszentrum vorstellen, dann sind alle Menschen im Umfeld dieses Bezugssystems gleich zu setzen mit den Himmelskörpern, die sich im Anschauungsraum des zentralen Menschen befinden. Jeder dieser Menschen erschließt sich neue Räume und bildet durch das dreidimensionale Erfahren neue Lebenswelten aus. Durch die Abgrenzung zu anderen Lebenswelten erkennt man seine eigenen und macht sie sich zu eigen. "Der Gegensatz zwischen Eigenem und Fremden entspringt keiner bloßen Abgrenzung, sondern einem Prozeß der Ein- und

<sup>1</sup> Man muss weiters davon ausgeht, dass Geometrie und Mathematik eine Sprachen sind, die physikalische – erfahrbare – Modelle niederschreiben lassen und allgemein zugänglich machen. Die daraus entstehenden kartographischen Darstellungen sind demnach Abbildungen des zunächst individuell Erfahrenen.

Ausgrenzung" (Waldenfels II 2016: 114). Für diesen Prozess sind Bezugssysteme nötig, die wiederum Ein- und Ausgrenzen möglich machen. Damit Abgrenzungen leichter vonstattengehen, wurden bestimmte gesellschaftliche (imaginäre) Systeme konstruiert, welche mittels Codes breitenwirksam verständlich gemacht werden. Beispielsweise wäre für ein politisches System die Demokratie der Code. Durch solche Codes und Sprachen grenzen wir uns als Individuen von anderen Individuen ab, als Gruppen von anderen Gruppen, als Völker von anderen Völkern. Diese Abgrenzungen werden jedoch nicht nur politisch, sprachlich oder kulturell sichtbar, sondern auch geographisch. Damit diese Grenzen gesellschaftlich akzeptiert werden, braucht es unterschiedliche didaktische Mittel. Ein solches Mittel ist die Bildsprache. Hängt man, rein hypothetisch, in einer Schule eine Landkarte auf, in der China der überdimensionierte Mittelpunkt der Erde ist, und würde jedeR SchülerIn diese Karte jeden Tag betrachten – welches Bild von der Welt entstünde dann in den Köpfen der Kinder? Wie fühlen wir uns als Europäerlnnen wenn wir eine Karte betrachten, in der nicht Europa, sondern Australien die Mitte der Darstellung ist?

Zunächst erzeugen kartographische Darstellungen mit abgebildeten Grenzen immer eine Differenzierung in "Wir" und die "Anderen", aber auch in "Ich" und die "Anderen". Diese Unterscheidungen führen gezwungenermaßen zu "Ich" und das "Fremde". Die Raumaufteilungen werden strikter und der eigene Bezugsraum wird radial enger. Sensomotorische Erfahrungen werden nur im engsten Handlungsraum gemacht.

### Den Blick auf die Welt ändern

"Die menschliche Ordnung enthält die Unordung." Edgar Morin

Edgar Morin – ein französischer Komplexitätsforscher – hat viel Zeit in das Studium von Film und Bildgestaltung investiert. Franz Eckhardt (2009: 130) interpretiert ihn dahingehend, dass "Imagination zu einer komplexen Ordnung führt, weil sie einerseits für das wirkliche Leben Orientierungspunkte bietet, und andererseits eine Reflexion realer Vorgänge darstellt." Imagination basiert auf Normen, Symbolen, Mythen und Bildern, die mit unterschiedlichen Einstellungen (z.B. national, humanistisch, massenkulturell) in Verbindung zu sehen sind (Eckardt 2009: 130). Diese Sicht auf die Welt ist im Zusammenhang dieses Textes das Bindeglied zwischen dem Ich und der Welt. Denn nur durch individuelle Imagination entstehen wiederum Normen, Symbole, Mythen

und Bilder. Dementsprechend individuell sind Vorstellungen von bestimmten Systemen (sozial, ökologisch, ökonomisch, politisch, etc.). Um jedoch einen gesellschaftlichen Konsens zu gewissen Themen zu finden, muss eine einheitliche bzw. breitenwirksam verständliche Sprache entwickelt werden. In der Geographie ist das beispielsweise und unter anderem die Kartographie. In diesem Abschnitt soll anhand einer schematischen Darstellung verschiedener Kartensysteme ein Einblick in die Bildsprache unseres geographischen Denkens gegeben werden, welches maßgeblich an der Vorstellung und damit dem Verständnis der Welt in Verbindung gebracht werden kann.

Computergestützte Geoinformationssysteme sind weltweit im Einsatz. Diese Programme arbeiten aus verschiedenen Perspektiven (z.B. Meilensystem vs. Metrisches System). Demnach gibt es nicht nur eine Darstellung vom Planeten Erde und es gibt viele verschiedene Techniken, die Erde und damit die Welt in der wir leben, zu zeichnen.

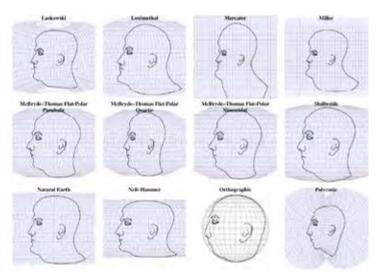
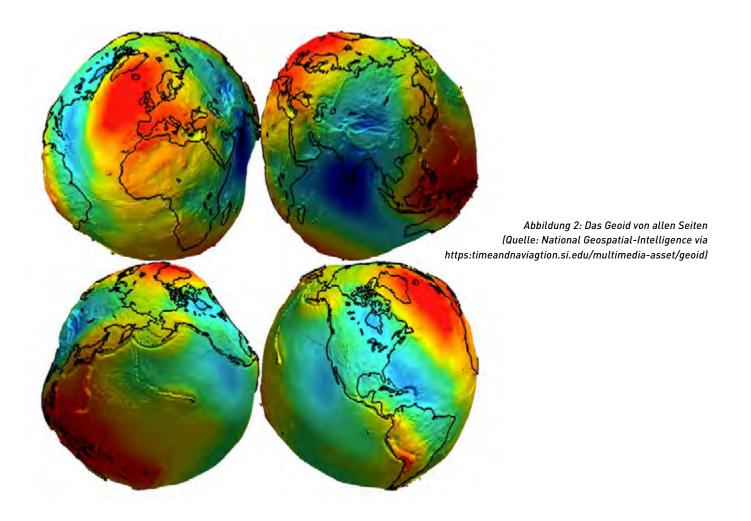


Abbildung 1: Gesichtsprojektionen anhand verschiedener kartographischer Werkzeuge (Quelle: http://flowingdata.com/2017/08/06/ interactive-shows-map-projections-with-a-face/)

Nathan Yau (2007: s.p.) zeigt anhand einer Gesichtsprojektion in Abbildung 1 wie ein Objekt in zwölf von 63 verschiedenen kartographischen Darstellungsformen, jeweils basierend auf unterschiedlichen mathematisch und geometrischen Grundlagen, seine Form und sein Aussehen ändert. Sobald man die Position des Gesichtes im Bezugssystem verändert, verändern sich die Dimensionen des Objektes. Es lassen sich deutliche Verzerrungen erkennen. Daraus lässt sich



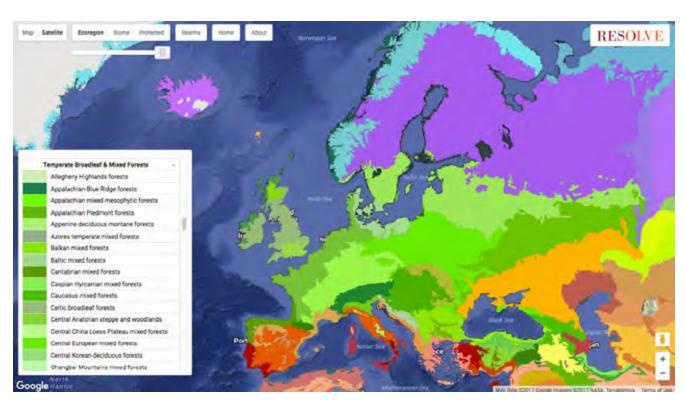


Abbildung 3: Europa und seine Ökosysteme (Quelle: Map data (c)2017 Google Imagery (c)2017 NASA, Terra Metrics )

schließen, dass die Darstellungen, welche wir in den schulischen Atlanten kennen lernen durften und welche unser Bild von der Welt maßgeblich prägten, nur eine sehr eingeschränkte Sichtweise aufzeigen.

Diese Erkenntnis stützt auch eine spezielle Projektion der Erde. In herkömmlichen Luftbildaufnahmen aus dem Weltall wird der Planet als Kugel dargestellt. Diese Kugel kann man sich als perfekt abgerundete Zwiebel vorstellen. Genau wie eine Zwiebel besteht der Planet Erde aus unterschiedlichen Schichten. Von außen nach innen betrachtet, sind das zunächst die verschiedenen Sphären, wie beispielsweise die Anthroposphäre und die Atmosphäre. Diese Sphären sind für das menschliche Auge nur bedingt sichtbar und eventuell über die Sinne Hören und Riechen wahrnehmbar. Die physisch, mit den menschlichen Sinnen Sehen, Fühlen und Schmecken, wahrnehmbaren Sphären sind die Bio-, Anthropo-, Hydro-, Morpho-, Pedo- und Lithosphäre (Freie Universität Berlin 2017: s.p.). Die letzten vier Sphären gehören auch zu einem Gebilde, welches man Geoid nennt. Das Geoid ist ein physikalisches Modell der Erde nach Carl Friedrich Gauß, welches dem geometrischen Modell gegenübersteht und entspricht der Erdoberfläche basierend auf den Feldlinien der Schwerkraft (Wikipedia 2017: s.p.). Letzteres dient zur Berechnung von in Abbildung 1 gezeigten Vermessungsnetzten.

Abbildung 2 lässt erkennen, dass es kein runder Erdball ist, auf dem der Mensch seine Schritte tut, sondern ein einer Kartoffel ähnliches Gebilde. Die verschiedenen Farben und Schattierungen zeigen die Höhenvarianzen aus unterschiedlichen Perspektiven. Auf dieser Darstellungsform basieren globale Kartendarstellungen und Navigationssysteme. Es gibt jedoch noch unzählige andere Darstellungsformen und Karten.

Abbildung 3 zeigt Europa eingeteilt in seine ökologischen Regionen. Die unterschiedlichen Farben stellen verschiedene ökologische Einheiten dar, welche man mithilfe der Legende links unten bestimmen kann. Bemerkenswert ist, dass die dargestellten Grenzziehungen nicht mit politischen Grenzen übereinstimmen. Würde man nationale Grenzen anhand ökologischer Grenzen ziehen, dann sähe die EU politisch, kulturell und wirtschaftlich ganz anders aus.

Abbildung 4 zeigt die Welt farblich unterteilt nach ihren wissenschaftlichen Hochburgen. Die Dimensionen des jeweiligen Kontinents spiegeln die Anzahl der Bildungseinrichtungen

wider, welche sich auf ein Ranking der 200 besten Universitäten weltweit beziehen. Europa ist im Vergleich zum afrikanischen Kontinent überproportional groß eingezeichnet. Bei dieser Darstellung muss man sich vor Augen führen, wie und warum die Größen der verschiedenen Kontinente so sind, wie sie sind.<sup>2</sup>

Abbildung 5 zeigt Europa anhand seiner EU-Außengrenzen. Interessant an dieser Darstellung ist, dass räumliche Einheiten hier farblich unterteilt sind in den blauen Schengenraum und den beigen Rest der Welt. Die Schengen-Außengrenze zeichnet ein klares Bild von einem sehr begrenzten Europa. Man darf jedoch nicht vergessen, dass ein großer Teil östlich der rot-weißen Linie noch zum europäischen Kontinent gehört.

Die oben gezeigten Abbildungen können zunächst befremdlich wirken. Speziell die Darstellung des Geoids ist eine nicht alltägliche Darstellungsform. Sie dient jedoch als Grundlage jeglichen geographischen Verständnisses von Raum und in weiterer Folge von Räumlichkeit. Denn auf dieses physikalische Modell beziehen sich bzw. grenzen sich die meisten wissenschaftlichen Raumtheorien zunächst ab. Es dient als grundsätzliches Bezugssystem für alle weiteren Systeme, die der Mensch in seiner Entwicklungsgeschichte teils geschaffen, teils lediglich benannt hat. Das Geoid selbst ist nicht in gesellschaftliche (imaginäre) Grenzen eingeteilt, es steht als Ganzes; als ein Handlungsraum.

### Schlussworte

"Grenzen (bei ausgedehnten Wesen) setzten immer einen Raum voraus, der außerhalb einem gewissen bestimmten Platze angetroffen wird, und ihn einschließt; Schranken bedürfen dergleichen nicht, sondern sind bloße Verneinungen, die eine Größe affizieren, sofern sie nicht absolute Vollständigkeit hat."

Es wurde gezeigt, dass es teilweise sehr verschiedene Darstellungsformen unsere Welt gibt. Zunächst wurde anhand von geometrischen und physikalischen Modellen aufgezeigt, wie unterschiedlich und "anders" man die Welt und unseren

<sup>2</sup> Die nähere Erläuterung dieses Satzes ist nicht Thema dieser Arbeit und soll lediglich dazu dienen die/den LeserIn zum Denken anzustiften.



Abbildung 4: Epistemische Weltkarte (Quelle: (c) Benjamin Henning via www.viewsofttheworld.net)



Abbildung 5: Temporäre Grenzkontrollen anhand des Schengenraums (Quelle: http://derstandard.at/2000063373274/ Verlaengerung-der-Grenzkontrollenwegen-Terrorgefahr-moeglich)

Planeten Erde sehen, verstehen und begreifen kann. Es wurde die räumliche Wahrnehmung aus phänomenologischer Sicht beschrieben und gezeigt, dass das was wir uns zu eigen machen, durch unsere individuelle Wahrnehmung geprägt ist; folglich entwickelt sich eine Vorstellung von dem "Fremden". Diese Abgrenzungen, die durch die Eigenheit und die Fremdheit entstehen, lassen sich in einer letzten Schlussfolgerung als der Grund für eine in so viele Bereiche und Systeme geteilte Welt verstehen. Die Bilder, die wir uns durch unsere Wahrnehmung zu eigen machen, lassen - sofern wir sie nicht hinterfragen – Grenzen entstehen. Grenzen entstehen im Kopf. Je vielfältiger die Bilder sind, die wir von der Welt haben, desto klarer muss werden, dass geographische und damit oft verwechselt nationale, aber auch jegliche physikalischen und System-Grenzen pure Imagination sind, die es gilt zu überwinden.

"Ich möchte das Gespräch am liebsten damit schließen, daß wir unseren Zuhörern das Phänomen zu bedenken geben, das gerade im Eifer des Änderungswillen allzu leicht verdrängt wird, daß Versuche, in irgendeinem partikularen Bereich unsere Welt wirklich eingreifend zu ändern, sofort der überwältigenden Kraft des Bestehenden ausgesetzt sind und zur Ohnmacht verurteilt erscheinen. Wer ändern will, kann es wahrscheinlich überhaupt nur, indem er diese Ohnmacht selber und seine eigene Ohnmacht zu einem Moment dessen macht, was er denkt und vielleicht auch was er tut" (Adorno 1970: 147).

### LITERATUR

Adorno, Theodor (1970) "Erziehung zur Mündigkeit". In: *ders*. Ffm, 133-147.

Copernicus, Nicolaus (1509-1530) "Commentariolus." In: *Das neue Weltbild: Drei Texte. Commentariolus, Brief gegen Werner, De rveolutionibus I*,7. Hamburg: Felix Meiner Verlag.

Eckhardt, Frank (2009) Die komplexe Stadt: Orientierungen im urbanen Labyrinth. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Freie Universität Berlin (2017) PG-NET. Das Lernportal zur Einführung in die Physische Geographie. Das Sphärensystem. Online verfügbar unter http://www.geo.fu-berlin.de/v/pg-net/uebersicht/physische\_geographie\_uebersicht/sphaerensystem/index.html, zuletzt geprüft am 24.08.2017.

Günzel, Stephan (2015) "Einleitung". In: Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften (8. Auflage), hrsg. von Jörg Dünne und Stephan Günzel, 105-128. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Husserl, Edmund (1976) "Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendentale Phänomenologie". In: *Husserliana*, Bd. 6, hrsg. von Walter Biemel.

Kant, Immanuel (1783) Prolegomena zu einer jeden künftigen Metaphysik, die als Wissenschaft wird auftreten können. Der transzendentalen Hauptfrage dritter Teil. Wie ist Metaphysik überhaupt möglich.

Merleua-Ponty, Maurice (2004) Das Sichtbare und Unsichtbare. In: *Arbeitsnotizen*, hrsg. von Claude Lefort, 172-203. München: Fink.

Morin, Edgar (1974) Das Rätsel des Humanen. Grundfragen einer neuen Anthropologie. München.

Waldenfels, Bernhard (2016) In den Netzten der Lebenswelt (4. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft.

Waldenfels, Bernhard II (2016) Grundmotive einer Phänomenologie des Fremden (5. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Wikipedia [2017] *Geoid*. Online verfügbar unter https://de.wikipedia.org/wiki/Geoid, zuletzt geprüft am 24.08.2017.

Yau, Nathan (2017) Interactive shows map projections with a face. Online verfügbar unter http://flowingdata.com/2017/08/06/interactive-shows-map-projections-with-a-face/, zuletzt geprüft am 24.08.2017.

### WEITERFÜHRENDE LITERATUR

Harmon, Katharine A (2004) *Personal Geographies and Other Maps of the Imagination*. New York: Princeton Architectural Press.

Weichhart, Peter (2009) Multilokalität – Konzepte, Theoriebezüge, Forschungsfragen. In: Informationen zur Raumentwicklung (BBR): Multilokales Wohnen (Heft 1/2): 1-14.

Weichhart, Peter (2008) Entwicklungslinien der Sozialgeographie. Von Hanzs Bobek bis Benno Werlen. Stuttgart: Franz Steiner.

Wood Denis (2010) *Rethinking the power of maps.* New York: The Guilford Press.

### WEITERFÜHRENDE LINKS

Daum, Egbert. s.a. Subjektives Kartographieren. Online verfügbar unter http://www.sozialraum.de/subjektives-kartographieren. php, zuletzt geprüft am 2.3.2018.

## EIN ANTEILLOSER ANTEIL UND DIE VERGESSENEN EUROPAS – ÄSTHETIK ALS EMANZIPATORISCHER DISKURSMODUS EINES OFFENEN EUROPAS

Tim Bausch

## Hinführung und Problemstellung: Europa, eine epistemische Festung.

Auf der ASPR Sommerakademie 2017, Welt im Umbruch. Perspektiven für europäische Friedenspolitik, in Stadtschlaining wurde die Stoßrichtung im Veranstaltungsprogramm wie folgt festgelegt: "Im Rahmen unterschiedlicher interaktiver Formate wollen wir kritische Diagnosen, konkrete Utopien und kreative Handlungsoptionen erarbeiten." Entsprechend werde ich auf den nachfolgenden Seiten meine persönliche Perspektive für Europa, grundiert durch diskurstheoretische und dekoloniale Argumente, erläutern. Diese Perspektive ist sowohl durch einen Anti-Essenzialismus als auch durch einen kritischen Impetus geprägt. Der vorliegende Aufsatz versteht sich dementsprechend als wissenschaftspolitisch – wohlwissend, dass er in erster Linie theoretischer Natur ist. Ich argumentiere, dass bei der gegenwärtigen Debatte rund um Europa Menschen mit Fluchthintergrund kategorisch ausgeschlossen werden. Die zugrundeliegenden Mechanismen sind Teile eines postkolonialen Denksystems. Europa verrät und amputiert sich durch diese Diskriminierung selbst. Potentielle Ideen, Impulse und innovative Ansätze gehen verloren; ein selbstreferenzielles System verfestig sich. Die geflügelte Formulierung Festung Europa kennzeichnet nicht nur eine physische, sondern insbesondere auch eine epistemische Abschottung. Eine Erweiterung um bisher marginalisierte Diskursformen, wie sie Kunst- und Kulturprodukte des ästhetischen Regimes bieten, kann hier Abhilfe schaffen. Die bestehenden Wirklichkeitsverhältnisse werden so bewusst ausgeklammert, neue Perspektiven eröffnet und Handlungsoptionen sichtbar gemacht.

Bei der Suche nach den Ursachen der europäischen Krise stößt der geneigte Lesende schnell auf ein Phänomen, das gegenwärtig unter dem Terminus Krise der Repräsentation firmiert. Mangelnde Teilhaberschaft einzelner Gruppierungen und eine grundlegende Skepsis gegenüber Europa mit einhergehender fehlender Akzeptanz sind Merkmale dessen. Wird von dieser Krise der Repräsentation im Zusammenhang mit der Europäischen Union gesprochen, so bezieht sich das ausschließende Moment in erster Linie auf die StaatsbürgerInnen der beteiligten Länder. Europa sei eben nicht bürgerInnennah. Dabei sind in den letzten Jahren viele Menschen aus weiteren Regionen der Erde nach Europa gelangt. Die Motive der Neuankömmlinge sind divers. Neben der grundsätzlichen und nachvollziehbaren Motivation die persönlichen Lebensumstände in sozialer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu verbessern, waren es vor allem

auch Formen der physischen und strukturellen Gewalt, welche jene Menschen zwangen ihre Heimat zu verlassen. Europa wurde zum Sehnsuchtsort und stellt insbesondere für jene Menschen, geleitet durch das "Prinzip Hoffnung" (Bloch 1976), einen utopischen Ort dar. Daraus resultieren konkrete Vorstellungen und Wünsche, die mit dem europäischen Modell des transnationalen Friedensprojektes verbunden werden. In kolonialer Manier wird jedoch weithin häufig das Bild des aufgeklärten Europäers (sic!) und des unaufgeklärten Geflüchteten (sic!) vermittelt. Dieses Narrativ ist unzulänglich und grob simplifizierend. Im Kontext des Europadiskurses verkommt der Geflüchtete zum Objekt der Debatte. Daraus resultiert die Notwendigkeit eines konsequenten Umdenkens. Die Ideen und Vorstellungen jener Menschen sind zu berücksichtigen. Andernfalls droht Europa sich zu verlieren und einen uralten Skandal zu reproduzieren: Einen "Anteil der Anteillosen" (Rancière 2002) inmitten eines scheindemokratischen Systems.

### Europa als Diskursfigur der Ausschlussmechanismen

Das gegenwärtige Europa bleibt sich auf zynische Art und Weise treu. Denn im Umgang mit geflüchteten Menschen reproduzieren sich koloniale Denkstrukturen. In diesem Sinne ist Europa ein Identitätsregime<sup>1</sup>, das in seiner äußeren Form relativ eindeutige Umrisslinien aufweist. Diese Umrisslinien sind historisch gewachsen, aber kontingent und somit nicht alternativlos. Um den Prozess der kolonialen Marginalisierung besser zu verstehen, werden im Folgenden die Begriffe *Identität* und *Wissen* aus einer diskurstheoretischen Perspektive skizziert und kritisch auf das Europa der Gegenwart bezogen.

Die Formulierung "europäische Gemeinschaft" wird häufig mit einer gewissen Selbstverständlichkeit genutzt. Eine diskurstheoretische Betrachtung hilft diesen Essenzialismus entgegenzuwirken. Denn jenseits naturalistischer Betrachtungen sind Gesellschaften, angelehnt an Eggmann (2011) und Keller (2008), symbolische Ordnungssysteme, deren Koordinaten (wie etwa Normen oder Wahrheiten)

<sup>1</sup> Insbesondere in diesem Abschnitt, aber auch im weiteren Verlauf, komme ich nicht umhin, Europa als ein homogenes Konstrukt zu denken. An dieser Stelle sei noch einmal betont, dass Europa im Inneren selbst heterogen ist. Dass der Diskurs entlang interner Machtasymmetrien verläuft, ist grundlegend kritisch zu betrachten. Gleichwohl stellt die vorliegende Simplifizierung – Europa als einheitliches Konstrukt – einen notwendigen *modus operandi* zur Herausarbeiten der Ausschlussmechanismen *nach Außen* dar. Ich bitte den Lesenden, diesen Umstand bei der Lektüre zu reflektieren.

durch diskursive Aushandlungsprozesse bestimmt werden. Gesellschaften sind folglich nicht als absolut zu verstehen, sondern (re-)konstituieren sich fortdauernd durch diskursive Interaktionen (vgl. Berger/Luckmann 2000, vgl. Keller 2008). Diskurse sind "sprachliche Formationssysteme" (Foucault 1992: 41), die sich aus der "Gesamtheit aller effektiven Aussagen" (ebd.) zusammensetzen. Diese Formationssysteme transportieren Wissen, das Sinn- und Bedeutungsstrukturen bildet und so die symbolische Wirklichkeit der Akteure handlungsleitend prägt (vgl. ebd.: 41, vgl. Keller 2008).

### "Die" europäische Identität: (K)ein bewegliches Fest?

Die diskursive Figur *Europa* ist in ihrer jetzigen Form ein historisches Destillat mit folgenreichen Implikationen. Insbesondere ProtagonistInnen der dekolonialen Theorie haben das europäische Projekt kritisch beleuchtet. Europa hat sich demnach wesentlich im Kolonialismus konstituiert. Diese Konstituierung ergibt sich aus einer Logik, die dem kolonialen Projekt inhärent ist:

"Zuerst ist die Welt symbolisch geteilt, in gut-böse, wir-sie, anziehend-abstoßend, zivilisiert-unzivilisiert, den Westen - den Rest. Alle anderen, viele Unterschieden zwischen ihnen und innerhalb dieser beiden Hälften sind zusammengebrochen, vereinfacht – d.h. stereotypisiert. Durch diese Strategie wird der Rest als etwas definiert, das der Westen nicht ist – sein Spiegelbild. (Hall 1994: 167)

Europa ist in diesem Sinne wiederum auch ein komplexes Repräsentationssystem, das Identität stiftet. Unter Identität wird häufig die Abgrenzung des Selbst von der Umwelt und das daraus abgeleitete kollektive Selbstverständnis, also ein "Bild, das eine Gruppe von sich aufbaut und mit dem sich die Mitglieder identifizieren" (Assmann 1992: 132), verstanden. In Folge der Globalisierung, Digitalisierung und anderer (post-)moderner Dynamiken, welche die Lebensstile vieler Gesellschaften prägen, wurden sogenannte traditionelle Handlungsweisen zunehmend herausgefordert, wodurch sich die "Grundlage unserer Selbst-Identität, unseres Verständnisses von uns selbst" (Giddens 1999: 63) maßgeblich verändert. Grundlegend kann zwischen traditionalistischen und situativen Bezugspunkten unterschieden werden.

Situative Identifikationen werden im Rahmen dieser Abhandlung als situativ gebundenes Selbstbild eines Individuums und somit als ein Konzept mit fließenden Konturen verstanden. Dadurch wird der Begriff der Identität an gesellschaftliche Entwicklungen, wie etwa an Beschleunigung und Digitalisierung, angepasst und in post-moderne Dynamiken

eingebettet. Stuart Hall (1994: 180 ff.) betont die permanenten Selbstfindungsprozesse des Subjektes in post-modernen Gesellschaften: Unter beschleunigten und digitalisierten Rahmenbedingungen wirken permanente Subjektivierungskräfte auf das Individuum, wodurch dieses verschiedenste "Identifikationspunkte" (ebd.: 217) angeboten bekommt. Mit anderen Worten: sich der europäischen Idee verpflichtet fühlen, während man indisches Essen und japanische Animes konsumiert, ist grundsätzlich kein Widerspruch.

Identitäten mit traditionellen Bezugsrahmen werden aber durch situative Identifikationen nicht zu Grabe getragen, denn in vielen Gesellschaften bestehen ganz offenkundig auch weiterhin diese Formen der Selbstwahrnehmung (vgl. Hall 1994: 199). Sie verleihen "dem Leben Kontinuität und Form" und geben dem Denken eine "Orientierung" (Giddens 1999: 59). Bereits der Blick auf die Etymologie des Wortes Tradition enthüllt den lateinischen Ursprung tradere, was sich mit Übergabe übersetzten lässt. Kontinuitäten, welche von einer Generation an die nächste weitergegeben werden, spielen demzufolge eine signifikante Rolle. Ritualisierungen und Wiederholungen werden zu Wesensmerkmalen der Tradition (vgl. Giddens 1999: 56). Dass traditionalistische Bezugspunkte häufig mehr auf Mythen als auf Faktizitäten beruhen, betont Giddens (1999: 55) treffend. Davon ungetrübt stellen Traditionen "wie sehr sie sich auch ändern mögen, einen Handlungsrahmen zur Verfügung, der in hohem Grad unbezweifelt bleibt." (vgl. ebd. : 57). Als kulturelle Ressource dienen oftmals solche Diskursfragmente, die eine ausgeprägte Gedächtnisdimension aufweisen (vgl. Assmann 1992), beispielsweise ethnische oder religiöse Zeugnisse.

Es sind insbesondere jene traditionalistischen Bezugspunkte, welche die europäische Identität speisen. Immer wieder wird betont, das zentrale Wesensmerkmal Europas sei die Geschichte. Bereits hier offenbart sich ein exkludierender Wesenszug. Europäerln ist nach dieser Lesart, wer die europäische Geschichte erfahren hat. Dieser argumentative Faden wird später wieder aufgegriffen.

## "Das" europäische Wissen als Garant der universellen Wahrheit?

Anhand des zuvor eingeführten Diskursverständnisses wird deutlich, dass sich Diskurse im Wesentlichen über Wissen konstituieren. Das Foucaultsche Verständnis von Wissen unterscheidet sich erheblich vom Alltagsgebrauch: "Wissen ist keine Summe von Erkenntnissen, denn von diesen muss man stets sagen, ob sie wahr oder falsch [...] sind. Wissen



besteht aus einer Gesamtheit von Elementen, die aus [...] einer einheitlichen diskursiven Formation gebildet sind" (Foucault 2001: 921). An anderer Stelle: "Das Wort Wissen wird also gebraucht, um alle Erkenntnisverfahren und Wirkungen zu bezeichnen, die in einem bestimmten Moment [...] akzeptabel sind" (Foucault 1996: 52). Demnach versteht Foucault Wissen als ein Bündel an allgemeinen Aussagen, die den Diskurs bilden. Diese Aussagen zeichnen sich nicht zwangsläufig durch ihre Faktizität oder Objektivität aus. Entscheidender ist, dass sie in der Gesellschaft als wahr gelten. Der Foucaultsche Wissensbegriff ist jedoch nicht ohne machtspezifische Mechanismen zu denken.

Ein wesentliches Konzept in diesem Zusammenhang ist jenes der epistemischen Gewalt (vgl. Spivak 1999, Brunner 2011). "Das klarste Beispiel für eine solche epistemische Gewalt ist das aus der Distanz orchestrierte, weitläufige und heterogene Projekt, das koloniale Subjekt als Anderes zu konstituieren" (Spivak 2008: 42). Und es ist eben jener Ausschlussmechanismus, der im Kontext der europäischen Debatte greift. Menschen mit Fluchthintergrund werden per se als VertreterInnen eben jener Welt verstanden, durch die sich Europa erst spiegelbildlich konstituiert und abgrenzt. Dadurch ist das koloniale Subjekt, das innerhalb Europas über Europa spricht, weder Vermittler noch Impulsgeber, sondern Gefährder. So werden Menschen mit Fluchthintergrund pauschal verurteilt und an einem Platz verbannt, der ihnen höchstens erlaubt zu hören, aber nicht zu sprechen. Ihr Platz ist der eines Objektes, sie thematisieren nicht sie werden thematisiert. María do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan (2015) plädieren in Anlehnung an Spivak für die Herstellung von Räumen, in denen "die Anderen gehört werden", ohne diesen die Legitimität abzusprechen, sich selbst zu repräsentieren. Diese Delegitimierung von Wissen ist einer jener Ausschlussmechanismen, die als Hemmfaktor in der gegenwärtigen Debatte zu betrachten sind. Diese führen dazu, dass Menschen nicht gehört und/oder innerhalb bestimmter hierarchischer Kategorien repräsentiert werden. Um es auf den Punkt zu bringen: Das Wissen jener Menschen, die einen schicksalhaften Weg nach Europa hinter sich gebracht haben, große Teile ihres alten Lebens zurückließen, wird so kategorisch diskriminiert. Foucault bezeichnet diesen Umstand auch als *unterworfenes Wissen* (Foucault 1976).

### Wenn zusammenfindet, was zusammengehört: Die Verbindung von Ästhetik und Politik als emanzipatorischer Diskursmodus

An dieser Stelle lässt sich festhalten, dass die Art und Weise, wie Europa gegenwärtig gedacht wird, das Wissen geflüchteter Menschen strukturell ausschließt. Aufgrund der kolonialen Geschichte Europas arbeiten binäre Identitätsmechanismen, welche Menschen entlang geschichtlicher und ethischer Merkmal ausschließen. Die europäische Identität greift dabei vornehmlich auf traditionalistische Ressourcen, wie beispielsweise "Abstammungsglaube" (Weber 1985), religiöse Zughörigkeit und Historizität, zurück. Damit verschließt sich Europa situativeren Bezugspunkten, die über eine vermeintliche historische Notwendigkeit hinausgehen und die europäische Identität öffnen.

Angesichts meiner bisherigen Argumentationslinie ergeben sich, diskurstheoretisch gedacht, zwei wesentliche *Conditio sine qua non* für ein offenes Europa:

- Die europäische Identität sollte situativer gedacht werden. Europa mag ein Projekt sein, das aus regionalen Erfahrungen wie etwa dem Zweiten Weltkrieg hervorgeht. Doch die Erfahrungen von Gewalt sind nicht regional gebunden. Europa ist im Kern eben nicht nur eine wirtschaftliche Freihandelszone, sondern auch ein Projekt des friedlichen Miteinanders jenseits nationaler Identitäten. Eine Krise der Repräsentation kann nicht mit geschichtlichen Notwendigkeiten aufgelöst werden. Es braucht eine Identitätsform, die sich offen und interkollektiv anschlussfähig zeigt. Um das europäische Projekte zu unterstützen, bedarf es keiner ethischen und religiösen Voraussetzungen.
- 2. Als Gemeinschaftsprojekt muss Europa auch offen für alternatives Wissen jenseits des vermeintlichen europäischen Zentrums sein. Nur ein lebendiger Diskurs kann neue Handlungsoptionen eröffnen und dafür braucht

es wiederum vielfältige Diskurspositionen. Ein offenes und innovatives Europa muss sich kolonialer Denkmechanismen entledigen. Ein wesentlicher Denkmechanismus ist das sogenannte binäre Kategorisieren, das europäisches Wissen als das Maß aller Dinge versteht, während außereuropäisches Wissen unterworfen wird.

Europa konstituiert sich in erster Linie über politische Organe im klassischen Sinne: Parlamente, Ausschüsse und Sprechakte von PolitikerInnen. Diese administrative Ebene scheint nicht der geeignete Ort zu sein, um Europa über die oben genannten Bedingungen zu erweitern. Zu reguliert, zu festgefahren sind regierungstechnologische Organe. Jaques Rancière (2002, 206) konzeptualisiert einen Denk- und Wahrnehmungsort, in dem sich die oben genannten Bedingungen realisieren und der Ort des Politischen neu bestimmt wird. Dass auch in demokratischen Gesellschaften ungleichmäßige Anteile verteilt werden, denen zur Folge spezifische Kollektive diskriminiert werden ("Anteil der Anteillosen"), bildet Rancières Grundannahme. Sein argumentativer Anfangspunkt beginnt bei der altgriechischen Unterscheidung von Tier und Mensch. Diese Unterscheidung zeigt sich im Wesentlichen durch das menschliche Privileg der Sprache (logos), welches erlaubt, "das Nützliche und das Schädliche kundzutun, und folglich das Gerechte und Ungerechte" (Rancière 2002: 14). Das Tier muss sich währenddessen mit der Stimme (phone), die lediglich Freud und Leid indizieren kann, begnügen.

Daraus ergeben sich "zwei Weisen, am Sinnlichen teilzuhaben" (ebd.). Die eine kann nur klagen, eine Gefühlsregung artikulieren (phone), während die andere das Potenzial besitzt, als wahrer Sprechakt (logos) verstanden zu werden. Rancière kritisiert dieses Kontinuum, indem er die Aufmerksamkeit auf jene Menschen im Gesellschaftskörper lenkt, die zwar fähig sind zu sprechen, aber nicht gehört werden können (Rancière 2002: 33). Das Hörbare bildet somit eine Achse im sinnlichen Erfahrungsraum, den Rancière begrifflich als Ästhetik definiert. Die zweite Achse bildet die Sichtbarkeit. Die kapitalistische Verteilungslogik fügt den unterschiedlichen Kollektiven ihres Systems feste Anteile in der Raum-Zeit zu. Infolgedessen sind manche Menschen sichtbarer als andere. Bezogen auf die Diskurse zur Europäischen Union wird der Geflüchtete allerhöchstens als Objekt vernommen oder gefiltert durch ExpertInnen hör- und sichtbar. Spricht er doch selbst, beschränken sich seine Artikulationsmöglichkeiten auf eine Opferrolle. Aktives Wissen in Bezug auf die Zukunft Europas wird kaum ermöglicht. Der Geflüchtete wird symbolisch seines Platzes verwiesen. Diesen Umstand bezeichnet Rancière als polizeiliche Verteilungslogik, nämlich eine "Ordnung der Körper, [...] die dafür zuständig ist, dass diese Körper durch ihre Namen diesem Platz und jener Aufgabe zugewiesen sind, [...] eine Ordnung des Sichtbaren und Sagbaren, die dafür zuständig ist, dass diese Tätigkeit sichtbar ist und jene andere es nicht ist, dass dieses Wort als Rede verstanden wird, und jenes andere als Lärm" (Rancière 2002: 38).

Politik ist für Rancière jene Intervention, die diese ungerechte Ordnung in Frage stellt. Ein wesentlicher Ort, in dem die polizeiliche Logik in Frage gestellt werden kann, ist das ästhetische Regime. Dieses Regime zeichnet sich dadurch aus, dass die Darstellungsweise nicht mehr an eine spezielle Ontologie gebunden ist. Rangordnungen und symbolische Ordnungen können sich der sozialen Wirklichkeit entheben. Der klassische politische Diskurs und seine Dispositive bietet für Geflüchtete nur einen objektivierenden Raum. Anders verhält es sich bei Kunst- und Kulturproduktionen, die sich dieser Logik entheben. Will man Europa für neue Perspektiven öffnen, gilt es Europa über seine klassischen politischen Diskurse und Dispositive hinaus zu denken. Es ist vor allem der ästhetische Raum, der im Sinne Rancières per se politisch ist und neue Perspektiven zulässt. Ästhetik ist Rancière nach per se politisch. Im ästhetischen Regime findet zusammen, was zusammengehört. Folgende Merkmale sollten ästhetische Produkte im Sinne eines emanzipatorischen Dissens beinhalten:

- A) Transformation und Dissens. Das Sujet und die Ausgestaltung dessen muss über die bestehende Ontologie hinausgehen, damit neue Möglichkeitsräume eröffnet werden können. Neu-Arrangements der sozialen Wirklichkeit, die soziale Tatsachen herausfordern oder sogar umdrehen, sind das Ergebnis. Dadurch können sich neue Denkräume und -bewegungen konstituieren.
- B) Teilhaberschaft. Jenes Neu-Arrangement muss zugunsten des "Anteil der Anteillosen" geschehen. Konkret müssen bestehende Diskriminierungen aufgehoben und ein logos zugeführt werden.
- C) Identifikation und Des-Identifikation. Im Rahmen der Ästhetik vollzieht sich der emanzipatorische Akt durch (Des-)Identifikation: Eine Emanzipation vom vermeintlichen Objekt (Des-Identifikation) zum politischen Subjekt (Neu-Identifikation).
- **D)** Neue Möglichkeitsräume. Wirklichkeit(en) erscheinen häufig alternativlos. Dieser Umstand wurde bspw. von Jürgen Link (1996) durch die theoretische Figur des

Normalismus konzeptionalisiert. Ästhetische Produkte unterliegen diesen Normalismen nicht, sondern haben die Kraft, sich dessen zu entheben. Ein weiterer wesentlicher konzeptioneller Baustein ist die Figur der Kontingenz. Es gibt keine historischen Notwendigkeiten (Rancière 2016: 186), die Welt ist veränderbar. Es bildet sich eine Kartographie des Möglichen (vgl. ebd.).

Diskurse, die sich szenisch an ästhetischen Kunst- und Kulturprodukten entfalten, unterliegen weniger der polizeilichen Ordnung; sie besitzen emanzipatorische Kraft und genuin die Möglichkeit, neue Denkräume zu eröffnen. In der Konsequenz sind iene Denkräume auch imstande Wissenshierarchien aufzubrechen. Dadurch werden dem Diskurs rund um die Europäische Union neue Formen der Teilhabe zugeführt und eine "Politik des Erscheinens" (Muhle 2011) ermöglicht. Um gegen die sich reproduzierenden kolonialen Abgrenzungsmechanismen des bestehenden Europadiskurses anzuschreiben, habe ich in erster Linie die Objektivierung geflüchteter Menschen problematisiert. Sprechen wir von einer Krise der Repräsentation, gibt es jedoch noch weitere Personenkreise, die im Diskurs objektiviert und deren Wissen diskriminiert wird. Zu nennen sind beispielsweise minderjährige Menschen oder auch Arbeitssuchende. Deren Diskriminierung ist jedoch vielmehr Ausdruck einer kapitalistischen Verwertungslogik und nicht die eines kolonial-epistemologischen Unterbaus. Nichtsdestotrotz muss auch für sie eine diskursive Teilhaberschaft geschaffen werden. Treffend, in einem zynischen Verständnis, heißt es in der Europahymne: "Deine Zauber binden wieder, was die Mode streng geteilt, alle Menschen werden Brüder (sic!), wo dein sanfter Flügel weilt."

### Ein aesthetic turn als alternative Perspektive europäischer Friedenspolitik

"I don't offer any formula for the future, but I strive to describe a world open to the possibilities and capacities of all[…]." (Rancière 2008: 2)

Ein integraler Bestandteil der zugrundeliegenden Konferenz war die *europäische Friedenspolitik*. Meine Ausführungen beziehen sich dabei auf den inneren sozialen Frieden, verstanden als die Minderung struktureller Gewalt:

"Gewalt liegt dann vor, wenn Menschen so beeinflusst werden, dass ihre aktuelle somatische und geistige Verwirklichung geringer ist als ihre potenzielle Verwirklichung […]. Gewalt ist das, was den Abstand zwischen dem Potenziellen

und dem Aktuellen vergrößert oder die Verringerung dieses Abstandes erschwert." (Galtung 1975: 9)

Auf das Vorherige bezugnehmend lässt sich feststellen, dass hier Gewalt in einem doppelten Sinne vorliegt. Wird einem Individuum der Status eines politischen Subjektes mit entsprechendem logos abgesprochen, so wird ihnen der Weg zur potentiellen Verwirklichung verwehrt. Auch wird Menschen mit Fluchthintergrund per se die Funktion des Wissensproduzierenden abgesprochen. Die Machtachse der Wissenskomplexe (Foucault 2001) verschiebt sich eindeutig zu Ungunsten geflüchteter Menschen. Ohne Macht können jedoch keine Wahrheiten entstehen (vgl. ebd.). Geflüchtete Menschen unterliegen einem eurozentristischen Wahrheitsregime, weil ihnen die diskursiven Zugänge strukturell verwehrt werden. Doch führt sich somit Europa auch selbst Gewalt zu. Denn durch die Diskriminierung spezifischer Wissensformen, amputiert sich Europa, wie bereits anfangs erwähnt, in ihrer Selbstverblendung. Eine nachhaltige europäische Friedenspolitik sollte diese epistemologische Ebene berücksichtigen - auch um ihrer selbst willen! Anstatt traditionalistischer Ressourcen, Ritualisierungen und Wiederholungen (Giddens 1999: 56), braucht es Dynamik und Innovation. Eine epistemische Festung Europas bildet, frei angelehnt an Pierre Bourdieu, in der Konsequenz einen Habitus des Homo Europeaus heraus. Dieser scheint im Kontext einer globalen Welt aus der Zeit gefallen. Europa benötigt eine neue Art der Weltbeziehung, hier sowohl verstanden in einem passiven (Welterfahrung) als auch in einem aktiven (Eingreifen) Sinne (vgl. Rosa 2013: 7). Ein selbstreferenzieller Habitus Homo Europeaus ist keine Erlösung. Hartmut Rosa (2013) bietet das Konzept der Resonanz an: "Diese entsteht erst und nur da, wo A und B sich berühren, wo sie eine Beziehung des wechselseitigen Antwortens eintreten" (vgl. ebd.: 10). Rancière (2002, 2016) betont die polizeiliche Verfahrensweise moderner Staaten. die durch ihre Dichte kaum Raum für Interventionen bietet. Einzig im ästhetischen Regime der Kunst ist die Logik der Unterbrechung genuin (vgl. ebd.). Auch Rosa (2013: 10) bezeichnet die Ästhetik als "Resonanzsphäre sui generis." Andernorts habe ich bereits auf die Resonanzpotenziale ästhetischer Konfigurationen am Beispiel von mehrperspektivischen Ausstellungsformaten hingewiesen (Bausch/Stein 2017). Für eine europäische Friedenspolitik, die sich gegen strukturelle Gewalt im Inneren wendet, ist die Hinwendung zu ästhetischen Formen des Politischen gewinnbringend. Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich auch in den 60erund 70er-Jahren Großbritanniens. Dort bildeten sich aus

den Erfahrungen und Herausforderungen rund um den Themenkomplex Diaspora/Migration die *Cultural Studies* heraus und erweiterten so das Spektrum der politischen Formen. Die *Cultural Studies* verwehren sich gegen eine herrschaftliche Perspektive politischer Formen. Politik ist mehr als Entscheidungsprozesse hochrangiger Politikerlnnen. Kulturgüter der Diaspora, insbesondere solche, die dem ästhetischen Regime unterliegen, bieten die Möglichkeit, die epistemische Festung Europas zu dynamisieren – und schlussendlich aufzulösen. Dafür braucht es einen emanzipatorischen Diskursmodus, verwirklicht durch Artikulationsformen des Ästhetischen. Europa und ihre Wissenschaften brauchen folglich einen *aesthetic turn* – a "space of translation" (Bhabha 1993: 25), der sich durch Hybridität (vgl. ebd.) und produktiven Dissens (Rancière 2002, 2016) konstituiert.

#### LITERATUR

Assmann, J. (1992): Das kulturelle Gedächtnis, Schriften, Erinnerungen und politische Identität in frühen Hochkulturen. München: C.H.Beck.

Bausch, T./Stein, A. (2017): "Zur Repräsentationsproblematik von Konflikten und der Macht zu definieren. Potentiale und Grenzen partizipativer und mehrperspektivischer Ausstellungsformate." In: Warnecke, A./Reitmair-Juárez, S. (Hrsg.): Um Gottes Willen. Die ambivalente Rolle von Religion in Konflikten. Stadtschlaining: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, 68-85.

Berger, P./Luckmann, T. (2000): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt a.M.: Fischer-Taschenbuchverlag.

Bhabha, H. K. (1994): The location of culture. London: Routledge.

Bloch, E. (1976): Das Prinzip Hoffnung. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Brunner, C. (2011): Wissensobjekt Selbstmordattentat Epistemische Gewalt und okzidentalistische Selbstvergewisserung in der Terrorismusforschung. Wiesbaden: Springer VS.

Dhawan, N./ Castro Varela, M. (2015): Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. Bielefeld: Transcript.

Eggmann, S. (2011): "Das "Populäre" aus diskursanalytischer Sicht. Möglichkeiten der Theoretisierung." In: Jacke, C. et al. (Hrsq.): Pop, Populäres und Theorien. Forschungsansätze

und Perspektiven zu einem prekären Verhältnis in der Medienkulturgesellschaft. Münster: Lit, 139- 151.

Foucault, M. (1976): In Verteidigung der Gesellschaft, Frankfurt: Suhrkamp.

Foucault, M. (1992): Archäologie des Wissens. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Foucault, M. (1996): Der Mensch ist ein Erfahrungstier. Gespräch mit Lucio Trombadori. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Foucault, M. (2001): Dits et Ecrits, Schriften, Band I, 1954-1969. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Galtung, J. (1975): Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedensund Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Giddens, A. (1999): Entfesselte Welt. Wie die Globalisierung unser Leben verändert. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Hall, S. (1994): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Hamburg: Argumente.

Keller, R. (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. Wiesbaden: Springer VS.

Link, J. (1996): Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Muhle, M. (2011): "Jacques Rancière. Für eine Politik des Erscheinens." In: Moebius, S./Quadfliege, D. (Hrsg.): Kultur.

Theorien der Gegenwart. Wiesbaden: Springer VS, 311-320.

Rancière, J. (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Rancière, J. (2008): "Jacques Rancière and Indisciplinarity". in: Art&Research. A Journal of Ideas, Contexts and Methods, 2(1), 34-56

Rancière, J. (2016): "Interview Thomas Claviez/Dietmar Wetzel mit Jacques Rancière." In: Wetzel, D.J./Claviez, T. (Hrsg.): Zur Aktualität von Jacques Rancière. Einleitung in sein Werk. Wiesbaden: VS für Sozialwissenschaften, 153-168.

Rosa, H. (2013): Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung. Umrisse einer neuen Gesellschaftskritik. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Spivak, G. C. (1999): A Critique of Postcolonial Reason. Toward a History of the Vanishing Present. Cambridge/ Massachusetts/London: Harvard University Press.

Spivak, G. C. (2008): Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation. Wien: Turia + Kant.

Weber, M. (1985): Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen: J.C.B. Mohr.

# MACH'S POSTKOLONIAL! CHANCEN UND WIDERSPRÜCHE DES BORDER THINKING IN DER FORSCHUNGSPRAXIS

Julia Schranz, Sophia Stanger und Franziska Strasser

Wir, Julia Schranz, Sophia Stanger und Franziska Strasser, haben an der 34. Sommerakademie des ASPR in Schlaining im Zuge des Nachwuchswissenschaftler\*innen-Workshops teilgenommen, dessen Ziel es war, konkrete Utopien und Perspektiven für eine europäische Friedenspolitik zu entwerfen. Als junge Wissenschaftlerinnen trieb uns vor allem die Frage um, wie ein gerechterer Forschungs- und Wissenschaftsbetrieb aussehen kann. Besonders inspiriert für diesen Text wurden wir durch den Vortrag "Glossar einer dekolonialen Europakritik", den Claudia Brunner auf der Sommerakademie gehalten hat. Darin thematisierte sie sehr anschaulich die Macht-, Herrschafts- und Gewaltverhältnisse innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung (FuK). Besonders Brunners These zur epistemischen Gewalt und des Border Thinking als Möglichkeit, diesen Mechanismus zu durchbrechen, haben uns dazu angeregt, über die Utopie einer post- bzw. dekolonialen europäischen Wissenschaftsund Forschungspraxis nachzudenken.1

Einen Schlüsselbegriff fanden wir insbesondere in der Denkfigur der epistemischen Gewalt, die sich ganz deutlich in der Verteilung der Machtzentren der Wissenschaften in einem globalen Maßstab zeigt, aber auch genauso in unsere eigenen Forschungsprojekte eingeschrieben ist. Epistemische Gewalt ergibt sich insbesondere aus der 500-jährigen Tradition der kolonialen Expansion Europas, die zu einer Dominanz des Westens geführt hat. Die Wissenschaft ist integraler Bestandteil dieser Dominanz. "[D]ie eigenen Erkenntnis-, Sprech- und Handlungspositionen [sind] [...] nicht zufällig die jeweils privilegierten, sondern das Ergebnis systematischer Exklusionsmechanismen auf der Ebene der Wissenschaften, ihrer Theorien, Methoden, Epistemologien und Organisationsformen selbst" (Brunner 2013: 230). Kurz lässt sich sagen, dass sich epistemische Gewalt als "Beitrag zu gewaltförmigen gesellschaftlichen Verhältnissen [bezeichnen lässt], die im Wissen selbst, in seiner Genese, Ausformung, Organisationsform und Wirkmächtigkeit, angelegt sind" (Brunner 2013: 229).

Über die fünf Workshop-Tage hinweg beschäftigten wir uns vor allem mit dem Potenzial des *Border Thinking*, das Brunner als eine Möglichkeit der Dekolonisierung der Wissenschaft in ihrem Vortrag aufgeworfen hat. Dieses Konzept

1 Wir haben für unsere Überlegungen Begriffe, Konzepte und Denkanstöße aus de- und postkolonialen Theoriedebatten aufgegriffen. Beide Theorieströmungen weisen dabei Überlappungen auf und sind nicht scharf voneinander zu unterscheiden, obwohl sie in unterschiedlichen geographischen und wissenschaftshistorischen Kontexten entstanden sind.

wurde von Gloria Anzaldúa (1999) in den de- und postkolonialen Diskurs eingebracht und unter anderem von Walter Mignolo weiterentwickelt. Mignolo und Madina V. Tlostanova (2006) argumentieren, dass Menschen an allen Orten ihre lokalen Geschichten und Theorien hervorbringen, aber innerhalb hegemonialer Macht- und Wissensstrukturen nicht über die gleichen Möglichkeiten verfügen, gehört und universalisiert zu werden. Nicht nur geographische, sondern auch politische, kulturelle und epistemische Grenzen beeinflussen die Position von Akteur\*innen in der Wissensproduktion, je nachdem welche ethnische, sexuelle, geschlechtliche, soziale, linguistische, epistemische, religiöse Zugehörigkeit diesen zugeschrieben wird (Mignolo & Tlostanova, 2006: 208, 218). Ausgehend von einer Kritik dieser (post)-kolonialen, epistemischen Machtverhältnisse, sollen durch Border Thinking pluriversale Alternativen zur Moderne und ihren universalisierten Formen des Wissens entwickelt werden (Mignolo & Tlostanova, 2006: 210, 218). Diese Alternativen sollen an den Grenzen oder Rändern selbst entstehen. Kritisches Border Thinking "is grounded in the experiences of the colonies and subaltern empires" (Mignolo & Tlostanova, 2006: 206). Diese Erfahrungen an den Rändern sollen nicht einfach untersucht oder beschrieben werden. "To think from the borders themselves" heißt, geographische Grenzen, kolonialisierte Subjektivitäten und territorialisierte Epistemologien aufzubrechen und neuzuschreiben (Mignolo & Tlostanova, 2006: 214). Es geht also nicht nur darum, den Inhalt von Wissenschaft, sondern deren Spielregeln zu verändern und (post)-koloniale, epistemische Machtverhältnisse dadurch zu denaturalisieren. Epistemische Spielregeln entstehen meist in westlichen wissenschaftlichen Zentren. Sie bestimmen maßgebend die Wissensproduktion an sich und somit auch, wer und welche Inhalte gehört werden. Solche Epistemologien schaffen disziplinäre Grenzen, bestimmen, in welchen Sprachen vornehmlich publiziert und referiert wird, geben den Rahmen für wissenschaftliche Rankings vor und/ oder legen jene Standards fest, die bestimmen, wer sich in bedeutenden Journals Gehör verschaffen kann. Diese wissenschaftlichen Praxen sind historisch gewachsen und - in Hinblick auf qualitätsvolle und unabhängige Wissenschaft - durchaus begründbar und sinnvoll. Nichtsdestotrotz sind ihnen auch (post)-koloniale Strukturen eingeschrieben, die es sichtbar zu machen gilt.

In diesem Beitrag möchten wir auf drei mögliche Änderungen der Spielregeln aufmerksam machen, die zu einer Dekolonisierung der Wissenschaft beitragen und in unterschiedliche Forschungsprojekte eingebracht werden können. Hierbei stützen wir uns auf drei Impulse aus Olaf Kaltmeiers "Werkzeugkiste zur Demokratisierung der Sozial- und Kulturwissenschaften" (2012). Diese sind aus methodologischer, epistemologischer und schließlich politischer Sicht für eine Dekolonisierung von Wissenschaft unverzichtbar, dürfen aber keinesfalls als abgeschlossene und ausreichende Methodencheckliste verstanden werden. Sie stellen lediglich einen Anfang dar. Zur Erreichung des Ziels einer demokratischen Wissenschaft muss eine grundlegende Diskussion auf methodologischer Ebene in den Sozialwissenschaften geführt werden (Brunner 2013: 240).

Als zentrales Werkzeug nennt Kaltmeier die Selbstreflexivität aller Wissenschaftler\*innen über die eigene Position in der Forschung. Zweitens nennt er den Anspruch, die Vielstimmigkeit im Forschungsprozess zu fördern, zu der auch das Hören von bislang wenig gehörten Stimmen durch nicht-paternalistische Methoden gehört. Schließlich sollte jede Forschung auf mögliche Formen der Änderung von Machtverhältnissen ausgerichtet sein und dadurch einen politischen Anspruch verfolgen (Kaltmeier 2012: 40).

Wir möchten die Kritik und Impulse von Brunner und Kaltmeier auf unsere Forschungen beziehen und einerseits herausarbeiten, inwiefern unsere Projekte bereits einen post/dekolonialen Zugang verfolgen. Andererseits möchten wir aber auch reflektieren, welche Schwierigkeiten und Widersprüche sich in unseren Ansätzen auf diesem Weg finden lassen. Diese Widersprüche möchten wir in Form von kritischen Fragen (fettgedruckt) an Sie, die Leser\*innen dieses Beitrags, weitergeben und dadurch auf eine weitere entscheidende Kompetenz eines post/dekolonialen Forschungszugangs verweisen: Widersprüchlichkeiten und Komplexität zulassen (Clarke 2012: 28). Zudem möchten wir durch dieses Vorgehen Impulse für die konkrete Forschungspraxis in der FuK geben. Die vorgestellten Methoden und Impulse sollen Teil des Weges in Richtung der Utopie einer post/dekolonialen FuK sein.

### Wege zur Dekolonisierung der eigenen Forschungspraxis Selbstreflexivität

Zunächst möchten wir, die Autorinnen dieses Aufsatzes, uns als interdisziplinär arbeitende Jungwissenschaftlerinnen positionieren. Wir haben alle drei an Fachbereichen<sup>2</sup> studiert,

2 Unsere Fachbereiche sind Internationale Entwicklung, Zeitgeschichte, Afrikawissenschaften, Politikwissenschaft und Deutsch als Fremdsprache/Deutsch als Zweitsprache. die in keinen klassischen disziplinären Grenzen verhaftet sind. Gemeinsam ist unseren Feldern ihr feministischer und post/dekolonialer Zugang, durch den globale Ungleichheitsverhältnisse problematisiert werden. Wir verorten uns in diesem Feld, da wir uns mit Gewalt- und Machtverhältnissen auseinandersetzen. De- und postkoloniale Ansätze beschäftigen sich nicht nur mit den Auswirkungen der Kolonialisierung, sondern auch mit den "aktuell bestehenden neokolonialen Machtverhältnisse[n]" sowie mit jenen "diversen ,kulturellen Formationen', die in Folge von Kolonisierung und Migration in den Metropolen entstanden sind" (Varela & Dhawan 2015: 18). Postkolonialismus denken wir als "Widerstandsform gegen die koloniale Herrschaft und ihre Konsequenzen" und den Prozess der Dekolonialisierung als kontinuierlichen, aber vielschichtigen und auch widersprüchlichen (Varela & Dhawan 2015: 16).

In unserem gemeinsamen Ansatz sehen wir auch eine Parallele zur FuK, die keinem klassischen politikwissenschaftlichen Ansatz folgt, sondern interdisziplinär ausgerichtet ist. Diese interdisziplinären Felder sind gewissermaßen aus einer Selbstreflexion der klassischen Disziplinen entstanden und setzen damit per se bei der Hinterfragung der eigenen "doings" an.

Durch diese Positionierung in nicht klassisch disziplinären Feldern nehmen wir gewissermaßen selbst Randpositionen im universitären Umfeld ein. Die Tatsache, als Jungwissenschaftlerinnen noch wenig Fuß in der hierarchischen Welt der Universitäten gefasst zu haben, verfestigt diese Position. Dennoch sind wir durch unsere eigenen Forschungsvorhaben als Akteurinnen in die Macht-, Herrschafts- und Gewaltverhältnisse eingebunden, die hierarchisches Wissen produzieren. Denn durch unsere institutionelle Verortung an einer westlichen Universität nehmen wir dennoch eine privilegierte Position ein (Brunner 2013: 229; 232). Um sich unserer Utopie einer post/dekolonialen Forschungspraxis anzunähern, muss der Ausgangspunkt in einer kritischen Reflexion unseres eigenen ,doing academias' liegen, also die Befragung unserer eigenen Forschungspraxis nach der Verwobenheit von Wissen und Macht (Brunner 2017: 151).

Julia und Franziska geht es in ihren Forschungsprojekten zur österreichischen Migrationsgeschichte darum, mit Ausschlüssen und Machtverhältnissen im wissenschaftlichen Diskurs und in der Gesellschaft zu brechen. Wir beschäftigen uns in unseren Masterarbeiten mit Stimmen vom Rand aus einer historischen Perspektive. Methodisch greifen wir auf eine sozialkonstruktivistische, narrative Biographieforschung



zurück, die sich mit erzählten Lebensgeschichten, im Rahmen qualitativer Interviews, befasst. Es geht dabei darum, die "Perspektive der Handelnden in der Alltagswelt" in den Fokus des Interviews und der Interpretation der so entstehenden Erzählungen zu stellen (Rosenthal 2008: 15). Dabei ist gleichzeitig klar, dass auch die Forschenden mit ihren Erwartungen und Fragen konstitutiv für das Entstehen des konkret erzählten Narratives sind (Egger 2013: 56).

Anspruch beider Forschungsprojekte ist es, verschiedene Stimmen vom Rand zu hören. Durch den Zugang der Biographieforschung möchten wir diese Stimmen in erster Linie "hören" und nicht durch eigene Fragestellungen, die doch wieder unsere eigenen Annahmen und unsere Perspektiven beinhalten, lenken. Mit der Bitte, die Lebensgeschichte zu erzählen und indem wir im narrativen Teil des Interviews erst einmal nur zuzuhören, wollen wir das Verhältnis zwischen Subjekt und Objekt der Wissensgenerierung aufweichen. Obwohl der biographische Zugang durchaus interessante Ansätze eines post/dekolonialen Forschungszugangs bereithält, ergeben sich dennoch kritische Fragen.

Dürfen wir als Forscher\*innen für die Menschen sprechen, die wir interviewen? Wie können wir Erfahrungen und Narrative, die nicht unsere sind, in einen Diskurs einschreiben? Wer hat in diesem Fall das Recht zu sprechen und wer hat Chancen, gehört zu werden?

Bei der Selbstreflexion ist es uns insbesondere wichtig,

nicht nur unseren eigenen Standpunkt und unsere Positionalität zu hinterfragen, sondern diese auch auf die von uns angewendeten Methoden zu beziehen. Die narrative Biographieforschung als sozialwissenschaftliche Methode hat ein großes Potenzial für das Hören von Stimmen an den Rändern. In gängigen Lehrbüchern der Sozialwissenschaften wird der Ausgangspunkt der Methode in den USA an der Chicago School of Sociology dargestellt. Dort wurden lebensgeschichtliche Interviews ab den 1930er Jahren vor allem dazu eingesetzt, Erzählungen von Bewohner\*innen der Chicagoer Armenviertel und von Gefängnisinsassen zu sammeln und zu interpretieren (Thompson 2000: 61-62). Diese frühen Beispiele narrativer Biographieforschung waren teils mit einer klaren politischen, sozialreformerischen Agenda verbunden (Thompson 2000: 62).

Gleichzeitig macht eine machtkritische Perspektive auf diese Forschungstradition deutlich, dass hier der Beginn eines Methodenkanons entsteht, der nur eine ganz bestimmte Form von Wissensgenerierung zulässt und epistemische Gewalt mit hervorbringt. Die Menschen, denen eine marginale Position zukommt, sind hier eher Objekt als Subjekt oder Akteur\*in von Forschung. Die Strömung der Biographieforschung, mit der wir arbeiten, wurde außerdem in einem westlichen Kontext, maßgeblich an großen Universitäten im US-amerikanischen und westeuropäischen Raum entwickelt. Die Methoden zum Einholen der Stimmen von den Rändern wurden also wiederum in den Zentren der Macht erarbeitet.

Auf welche nicht-westlichen Traditionen beziehen sich Oral History und narrative Biographieforschung? Werden diese je explizit gemacht? Welche oralen Alltagspraktiken und Forschungsmethoden werden im Kanon der Zentren der Wissenschaft ausgeblendet?

Ähnlich wie in der Biografieforschung gibt es auch in der Geschichte der Afrikawissenschaften viele problematische Aspekte. Die diversen Felder der Afrikawissenschaften zielen keineswegs immer darauf ab, Stimmen von den Rändern zu hören oder hörbar zu machen. Afrikawissenschaftliche Forschung war eng verwoben mit der Missionsgeschichte und mit Kolonialisierungsprozessen. Auch die Konstruktion Afrikas als eine in sich geschlossene Region, die es zu beforschen gilt, stellt eine grundlegende Problematik der Disziplin dar. Dennoch bieten die Afrikawissenschaften in ihrer Vielfalt

Möglichkeiten, Selbstreflexivität mit Wissensgenerierung zu verknüpfen. Sophias Schwerpunkt liegt auf den afrikanischen Literaturwissenschaften. Das Einlassen auf unterschiedliche Literaturen kann uns neue Perspektiven eröffnen. Fiktion regt unsere Imagination an und bewirkt, dass Leser\*innen sich auf neue Denk- und Handlungsweisen einlassen können. Gleichzeitig ist uns die fiktionale Gedankenwelt anderer nur selten ganz verständlich und als Leserin begegne ich dem Geschriebenen und Gesagten immer mit meinem persönlichen Wissen, meinen Erfahrungen, Gedanken und Gefühlen. Allerdings warnt der nigerianische Autor Chinua Achebe (1988: 102): "Privilege, you see, is one of the great adversaries of the imagination; it spreads a thick layer of adipose tissue over our sensitivity". Als privilegierte Forschende tragen wir eine solche dicke Schicht, die Leser\*innen und Forschende davon abhalten kann, das eigene Selbst zu reflektieren und sich auf Randstimmen einzulassen. Jedoch darf auch hier die Stärke der fiktionalen Literatur nicht übersehen werden. Sie hilft vielleicht auf den ersten Blick nicht, an Privilegien zu rütteln und sie zu verändern. Dennoch kann Literatur durchaus ermöglichen, dass privilegierte Personen den fiktionalen Figuren nicht Mitleid von oben herab entgegenbringen. Fiktion ermöglicht das Mitfühlen von innen heraus.

### Kollektive Formen der Wissensgenerierung

Kaltmeier nennt kollektive Formen der Wissensgenerierung als eine Möglichkeit, universalisierten Wissensformen durch Vielstimmigkeit zu begegnen und diese damit zu hinterfragen. Narrative Interviews werden seit den 1960er Jahren als zeithistorische Methode insbesondere in der Sozial-, Frauen- und Geschlechter- sowie der Migrationsgeschichte eingesetzt, um dem politischen Anspruch gerecht zu werden, Stimmen von den Rändern der Gesellschaft in den wissenschaftlichen Diskurs einzubringen (Thompson 2000: 111-112, 114-115; Egger 2013: 12-13). Klassische Archivquellen, die die Perspektiven marginalisierter Gruppen vielfach ausblenden, sollten durch die Erinnerungen dieser Akteur\*innen an historische Ereignisse und ihre Alltagserfahrungen ergänzt werden (Thompson 2000: 114).

In Bezug auf die feministische Forschung ist bemerkenswert, dass das biografische Interview als zentrale Methode die Neuausrichtung der Gender-Studies überlebt hat, die durch die Infragestellung der binären Geschlechterordnung durch feministische Wissenschaftler\*innen wie Judith Butler im Westen in den 1990er Jahren ausgelöst wurde (vgl. Dausien 2012: 157 - 159).

Gerade das biographische Interview stellt eine geeignete Methode dar, dem Dilemma um Identität und Subjektbildung zu begegnen, dem bei der Erforschung um Stimmen vom Rand und damit einhergehend der Erforschung von Differenz nicht entflohen werden kann. Der Vorteil der Methode ist, dass differenzstiftende Kategorien wie Geschlecht in der individuellen Konstruktionslogik des\*der Erzähler\*in gefasst werden können. Damit wird "geschlechtliche Identität" nicht normativ festgeschrieben, sondern die Gewordenheit einer Person wird unter dem Gesichtspunkt "Geschlecht" in einer empirischen Frage zu fassen versucht: Wie stellen gesellschaftliche Individuen in bestimmten historisch-sozialen Kontexten Subjektivität her? Welche Modelle produzieren und reproduzieren sie dabei? (Dausien 2012: 164 - 165).

Die Wahl dieses individuellen Zugangs entpuppt sich als gewinnbringender Zugang für eine post/dekolonial ausgerichtete Forschung, um dem Identitäts- und Repräsentationsdilemma zu begegnen. Gleichzeitig besteht jedoch bei der Konzentration auf die Einzigartigkeit und Subjektivität die Gefahr, sich zu sehr auf die Differenz zu konzentrieren. "Es ist, als beruhte die herrschende Ordnung nicht mehr auf dem Ausschluss der Anderen, sondern auf der radikalen Verleugnung ihrer möglichen Gleichheit [,]" schreibt Hito Steyerl in einer Einleitung zur deutschen Übersetzung von Spivaks berühmt gewordenem Text "Can the Subaltern speak?" und mahnt, dass eine gemeinsame, von Identität unabhängige Sprache der Emanzipation nicht aus der Blickweite der Forschung geraten darf (Vql. Steyerl 2008: 14).

Wie können wir in unserer Forschung mit dem Spannungsverhältnis zwischen Differenz und Gleichheit umgehen? Wie gehen wir mit dem Repräsentationsdilemma bei der Forschung im Bereich von Lebensgeschichten um? Wie können wir die Menschen, deren Geschichten wir 'erforschen', nicht nur während des Interviews in den Mittelpunkt stellen, sondern auch bei der Ergebnispräsentation beteiligen?

Das Bild der Stimmen von den Rändern ist durchaus hilfreich. Die Menschen mit denen wir gesprochen haben, haben zum Teil sehr unterschiedliche Lebensgeschichten und wurden immer wieder, in verschiedenen Kontexten, aufgrund ihrer sozialen und geographischen Herkunft, ihrer politischen Einstellung oder ihres Geschlechts an den Rand gedrängt. Gleichzeitig ist es wichtig, festzuhalten, dass sie durch ihr

Engagement in der Politik, in ihrem Berufsweg und sozialen Umfeld zentrale und wirkmächtige Positionen einnehmen.

Wer definiert den Rand und die Randständigkeit eines Menschen? Dürfen wir als Forscher\*innen jemandem diese Position zuschreiben oder geht es um die Selbstdefinition? Welche konkreten Machtverhältnisse bestimmen über die Position eines Menschen und seine\*ihre Möglichkeiten, diese zu verändern?

Im Zuge unserer Forschungspraxis ist immer wieder deutlich geworden, wie wichtig es ist, die Stimmen unserer Interviewpartner\*innen zu hören. Die Perspektiven und Narrative, die uns erzählt wurden, waren vielfach überraschend und ermöglichten uns dadurch einen für uns neuen und differenzierteren Blick auf die Vergangenheit.

Auch afrikanische Literaturschaffende gelten nicht automatisch als Stimmen von den Rändern. Diese Zuschreibung würde einer drastischen Ausblendung unterschiedlicher Erfahrungen, gesellschaftlicher Positionen und anderer Merkmale gleichkommen. Wer eine Stimme vom Rand ist, hängt also nicht (nur) von Herkunft und Identität ab, sondern beinhaltet viele andere, sich wandelnde Faktoren. Zentral ist beispielsweise auch die Frage nach materiellen Ressourcen. Welche afrikanischen Literaturschaffenden können wo und wie publizieren? Bei der Frage der Publikationsmöglichkeiten zeigt sich, dass kulturelle und epistemische Gewalt nah beieinander liegen (Brunner 2017: 42). Nur wer sich gewissen Strukturen fügt, kann publizieren und somit gehört werden. Die Ressourcenfrage führt uns auch zu uns selbst: Wessen Stimme wollen und können wir hören? Epistemologie und fiktive Literatur sind eng verwoben mit Sprache. Menschen, die andere Sprachen sprechen und in anderen sprachlichen Systemen denken, mussten und müssen sich an die imperialen Sprachen (Italienisch, Spanisch und Portugiesisch während der Renaissance und Englisch, Französisch und Deutsch seit der Aufklärung) anpassen (Mignolo & Tlostanova, 2006: 207). Wissen und Kunst in anderen Sprachen bleibt in moderner Wissenschaft und Literatur marginal.

## Welche Sprachen sprechen wir? Sind wir bereit, neue (nicht-europäische) Sprachen zu lernen?

Außerdem entsteht auch bei der Arbeit mit afrikanischen Literaturen ein Spannungsfeld zwischen Differenz und Gleichheit, das sich allein bei der Bezeichnung des Feldes – afrikanische Literaturwissenschaften – auftut. Die Vielzahl der Eigenbezeichnungen (in diesem Fall der afrikanischen Literaturschaffenden), die sich im Spannungsfeld zwischen Individualität und Kollektivität auftut, stellt die Literaturwissenschaften vor Widersprüchlichkeiten. Diese Widersprüche können und dürfen jedoch nicht aufgelöst werden, zeugen sie doch von der Vielstimmigkeit, die zentral für die Dekolonialisierung der Wissenschaft ist.

### Forschung als politischer Akt

Bei allen Widersprüchlichkeiten sollten aber, wie Steyerl (2008) mahnt, Gemeinsamkeiten und Solidarität nicht aus den Augen verloren werden. Damit sei zum dritten zentralen Werkzeug Kaltmeiers übergeleitet. Dieser fordert Sozialwissenschaftler\*innen dazu auf, mit ihrer Forschung ein politisches Ziel zu verfolgen. In dieser Weise kann die Wissenschaft bzw. Forschung dem post/dekolonialen Anspruch nach Solidarität und Gleichheit gerecht werden.

Franziskas Masterarbeit nimmt ihren Ausgangspunkt in der Beobachtung, dass in der kollektiven Erinnerung um das Themenfeld ,Gastarbeit' Frauen in ihrer aktiven Rolle als Arbeiterinnen bislang wenig Einzug in das kollektive Gedächtnis Österreichs gefunden haben, sondern in einer passiven Rolle repräsentiert werden. Die Forschung folgt einem feministischen, intersektionalen Forschungsansatz, der von der Beobachtung ausgeht, dass Frauen als aktive Arbeitskräfte in der kollektiven Erinnerung um den Themenkomplex 'Gastarbeit' wenig beachtet, oder aber in Geschichtsbüchern oder Ausstellungen stereotyp dargestellt werden. Eurozentrische Repräsentationsmuster führen dazu, dass Migrantinnen immer wieder als weniger emanzipiert dargestellt werden als einheimische' Frauen. Der Fokus liegt dabei auf Arbeitsmigrantinnen aus dem ehemaligen Jugoslawien, die oft als "Pionierinnen der Moderne" bezeichnet wurden. Ein besonders unzureichendes Bild, da diese Frauen aus einem sozialistischen Land kamen und in den 60er und 70er Jahren ungleich stärker in den Arbeitsmarkt integriert waren, als dies bei österreichischen Frauen der Fall war (vgl. Morokvasic 1987). Dem ausschließenden und wirkmächtigen Darstellungsregiment um das Thema "Gastarbeit" sollen durch autobiografische Interviews bislang wenig gehörte Stimmen entgegengesetzt werden, um andere Perspektiven in den Diskurs einzubringen und um zur Dekolonisierung von Wissen in diesem Bereich beizutragen. Die Gesellschaftskritik dieser Forschung liegt also im Anspruch, das kollektive Gedächtnis in Österreich zu erweitern und damit das Bekenntnis, ein

Einwanderungsland zu sein, zu festigen. Außerdem kann der Blick auf wenig bekannte Aspekte der Geschichte von Frauen als Arbeitsmigrantinnen auch dabei helfen, Rassismus und Sexismus in seiner Verschränkung zu kritisieren (Vgl. Rupnow 2013: 9). Dadurch wird ein anderer Blickwinkel auf den aktuellen Diskurs um Migration und Einwanderung möglich, in dem wiederum Frauen in Hinblick auf ein idealisiertes Bild von österreichischen bzw. europäischen Frauen wahrgenommen werden und Stereotype um "Migrantinnen" die öffentliche Diskussion prägen.

Julia geht in ihrer Masterarbeit der Geschichte einer Flüchtlingssiedlung in Wien Simmering nach und fragt nach der Perspektive der Bewohner\*innen auf diesen Ort am Rand der Stadt.

1956 wurde die ehemalige Artilleriekaserne Kaiserebersdorf von der Stadt Wien als Flüchtlingslager eingerichtet, um ungarische Flüchtlinge unterzubringen. 1957 wurde ein Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und dem UNHCR über den Umbau der Kaserne zu einer Wohnsiedlung für Ungar\*innen, die sich entschieden, in Österreich zu bleiben, geschlossen (Stanek 1985: 190, 219-220). Das Areal wird seit damals als Flüchtlingsunterkunft genutzt und ist damit eine Art Kristallisationsort aller wichtigen Ereignisse der österreichischen Asylgeschichte seit 1956. Das Forschungsprojekt fragt nach der Perspektive der geflüchteten Menschen auf diesen Ort, der ihnen als Wohnort zur Verfügung gestellt und damit gleichzeitig gewissermaßen vorgegeben wurde.

Eine zentrale Fragestellung dabei ist, inwiefern sich die Geflüchteten, die in den Wohnungen in der ehemaligen Kaserne leben oder gelebt haben, diesen peripheren Raum angeeignet und ihn aktiv mitgestaltet haben. Der politische Anspruch der Forschung zielt also einerseits darauf ab, diesen Ort am Rand der Stadt, der Zuflucht aber auch Ausgrenzung bedeuten konnte, in die Stadtgeschichte einzuschreiben. Zweitens geht es ganz zentral darum, die Bewohner\*innen der Siedlung und ihre Handlungsmacht in den Fokus zu stellen. Flüchtlinge geraten in aktuellen politischen Debatten und auch in der geschichtswissenschaftlichen Forschung oft als Objekte internationaler, nationalstaatlicher oder regionaler Politiken in den Blick. Das Projekt soll geflüchtete Menschen als Akteur\*innen ernst nehmen, deren Handlungsmöglichkeiten durch Asylpolitiken, gesellschaftliche und siedlungsinterne Machtverhältnisse begrenzt sind, die aber trotzdem über einen Gestaltungsspielraum verfügen, den sie nutzen konnten und dadurch die Stadt und ihre Geschichte mitgestaltet haben.

Diese Blicke in die Vergangenheit helfen uns dabei, Zusammenhänge und Machtverhältnisse hinter den aktuellen Gegebenheiten zu verstehen. Dies stellt, wie Brunner in ihrem Vortrag während der Sommerakademie in Schlaining meinte, eine Möglichkeit dar, Rassismus und Privilegien zu verlernen und aus den Versäumnissen der Vergangenheit zu lernen.

Neben dem Verlernen von Rassismus und Privilegien plädiert Brunner (2016: 80) auch dafür, Begriffe wie Toleranz mit Solidarität und Gerechtigkeit zu ersetzen. Toleranz ist ein "Privileg der Macht" und stellt sich widerspruchsfrei "in den Dienst höchst intoleranter Normen und Praktiken" (Brunner 2016: 78). Bei der literaturwissenschaftlichen Arbeit entsteht die Gefahr, afrikanische Literaturen von einer Machtposition aus zu lesen und zu bewerten. Irele (1990: 34) warnt davor, dass sich die Interpretation von afrikanischen Literaturen oft auf anthropologische Details versteift, ohne dass literarische Freiheiten und Imagination mitgedacht werden. Einer meiner politischen Ansprüche bezogen auf die afrikanische Literaturwissenschaften lautet, dem Fremden oder Anderen nicht Toleranz entgegenzubringen oder es rein aufgrund der Andersartigkeit spannend zu finden – sondern um Gerechtigkeit und Solidarität mit Autor\*innen und einen offenen Blick auf jene Texte, die im literarischen und wissenschaftlichen Kanon in Ländern des Globalen Nordens noch kein oder zu wenig Gehör gefunden haben. Hoffnung geben die zahlreichen Initiativen afrikanischer Literaturschaffender, die darum kämpfen, gehört zu werden und von denen wir viel lernen können. Doch es ist ebenso notwendig, die als universal geltenden Grundlagen von Kunst und Literatur zu hinterfragen.

Welches Literaturverständnis haben wir? Welchen Status sprechen wir schriftlicher und mündlicher Literatur zu? Wie hierarchisieren wir Literaturen? Welche Traditionen werden literaturwissenschaftlich (bewusst und unbewusst) ausgeblendet?

### Fazit

Post/dekoloniale Forschungspraxis ist Utopie und Notwendigkeit zugleich. Der Kern des Prozesses besteht darin, epistemische Gewalt aufzubrechen. Wir haben unterschiedliche Ansätze vorgestellt, denen gemeinsam ist, dass sie von und an den Rändern agieren können. Beim Erarbeiten der Ansätze wurde uns klar: es geht nicht darum, festzuschreiben, wer Rand und wer Zentrum ist, sondern die Relationen zwischen den beiden Polen sichtbar zu machen. Rand und Zentrum

werden erst wirkmächtig, indem sie sich aufeinander beziehen, voneinander abgrenzen und indem die vielen Positionen hierarchisiert werden. Die Vielstimmigkeit an Positionen kann auch in einer einzelnen Person vorhanden sein, was deutlich wird, wenn wir unsere eigene Positionalität als junge Wissenschaftlerinnen betrachten und auch jene der Subjekte, mit denen wir uns in unserer Forschung beschäftigen.

Der Weg zur post/dekolonialen Wissenschaft ist widersprüchlich und konflikthaft. Eine Aufgabe der FuK kann es sein, diese Konflikte zu sehen und Widersprüche zuzulassen. Wenn wir die Widersprüche und die aufgeworfenen, offenen Fragen näher betrachten, wird schnell deutlich, dass Border Thinking nicht nur "vom Rand her denken" meint, sondern auch, über den eigenen Rand hinauszudenken. Wenn die eigenen wissenschaftlichen Methoden nicht reichen oder greifen, müssen wir unsere Bequemlichkeit überwinden. So beinhaltet das Aufbrechen der epistemischen Gewalt durch Border Thinking gleichzeitig Zuhören und Stimme ergreifen, Verstehen und Hinterfragen, die eigenen Privilegien zugunsten dekolonialer Prozesse zu nutzen und letztendlich zu verlernen. Auch ob wir unsere Utopie je erreichen, ist fraglich – denn je näher wir einer Utopie kommen, desto mehr verändert sie sich. Die Utopie der post/dekolonialen Forschung beinhaltet, dass sie noch sehr fern ist. Ihre Notwendigkeit besteht darin, dass wir den Weg auf sie zu dennoch beschreiten müssen, auch und vor allem über unsere eigenen Ränder hinweg.

### LITERATUR

Achebe, Chinua (1988) "Hopes & Impediments." In *Selected Essays* 1965-1987, 95-105. London: Heinemann.

Anzaldúa, Gloria (1999) "Borderlands/La Frontera. The New Mestiza. San Francisco: Aunt Lute Books.

Brunner, Claudia (2013) "Situiert und seinsverbunden in der "Geopolitik des Wissens". Politisch-epistemische Überlegungen zur Zukunft der Wissenssoziologie." Zeitschrift für Diskursforschung 3: 226-245.

Brunner, Claudia (2016) "Toleranz als Privileg der Macht." In Wie weit geht Toleranz? Wie weit geht Europa? Europäische Toleranzgespräche Fresach 2015, herausgegeben von Helmuth A. Niederle, 77-107. Wien: Erhard Löcker.

Brunner, Claudia (2017) "Das Konzept epistemische Gewalt als Element einer transdiziplinären Friedens- und Konflikttheorie." In *Friedensforschung in Österreich. Bilanz und Perspektiven*, Edition Jahrbuch Friedenskultur, herausgegeben von Werner Wintersteiner und Lisa Wolf, 38-53. Klagenfurt: Drava.

Brunner, Claudia (2017) Friedensforschung und (De-)Kolonialität. In: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung. 6 (1), S. 149 - 163.

Dausien, Bettina (2012) "Differenz und Selbst-Verortung – Die soziale Konstruktion von Geschlecht in Biographien als Forschungskonzept." In *Erkenntnis und Methode. Geschlechterforschung in Zeiten des Umbruchs*, herausgegeben von Brigitte Eulenbacher und Birgit Riegraf, 157-177. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Egger, Michael (2013) *Der kleine Oral History Ratgeber*. Graz: Universität Graz Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte.

Irele, Abiola (1990) The African Experience in Literature and Ideology. Bloomington: Indiana University Press.

Kaltmeier, Olaf (2012) "Methoden dekolonialisieren. Reziprozität und Dialog in der herrschenden Geopolitik des Wissens. In Methoden dekolonialisieren. Eine Werkzeugkiste zur Demokratisierung der Sozial- und Kulturwissenschaften herausgegeben von Olaf Kaltmeier und Sarah Corona Berki, 18-44. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Mignolo, Walter/ Tlostanova ,Madina V. (2006) "Theorizing from the Borders. Shifting to Geo- and Body-Politics of Knowledge." European Journal of Social Theory 9/2: 205–221. Morokvašić, Mirjana (1987) Jugoslawische Frauen. Die Emigration und danach. Basel: Roter Stern.

Rosenthal, Gabriele (2008) *Interpretative Sozial-forschung. Eine Einführung.* München: Juventa.

Ruokonen-Engler, Minna-Kristiina (2012) "Unsichtbare" Migration? Transnationale Positionierungen finnischer Migrantinnen. Eine biographieanalytische Studie. Bielefeld: Transcript.

Stanek, Eduard 1985) *Verfolgt, Verjagt, Vertrieben. Flüchtlinge* in Österreich von 1945-1984. Wien: Europa Verlag.

Steyerl, Hito (2008) "Die Gegenwart der Subalternen." In Spivak, Gayatri. Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation. Es kommt darauf an. Texte zur Theorie der politischen Praxis, Bd. 6, 5-17. Wien: Turia und Kant.

Thompson, Paul (2000) *The Voice of the Past. Oral History*. Oxford: Oxford University Press.

Varela, María do Mar Castro/ Dhawan, Nikita (2015) *Postkolo-niale Theorie. Eine kritische Einführung.* Bielefeld: Transcript.



## LINKSPOPULISMUS ALS MOBILISIERUNGSLOGIK. ZUR KONSTITUIERUNG GEGENHEGEMONIALER PROJEKTE BEI ERNESTO LACLAU UND CHANTAL MOUFFE

Julia Brandstätter

## Von der Postdemokratie zur Errichtung einer demokratischen Gegenhegemonie

Die neoliberale Verhärtung der Verhältnisse und die geringe Durchsetzungskraft alternativer Gesellschaftsentwürfe suggeriert kritischen Akteur\*innen oft das Gefühl der Handlungsunfähigkeit. Antonio Gramscis Worte zur Verfasstheit einer paralysierten Gesellschaft gewinnt immer mehr an Aktualität: "Die Krise besteht gerade in der Tatsache, daß das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann" (Gramsci 1991-2002: 354). Mit dem vorliegenden Beitrag möchte ich dem Ohnmachtsgefühl entgegenwirken und einen Anstoß zur linkspopulistischen Handlungsermächtigung geben. Mein Ansinnen ist ein Aufbrechen sedimentierter gesellschaftlicher Praxen, um dem Dilemma der Entdemokratisierung, Renationalisierung und Faschisierung entgegenzuwirken. Colin Crouchs Gesellschaftsdiagnose – die Postdemokratie – lässt sich als Zustand beschreiben, in dem zwar immer noch Wahlen abgehalten werden, die sogar dazu führen können, dass die Regierung ausgewechselt wird; in dem allerdings Wahlkämpfe durch rivalisierende Teams professioneller PR-Manager zu einem reinen Spektakel verkommen (vgl. Crouch 2004: 4). Doch sehen wir uns heute wieder mit Alternativen konfrontiert, die den demos aus seiner Apathie locken. Verschiedenste Repräsentations- und Identifikationsformen geben den Affekten ein Ventil (vgl. Mouffe 2016a: 30). Autokraten bekleiden in Polen, Ungarn oder Österreich bereits hochrangige Ämter, regieren (mit) und wollen die parlamentarische Parteiendemokratie in eine plebiszitäre, bonapartistische Führerdemokratie transformieren. Ergänzt wird dieses Bild von asymmetrischen Machtverhältnissen rund um den Globus, einer imperialen Lebens-, Produktions- und Mobilitätsweise und unzähligen Krisenerscheinungen – nicht nur die gesellschaftlichen Naturverhältnisse betreffend (weiterführend vgl. Brand/Wissen 2017; Görg 1999; Bauhardt 2011). Aber wie lassen sich Kollektive mobilisieren, um alternative Gesellschaftsentwürfe – jenseits rechtsextremer Phantasmen – zu installieren? Wie wollen wir unsere Gesellschaft einrichten und welche Handlungsmöglichkeiten bleiben uns? Ein Sieg der westlich-liberalen Demokratie, ein "Ende der Geschichte" (Fukuyama 1992) blieb aus, die Fundamente der Gesellschaft sind ins Wanken geraten. Französische Denker (von Ernesto Laclau über Jean-Luc Nancy, Alain Badiou und Claude Lefort bis Jacques Rancière) bestärken das Ende des Zeitalters aller Gewissheiten: "Die philosophischen, theoretischen und politischen Fundamente, Prinzipien oder Werte, auf denen die Gesellschaft errichtet ist, erweisen

sich als brüchig" (Marchart 2016: 8). Die Rahmung und Einrichtung unserer Gesellschaft sowie die Fundamente, auf denen sie zu stehen glaubt, sind zweifelhaft und umkämpft. Denn jede Gesellschaftsform ist "das Produkt einer Reihe von Verfahrensweisen, die in einem Kontext von Kontingenz Ordnung herzustellen versucht" (Mouffe 2016b: 25). Jede gesellschaftliche Ordnung ist hegemonial – auf bestimmte Zeit. Das heißt auch, dass habitualisierte Verhaltensweisen und sedimentierte Platzzuweisungen strittig sind – und damit potenziell veränderbar.¹ Horizonte des politischen Widerstands, der sozialen Kämpfe und der Demokratie überhaupt sind dehnbar und offen für Veränderung.

In diesem Beitrag möchte ich Ermöglichungsbedingungen einer gegenhegemonialen Intervention in die gesellschaftliche Ordnung in Form eines linkspopulistischen Projekts mitdenken, wobei ich auf Konzeptionen Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes zurückgreife. Populismus als Mobilisierungslogik soll die Artikulation frustrierter Forderungen, die Errichtung einer gegenhegemonialen Kraft – ja die Transformation der gesellschaftlichen Grammatik selbst – ermöglichen. Mir geht es nicht um das inhaltliche *Was*, sondern um das *Wie*, das Funktionsprinzip gegenhegemonialer Intervention, die Mobilisierungs- und Kollektivierungskraft von Populismus. Im Fokus des Populismuskonzepts stehen "the nature and logics of the formation of collective identities" (Laclau 2007: ix).

### Populismus - Typologie? Politische Logik?

In Europa macht sich ein liberaler Antipopulismus breit: politische Gegner werden als Populisten bezeichnet, um sie zu diskreditieren; um sich selbst als "liberalen Demokraten" von den "illiberalen Populisten" abzugrenzen. Auf nationaler wie auf EU-Ebene warnen Politiker\*innen und Journalist\*innen vor der Gefahr des Populismus (vgl. Marchart 2017b: 11). Die pauschale Ablehnung von Populismus ist wagemutig, bedenkt man die vielen unterschiedlichen politischen Positionen und Inhalte, die mit dem Adjektiv *populistisch* denunziert werden. Die inflationäre Verwendung unterschiedlicher Definitionen von Populismus verweist bereits auf die unscharfen Grenzen des Begriffs. Populismus als Worthülse, von seinem Inhalt entleert, wird herkömmlich als "schlanke Ideologie" (Seyd 2014)

1 Laclau versteht Gesellschaft diskursiv: "[d]er Diskurs markiert [...] den Bereich, in dem sich die Gestalt einer Gesellschaft im Widerstreit konfligierender Deutungen und Perspektiven abzeichnet" [Marchart 2017a: 34]; der Diskurs spannt den Bogen also weit über Schrift und Sprache. (vgl. ebd.: 68) Die Verfasstheit des Diskurses, genau wie die der Gesellschaft, ist immer eine kontingente, brüchige und vorläufige (vgl. Marchart 2017a: 34; vgl. Mouffe 2016b: 26).

umschrieben, die eine Herrschaft der – vom sozialen Abstie g ständig bedrohten – Kleinbürgerschaft über eine als korrupt und eigennützig verstandene Elite betont (vgl. ebd.). Eine solche Minimaldefinition wird je nach Ausformung ergänzt oder gewandelt: Populismus gibt es "in linker wie rechter, sozialistischer wie marktradikaler, autoritärer wie demokratischer, oppositioneller wie regierender, parteilich wie außerparteilich organisierter" (ebd.) Ausprägung. Populismus beschreibt grundsätzlich ein sehr heterogenes Phänomen:

"on the one hand, Donald Trump, BREXIT supporters and the European Far Right in government or in opposition; on the other, Bernie Sanders, the so-called Pink Tide of left-wing populist governments in Latin America and inclusionary populisms in the European South" (Stavrakakis 2017a: 1). Modellhafte, inkohärente Typologien und Definitionsversuche von Populismen scheitern meist an zwei Problemen: entweder sie sind nicht weit genug, um allen Populismusphänomenen gerecht zu werden, oder sie sind nicht präzise genug, um die Organisation, Funktion und den Erfolg von Populismen noch aufschlussreich zu erklären (vgl. Laclau 2007: 3ff.; vgl. Seyd 2014). Der argentinische politische Theoretiker Ernesto Laclau beklagt sich über die inhaltliche Leere des Begriffs angesichts der Vielzahl populistischer Projekte weltweit (vgl. Laclau 2007: 5ff., 67). Sofern Populismus nicht als irrationales kollektives Verhalten, Exzess der Massen oder Bedrohung begriffen wurde, betonte man "its vagueness, its ideological emptiness, its anti-intellectualism, its transitory character" (ebd.: 13). Laclau macht einen bemerkenswerten Schritt: er kehrt Populismus um, von einer marginalen Randerscheinung zur Logik des Politischen tout court (vgl. Marchart 2005: 5). Es geht ihm nicht mehr um ein spezifisches, ontisches Phänomen, nicht um eine bestimmte Ideologie oder Herrschaftsform; vielmehr stellt er den ontologischen Rahmen, das Politische selbst, auf den Prüfstand (vgl. Marchart 2005: 4; vgl. Seyd 2014). Mit diesem Twist erlaubt Laclau, Populismus nicht mehr als pejorativ konnotiertes partikulares Projekt zu betrachten, sondern als eine der Politik immanente Logik.

Darüber hinaus verteidigt Laclau den vielfach kritisierten Namen .the people'; das politische Subjekt, das durch seinen Nennungsakt entsteht. Dahinter steht seine *theory of naming*, zu Deutsch: Theorie der Namensgebung. "If the identity of a given social group cannot be derived from a stable ground within the social [...], it can only be the result of a process of hegemonic signification/articulation" [Marchart 2005: 5]. Eine soziale Gruppe – etwa .die Gesellschaft' oder .das Volk' – ist keine primordiale, gegebene Einheit; sie steht nicht auf einem

vor-diskursiven Fundament. Erst mit der Namensgebung entsteht das politische Subjekt als solches.

Der leere Signifikant – in diesem Fall ,the people' als politischer Akteur - wird immer hegemonial besetzt und erhält seine Bedeutung durch performative Konstruktion. "[W]e can see populism as one way of constituting the very unity of the group. [...] [T]he people is not something of the nature of an ideological expression, but a real relation between social agents" (Laclau 2007: 72f.). So etwas wie positive Identität gibt es nicht; jede Identität ist kontingent und relational – also immer veränderbar (vgl. Devenney et al. 2016: 326). Wichtig ist, dass der Name nicht die Einheit der Gruppe ausdrückt, sondern zum Fundament wird, auf dem die Gruppe (ent-)steht (vgl. Laclau 2007: 231). Denn all jene, die sich in ,the people' einschreiben, bleiben mit widersprüchlichen Forderungen und Meinungen in der Einheit der Gruppe als partikulare Differenzen bestehen (vgl. Süß 2015, 2016: 141ff). Wenn wir, so Laclau, das Spezifische der populistischen Artikulations- und Identifikationsweise untersuchen wollen, müssen wir eine kleinere Einheit als die soziale Gruppe finden: "the category of social demand" (Laclau 2007: 73). Im nächsten Abschnitt (3) beschäftige ich mich mit Populismus als Mobilisierungslogik für solche demands: wie kann Populismus unerfüllten Ansinnen und Forderungen ein demokratisches Ventil einrichten?

### Populismus als Mobilisierungslogik: Konstituierung eines gegenhegemonialen Projekts

Gemäß der *Logik der Differenz* sind die unzähligen (mitunter gegensätzlichen) Positionen, Wahrnehmungen, Handlungen, Prinzipien und Werte niemals repräsentiert von einer homogenen Gruppe. Heterogenität spielt eine konstitutive Rolle um "the people" oder "die Gesellschaft" zu begreifen (vgl. ebd.: 223). Niemals werden all die unterschiedlichen Forderungen von der etablierten Ordnung erfüllt: Gesellschaft, als diskursives Gebilde und "Ensemble aus Differenzen" (Marchart 2017a: 60), ist gefüllt mit Widersprüchen und Antagonismen. Laclau nennt diesen Charakter der sozialen Realität *Dislokation*. Von der etablierten Ordnung ignorierte Anliegen können nur dann wirksam werden, wenn eine Artikulation<sup>2</sup> dieser unterschiedlichen Anliegen in äquivalenter Form stattfindet, deren Benennung der Grund für Einheit der artikulierenden Gruppe wird (vgl. Laclau 2007: 74).

Mit anderen Worten: werden Forderungen auf unbestimmte

<sup>2</sup> Der Begriff Artikulation wird von Chantal Mouffe "zur Beschreibung der Verknüpfungsleistung von verschiedenen Subjektpositionen" (Reitz 2009: 125) geprägt.

Zeit nicht befriedigt, kommt es zu einer "accumulation of unfulfilled demands and an increasing inability of the institutional system to absorb them in a differential way (each in isolation from the others), and an equivalential relation is established between them" (ebd.: 73). Forderungen nach Arbeit, nach Solidarität, nach der Einhaltung oder Abschaffung bestimmter Gesetze oder sonstige Anliegen der Gesellschaftsteile können sich äquivalentiell artikulieren. Die Äquivalenzkette, in der sich die unerfüllten Forderungen miteinander verknüpfen, können sich also ihrem Inhalt nach unterscheiden. Die Gemeinsamkeit besteht in der Negation: der vehementen Ablehnung des status quo, der etablierten hegemonialen Ordnung. Damit funktioniert die Logik der Äquivalenz als mobilisierende Kraft, als verbindendes Element, als demokratisches Ventil für ungehörte Forderungen, ohne deren Differenzen aufzuheben (vgl. ebd.: 79). Populismus ist also der Name einer Logik, nach der differentielle Elemente artikulatorisch in eine Äguivalenzkette gebunden sind (vgl. Marchart 2012: 223).

Unter dem Label eines gemeinsamen leeren Signifikanten, etwa ,das kapitalistische System', ,Demokratie' oder ,das Volk', können sich unterschiedliche frustrierte Forderungen und Affekte versammeln. Der leere Signifikant dient - gerade aufgrund seiner inhaltlichen Leere und chronischen Unbestimmtheit – als Projektionsfläche für Anliegen aus der Bevölkerung (vgl. Laclau 2007: 67). Populismus ist also immer auch ein graduelles Phänomen; eine Logik, die der Demokratie, der Politik überhaupt, eingeschrieben ist. "There is no political intervention which is not populistic to some extent" (ebd.: 154). Denn keine Gesellschaftsform kann alle Forderungen unter einen Hut bringen – immer gibt es verwehrte Wünsche, frustrierte Forderungen und Exklusion. Dass Populismus immer bis zu einem gewissen Grad vorhanden ist, soll nicht heißen, dass rechtspopulistische Kräfte à la Berlusconi, Wilders und Trump unvermeidbar sind. Es geht auch nicht darum, ein linkspopulistisches Projekt auf die Beine zu stellen, das sich Feindbildern und einer Politik der Angst bedient. Chantal Mouffe bemerkt in einem Interview dazu: "Die zwei Hauptleidenschaften der Politik sind Angst und Hoffnung. Rechtspopulisten nutzen Angst, Linkspopulisten sollten auf die Hoffnung setzen" (Korbik 2014). Was mithilfe der populistischen Logik transportiert wird, ist freilich den spezifischen handelnden Personen überlassen und nicht Inhalt meines Beitrags, der sich um das Wie dreht.

### Vom Hegemonialwerden

Handlungsfähigkeit besteht dort, wo (gegen-)hegemoniale

Artikulation und Verfahrensweisen wirksam werden, wo also frustrierte Forderungen äquivalentiell verknüpft sind und als gegenhegemoniales Kollektiv der etablierten Ordnung gegenüberstehen. Die politischen Subjektpositionen sind also auf Allianzen angewiesen, "denn erst der Zusammenschluss vermag diskursive Verschiebungen und Brüche zu bewirken" (Süß 2015, 2016: 139f.). Der gemeinsame Nenner solcher Allianzen ist also die über Negation errichtete Äguivalenz (vgl. Marchart 2016: 190). Forderungen können wirksam und das soziale Gebilde transformieren werden, wenn die kollektive Artikulation zu gegenhegemonialen "Sedimentierungseffekten" (ebd.: 204) führt. Sedimentierung heißt "Routinisierung und das Vergessen von Ursprüngen" (ebd.), also habitualisierte Fixierung von Bedeutungen. Erst wenn das diskursive Feld hegemonial besetzt wurde, ist eine Gegenhegemonie errichtet. Was aber ist (Gegen-)Hegemonie und wie funktioniert Hegemonialwerden? Wie kann der Horizont des sozial Imaginären so verschoben werden, dass eine alternative Instituierung der Gesellschaft möglich wird?

Ernesto Laclau erweitert gemeinsam mit Chantal Mouffe in Hegemony and Socialist Strategy von 1985 die Hegemonietheorie Gramscis um eine diskurstheoretische Dimension. An der Schnittstelle von Postmarxismus und Poststrukturalismus entwickeln sie ein analytisches Instrumentarium, mithilfe dessen Entstehungsbedingungen der Neuen Sozialen Bewegungen<sup>3</sup> und Möglichkeiten hegemonialer Brüche und Verschiebungen untersucht werden können. Hegemonie gilt in ihrem theoretischen Rahmen als politische Logik des Sozialen und ist als "Vermittlungsbegriff zwischen Universalität und Partikularismus" (Süß 2015, 2016: 141) konzipiert (vgl. ebd.: 117). Folglich müssen Forderungen, die in einer Äquivalenzkette verknüpft sind, eine Repräsentationsfolie für die gesamte Ordnung abbilden. Um hegemonial zu werden, müssen die partikularen Forderungen also repräsentative Universalität beanspruchen.

Die unterschiedlichen Äquivalenzketten ringen um universelle Hegemonie: die Gesellschaft ist also immer Ort hegemonialer

<sup>3</sup> Der unbefriedigende Begriff *Neue Soziale Bewegungen* bezeichnet eine Vielzahl unterschiedlicher Protestformationen der 1970er und 1980er (von ökologischen, feministischen, anti-rassistischen bis hin zu ethnischen oder sexuellen Minderheiten) (vgl. Marchart 2007: 108 zit. nach Laclau/Mouffe 1991; vgl. Marchart 2012: 224). Das Neue an den Neuen Sozialen Bewegungen war die Infragestellung neuer Formen der Unterdrückung, d.h. ihre Pluralität. Diese Vielzahl sozialer Bewegungen artikuliert sich nicht mehr um den Kern des Klassenkampfes: durch die Kritik am Klassenreduktionismus des orthodoxen Marxismus beraubten Laclau und Mouffe dem Klassenkampf das ontologische Privileg gegenüber anderen Akteur\*innen (vgl. Marchart 2007: 107f.).

Auseinandersetzung. Das bedeutet auch, dass kein Partikularismus ein für alle Mal Universalität ausfüllen könnte. Universalität als Leerstelle wird immer vorübergehend von Partikularismen besetzt (vgl. ebd.: 141ff.). "This operation of taking up, by a particularity, of an incommensurable universal signification is what I have called hegemony" (Laclau 2007: 70). Gelingt es den handelnden Akteur\*innen, ihre Forderungen und Positionen in einen leeren Signifikanten z.B. ,Arbeiter\*in' – zu verwandeln, sodass die Universalität der partikularen Forderungen beansprucht werden kann, ist die Konstruktion einer sozialen Identität vollbracht und eine emanzipatorische Unterbrechung oder Verschiebung der hegemonialen Konstellation möglich. Während sich jedoch ein Signifikant wie "Arbeiter\*in' in bestimmten diskursiven Konfigurationen in einer partikularen Bedeutung zu erschöpfen droht, kann derselbe Signifikant in einem anderen situativen Kontext - wie im Fall des argentinischen Peronismus - "the name par excellence of the ,people'" (ebd.: 87) und damit universal repräsentativ werden (vgl. Marchart 2012: 234).

### Akteure der gegenhegemonialen Intervention

Gemäß der oben erläuterten Theorie von Populismus als Mobilisierungslogik handelt es sich bei der Kollektivierung von Forderungen und deren Verknüpfung in einer Äquivalenzkette um eine politische (ontologische) Logik, ohne den politischen (ontischen) Inhalt oder spezifische Handlungssubjekte zu benennen.4 Verwirrung kann vermieden werden, wenn die verschiedenen Argumentationslevels differenziert werden und zwischen zwei Namen von 'the people' unterschieden wird: "the ,people' as an actor of politics, or signifier within the political discourse, and the people as the subject of the political" (Marchart 2005: 7). Im Folgenden geht es mir – im Sinne der Mobilisierungslogik gegenhegemonialer Projekte – nicht um das politische Subjekt, sondern um 'the people' als leerer Signifikant und politischer Akteur. Da Äguivalenzketten unter dem Label unzähliger leerer Signifikanten stehen können – und nicht nur unter dem Namen 'the people', kann es Populismus auch ohne ,the people' geben. Die Benennung eines Kollektivs wird zum Grund seiner Einheit – ob der Name nun ,the people' ist oder nicht (vgl. ebd.: 6).

*Wer* sich nun unter einen leeren Signifikanten – etwa "der Anarchist" – subsumiert, ist nicht abschließend zu erörtern. Hinzu kommt die Problematik, dass es nicht ausreicht, sich

mit einer Identität gegen einen Feind zu stellen, wie es rechtspopulistische Kräfte vormachen:

"Wir Sozialisten" gegen "den Kapitalismus"; "wir Frauen" gegen "das Patriarchat"; […] denn nicht nur ist fragwürdig geworden, ob es so etwas wie *den* Kapitalismus oder *das* Patriarchat […] als monumentalen Feind überhaupt gibt, auch ist das "Wir", das in früheren Bewegungen noch wie selbstverständlich vorausgesetzt wurde, fragwürdig geworden" [Marchart 2013: 227].

Mouffe und Laclau weisen die Frage nach dem handelnden Subjekt kritisch zurück, da eine eindeutige Zuordnung zu einem "Wir" nicht möglich und sinnvoll ist. Außerdem sind die unterschiedlichen frustrierten Forderungen nicht eindeutig bestimmbar – es gibt kein homogenes Ganzes, das gefordert wird; die Suche nach einem einheitlichen Subjekt hat wenig Aussicht auf Erfolg (vgl. Süß 2015, 2016: 136f.). Nichtsdestotrotz betonen Mouffe und Laclau die Bedeutung der Kollektivität für ein radikaldemokratisches Projekt: "Radikale Politik ist kollektiv und nimmt ihren Ausgang von einer gemeinsamen Unterdrückungserfahrung" (Mouffe 2008: 16). Beide politischen Akteure, die im Folgenden kurz beleuchtet werden, sind kollektiv organisiert, ist doch die Handlung eines einzelnen Individuums meist auf moralische Gewissensgründe zurückzuführen und nur begrenzt wirkungsmächtig (vgl. Marchart 2006: 203f.). Im Falle eines gegenhegemonialen Projekts besteht die Organisationskraft hingegen in der gemeinsamen Ablehnung des gesellschaftlichen status quo. Eine geteilte Unterdrückungserfahrung kann – auch in Hinblick auf differenzierte Forderungen – zum Zusammenschluss in einer Äguivalenzkette führen. Ein solches Kollektiv verbindet sich in "Abgrenzung gegenüber einem negativen Außen, welches allen betroffenen Elementen gemeinsam ist" (Süß 2015, 2016: 138 zit. nach Mouffe 2005). Die Frage nach dem handelnden Kollektivsubjekt wirft vielfältige Probleme auf und kann nicht abschließend beantwortet werden; nichtsdestotrotz sollen nachstehend zwei mögliche Formen kollektiver Allianzen Anstoß zu weiteren Überlegungen geben. Die erste Form der Organisation äquivalentieller Forderungen wird am Beispiel der Partei diskutiert, die zweite Organisationsform wird unter dem Namen Neue Protestformationen<sup>5</sup> verhandelt.

<sup>4</sup> Zur Differenz von "ontologisch/ontisch" und "Politik/das Politische" vgl. Marchart 2016.

<sup>5 &</sup>quot;Neue Protestformationen" übernehme ich aus Marchart/Weinzierl 2006, da der Begriff gerade nicht auf sogenannte *single issue*-Bewegungen anspielt, die partikulare Forderungen durchzusetzen versuchen, sondern gesellschaftliche Formationen meint, die "gerade als Verknüpfung den gemeinsamen Aufbau einer progressiven Gegen-Hegemonie" [Marchart/Weinzierl 2006: 7] anstreben.



### Parteien als gegenhegemoniales Projekt

Antonio Gramscis Hauptfigur eines gegenhegemonialen Projekts – bzw. eines Kollektivwillens – ist die Kategorie des organischen Intellektuellen (vgl. Marchart 2006: 204). "Dieser kollektive organische Intellektuelle ist nichts anderes als die politische Partei" (ebd.). In Anspielung auf Machiavelli spricht Gramsci von einem modernen Fürsten, der "kein konkretes Individuum sein [kann], er kann nur ein Organismus sein; ein komplexes Gesellschaftselement, in welchem ein Kollektivwille schon konkret zu werden beginnt [...]. Dieser Organismus ist durch die geschichtliche Entwicklung bereits gegeben und ist die politische Partei, die erste Zelle, in welche Keime von Kollektivwillen zusammengefasst werden, die dahin tendieren, universal und total zu werden" (Gramsci 1991–2002: 1537).

Mit Antonio Gramsci lässt sich der kollektive Wille – die äquivalentiell verknüpften Forderungen mit Laclau – am besten in Form der Partei organisieren. Obwohl Chantal Mouffe dieser Einschätzung oftmals folgt, merkt sie in einem Interview an: "Wenn wir Bedingungen für einen agonalen Kampf um Hegemonie führen wollen, der das neoliberale und postpolitische Zeitalter in Europa beendet, dann müssen wir einen neuen Modus der Politik einführen. Einen Modus, der Bedeutungsketten zwischen verschiedenen demokratischen Forderungen herstellt und Allianzen schafft. Dafür braucht es einen Dialog zwischen den vielfältigen Kämpfen und Institutionen. Wir brauchen eine Synergie zwischen Wahlkämpfen und gesellschaftlichen Kämpfen. Forderungen in der Gesellschaft können nicht ausschließlich vertikal, durch Parteien ausgedrückt werden. Sie brauchen auch horizontale Formen." (Mouffe/Errejón 2016)

Ähnlich stellt Marchart kritisch in Frage, ob die Parteiform heutzutage "noch eine praktikable Form politischer Subjektivierung sein kann" (Marchart 2006: 205). Zwar würde politischer Protest immer kollektiv sein und einen gewissen Organisationsgrad aufweisen müssen; letztlich gibt es aber viele neue soziale Protestformationen, die unterschiedliche Organisationsformen annehmen können (vgl. ebd.). Außerdem hatte Linkspopulismus in den Regierungen lateinamerikanischer Staaten oft mehr mit Forderungen der Neuen Sozialen Bewegungen gemein als mit traditioneller Parteipolitik, die sich um Klassenrhetorik bemühte.

Beispielhaft nennt Oliver Marchart den bolivarischen Populismus Hugo Chavez', der sich einerseits mit populistischer Protestrhetorik (gegen Neoliberalismus und die US-Administration) behalf, andererseits den strategischen Versuch unternahm, die hegemoniale Formation auf dem Terrain der Zivilgesellschaft mithilfe sogenannter "bolivarischer Zirkel" und dem Aufbau von Gegen-Institutionen zu transformieren (vgl. Marchart 2012: 224). M.E. darf das Parteiensystem nicht als solches untergraben werden, bevor radikaldemokratische Alternativen etabliert wurden. Die Stärkung sozialer Bewegungen und Protestformationen aus der Zivilgesellschaft heraus wird notwendig sein, um eine kritische Öffentlichkeit am Leben zu erhalten. Wo möglich, sind Allianzen mit politischen Parteien wünschenswert, um Demokratie zu demokratisieren. Und dort, wo Parteien wieder repräsentativ für die Anliegen aus der Bevölkerung sind, wo sie die Affekte wieder aufzufangen imstande sind, ist die Parteiform wohl weiterhin die beste Möglichkeit, politische Subjektivierung zu gewährleisten.

### Neue Protestformationen als gegenhegemoniales Projekt

Oliver Marchart argumentiert in seinem Artikel *Elements of Protest* (2012), dass die Theorie der kleinsten Einheiten des Protests – also Forderungen [demands] – fruchtbar für die Forschung zu Neuen Sozialen Bewegungen und Protestbewegungen im Allgemeinen sein kann. Es lassen sich Knotenpunkte zwischen Laclaus Populismustheorie und der Theorie der Neuen Sozialen Bewegungen aus *Hegemony und Sozialist Strategy* (1985) finden (vgl. Marchart 2012: 223f., 228ff.). Die Herausforderung, der sich unterschiedliche Protestformationen stellen müssen, sobald sie sich in eine gegenhegemoniale Kraft *qua* Verknüpfung in einer Äquivalenzkette verwandeln wollen, kann folgendermaßen zusammengefasst werden: diskursive Einheiten, d.h. soziale Protestformationen als politische Identitäten, sind immer *Ergebnis* 

artikulatorischer Prozesse (vgl. ebd.: 229). Die Natur der unterschiedlichen Forderungen wird sich im Laufe der Artikulation verändern: "The reason for this is easily understood: if a cultural-political identity is the result of the linking up of different elements, then the identity of these elements will not remain un-altered by the process of articulation" (ebd.). Will sich etwa die Arbeiter\*innenbewegung mit einer feministischen Gruppe und einer Protestformation aus Migrant\*innen zusammenschließen, um als gegenhegemoniale Kraft aufzutreten, wird das die Identität der ersten und der anderen Gruppen beeinflussen. Denn alle Gruppen bringen eine gewisse Artikulation von Forderungen, Slogans, politischen Ideen und Weltbildern sowie eine gewisse kulturelle Identität mit (vgl. ebd.). Die politischen Ideen und Forderungen der einen Gruppe müssten sich dann zu einem gewissen Grad äguivalentiell zu den Ideen und Forderungen der anderen Gruppen verhalten:

"For instance, if one group complains about increasing social insecurity among cultural workers, feminist groups reply that informal and even un-paid labor is everything but a new experience for women; and migratory groups, on the other side, reply that in many industrialized countries of the West important sectors of the economy are based on "flexible" forms of migrant labor since at least the 1970s" (ebd.).

Um also eine Gegenhegemonie aufzubauen, müsste die Gruppe der Arbeiter\*innen andere Dimensionen der Prekarisierung in ihre Forderungen aufnehmen, um die politische Allianz aufrechtzuerhalten. Dieser Vorgang wird die Natur des eigenen Diskurses und Selbstverständnisses beeinträchtigen (vgl. ebd.: 229f.). Mit dieser Darstellung ist ein grundlegendes Problem verbunden: rufen wir uns noch einmal in Erinnerung, dass die Einheit der Protestformation aus diskurstheoretischer Perspektive immer die Artikulation von Forderungen ist. "Die Gruppe", etwa "die Arbeiter\*innenbewegung", gibt es nicht als vordiskursive Einheit - damit ist eine Untersuchung der Mobilisierungslogik aus der Perspektive von Gruppen irreführend. Denn über die Identität eines Handlungssubjekts zu sprechen impliziert zugleich, dass diese Identität das Resultat und nicht der Ursprung eines artikulatorischen Prozesses sei (vgl. ebd.: 230). Der Ausgangspunkt für eine diskurstheoretische Analyse der Funktionsweise von Populismus sollte daher immer die kleinste Einheit des politischen Diskurses – die Forderung [demand] – sein, um die Annahme einer fundamentalen Realität "beyond or before the process of discursive articulation" (ebd.) zu vermeiden.

#### Conclusio

Um möglichst echte Alternativen zur problematischen Symbiose Kapitalismus-Demokratie und ihrer unzähligen Krisenerscheinungen zuzulassen, wird es notwendig sein, Populismus nicht in seiner Gesamtheit zu denunzieren. Sonst wird zugleich rechtsextremen wie demokratischen Kräften – unabhängig vom jeweiligen Inhalt – die Handlungsfähigkeit zur gegenhegemonialen Intervention aberkannt. Darüber hinaus meint Populismus nach Laclau nicht Ideologie oder Herrschaftsform; vielmehr entpuppt sich Populismus als Mobilisierungslogik für frustrierte Ansinnen aus der Gesellschaft.

Die diskurstheoretische Perspektive ist gerade in diesem Feld relevant, weil nicht nur im allgemeinen Diskurs, sondern auch in der akademischen Debatte vielfach über Populismus als marginales und pejorativ besetztes Phänomen gesprochen wird. Mit Sprache konstruieren und formen wir unsere soziale Realität; "language is never innocent" (Stavrakakis 2017b: 1). Hegemoniale Artikulationen befinden sich ständig in Widerstreit, Wirklichkeitswahrnehmungen sind brüchig. "As a consequence, attitudes towards populism and "the people", towards (democratic) politics itself, vary both synchronically and diachronically" (ebd.: 1f.).

In der vorliegenden Arbeit bin ich der Frage nachgegangen, wie das destabilisierende, subversive Potenzial eines kritischen Kollektivs mithilfe der Logik der Äquivalenz mobilisiert werden kann. Zur Diskussion stand die Artikulation frustrierter Affekte und Forderungen, die potenziell als gegenhegemoniale Intervention die etablierte Ordnung aufbrechen kann. Der alternative Gesellschaftsentwurf bleibt, wie bereits erwähnt, den potenziellen Akteur\*innen überlassen. Klar ist, dass ein gerechteres, sozialeres und solidarischeres Ordnungsprinzip geschaffen werden muss, um unsere globale Gemeinschaft so einzurichten, dass ein demokratisches Ventil für frustrierte Forderungen wirksam wird.

In welcher Form Identität durch Namensgebung entstehen kann, ob als Partei oder Neue Protestformation, hängt stark vom (historischen) Einzelfall ab. Einige Gedanken zum handelnden Kollektiv wurden in diesem Beitrag angestoßen, ohne eine vollständige Analyse möglicher Erfolgs- und Hemmfaktoren zu geben. Neue experimentelle Protestformationen, genau wie Parteien, können sich jedenfalls einer gegenhegemonialen Rhetorik bedienen – Populismus als Mobilisierungslogik und Funktionsweise von Protest nützen – um eine Gegenöffentlichkeit einzurichten und um letztlich eine hegemoniale Verschiebung der herrschenden (Un-) Ordnung zu erreichen.

### LITERATUR

Bauhardt, Christine (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse von der Materialität aus denken. Feministische Ökonomik, Queer Ecologies und das Konzept Ressourcenpolitik, in: GENDER, 3, 89–103.

Brand, Ulrich/ Markus Wissen (2017): Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus. München: oekom.

Crouch, Colin (2004): Post-Democracy. Cambridge: Polity Press. Devenney, Mark/ David Howarth/ Aletta Norval/ Yannis Stavrakakis/ Oliver Marchart/ Paula Biglieri/ Gloria Perelló (2016): Critical Exchange. Ernesto Laclau, in: Contemporary Political Theory, 15/3, 304–335.

Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München: Kindler.

Görg, Christoph (1999): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Gramsci, Antonio (1991–2002): Gefängnishefte, kritische Gesamtausgabe, Bd. 1–10. Berlin/Hamburg: Argument.

Korbik, Julia (2014): "Populismus ist notwendig". Chantal Mouffe über Populismus in der EU, 21.01.2014, http://de.theeuropean.eu/chantal-mouffe--2/7812-chantal-mouffe-ueber-populismus-in-der-eu [Zugriff: 02.08.2017].

Laclau, Ernesto (2007) [2005]: On Populist Reason. London/New York: Verso.

Laclau, Ernesto/ Chantal Mouffe (2001) [1985]: Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics. London/ New York: verso.

Marchart, Oliver (2005): In the Name of the People. Populist Reason and the Subject of the Political, in: Diacritics, 35/3, 2–19.

Marchart, Oliver (2006): Melville – Thoreau – Gramsci. Protestsubjektivierung zwischen Aktivismus und Passivismus, in: Oliver Marchart/ Rupert Weinzierl (Hg.): Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie – Eine Bestandsaufnahme. Münster: Westfälisches Dampfboot, 194–208.

Marchart, Oliver/ Rupert Weinzierl (2006): Radikale Demokratie und Neue Protestformationen, in: Oliver Marchart/ Rupert Weinzierl (Hg.): Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie – Eine Bestandsaufnahme. Münster: Westfälisches Dampfboot, 7–13.

Marchart, Oliver (2007): Eine demokratische Gegenhegemonie. Zur neo-gramscianischen Demokratietheorie bei Laclau und Mouffe, in: Sonja Buckel/ Andreas Fischer-Lescano (Hg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis.

Baden-Baden: Nomos, 104-119.

Marchart, Oliver (2012): Elements of Protest. Politics and culture in Laclau's theory of populist reason, in: Cultural Studies, 26/2012, 223–241.

Marchart, Oliver (2013): Die Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Proteste. Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung. Bielefeld: transkript.

Marchart, Oliver (2016) [2010]: Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben. Berlin: Suhrkamp.

Marchart, Oliver (2017a): Ordnungen des Politischen. Einsätze und Wirkungen der Hegemonietheorie Ernesto Laclaus. Wiesbaden: Springer.

Marchart, Oliver (2017b): Liberaler Antipopulismus. Ein Ausdruck von Postpolitik, in: Wandel des Politischen? Aus Politik und Zeitgeschichte, 44–45, 11–16.

Mouffe, Chantal (2008) [2000]: Das demokratische Paradox. Wien: Turia+Kant.

Mouffe, Chantal (2016a) [2013]: Agonistik. Die Welt politisch denken. Berlin: Suhrkamp.

Mouffe, Chantal (2016b) [2005]: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Mouffe, Chantal/ Íñigo Errejón (2016): Auf in den Linkspopulismus?! Gespräch von Chantal Mouffe und Íñigo Errejón, 11.7.2016, https://www.linksnet.de/artikel/38228 [Zugriff: 26.08.2017].

Reitz, Tilman (2009): Auswege aus der Theoriepolitik. Postmarxistischer Diskurs und soziale Deutungskämpfe, in: Peter Bescherer/ Karen Schierhorn (Hg.): Hello Marx – Zwischen "Arbeiterfrage" und sozialer Bewegung heute. Hamburg: VSA, 121–131.

Seyd, Benjamin C. (2014): Das vertraute Gespenst – Ernesto Laclau zum Populismus, 27. Mai 2014, https://www.theorieblog.de/index.php/2014/05/das-vertraute-gespenst-ernesto-laclau-populismus/ [Zugriff: 10.08.2017].

Stavrakakis, Yannis (2017a): Discourse theory in populism research. Three challenges and a dilemma, in: Journal of language and politics, 1–12.

Stavrakakis, Yannis (2017b): How did 'populism' become a pejorative concept? And why is this important today? A genealogy of double hermeneutics, in: POPULISMUS Populist Discourse and Democracy, Working Papers No. 6, Thessaloniki, April 2017, 1–22.



### DIE GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION IM ZUSAMMENSPIEL MIT DER UTOPIE EINER EUROPÄISCHEN REPUBLIK

Rebecca Trixa

### Diskussionsgegenstand

"Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist integraler Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Sie sichert der Union eine auf zivile und militärische Mittel gestützte Operationsfähigkeit. [...] Sie erfüllt diese Aufgaben mit Hilfe der Fähigkeiten, die von den Mitgliedstaaten bereitgestellt werden" (Art.42 Abs.1 EUV). Die Idee einer gemeinsamen europäischen Armee ist so alt wie die Europäische Union (EU) selbst, auch wenn sie in den Anfängen der EU nur eine marginale Rolle gespielt haben mag. Der Vertragstext der EU wurde so formuliert, dass eine nachträgliche Gründung einer gemeinsamen Armee tatsächlich juristisch möglich wäre:

"Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik umfasst die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der Union. Diese führt zu einer gemeinsamen Verteidigung, sobald der Europäische Rat dies einstimmig beschlossen hat." (Art. 42 Abs. 2 EUV)

Bisher war der politische Druck allerdings nie hoch genug, um eine Einigung der Mitgliedsstaaten herbeizuführen. Nun flammt die Diskussion erneut auf und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, plant eine Umstrukturierung der derzeitigen militärischen Ausrichtung der EU (vgl. European Commission 2017b: 3). Das betrifft zum einen die inhaltliche Ausformulierungen der Außen- und Sicherheitsstrategie. Darüber hinaus fördert es eine neuerliche Auseinandersetzung aller Mitgliedsstaaten mit dem Thema der Gemeinsamen Außenund Sicherheitspolitik der EU bis hin zu der Frage, wann die EU bereit für eine gemeinsame Armee sein kann. Welche Vorteile und Nachteile würde diese Veränderung mit sich bringen – besonders für die 'Zivilmacht' Europa.

Nicht unbeachtet dürfen dabei die möglichen Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen sein. Die Militarisierung der EU, egal in welcher Form, hat direkten Einfluss auf die Machtverhältnisse in der Welt. Eine der kontroversesten Diskussionen innerhalb der EU ist die Debatte um die zukünftige Gestalt der EU – wohin kann sich Europa entwickeln? Unter dem Eindruck des Brexits und der Zunahme von rechtspopulistischen Entwicklungen in ganz Europa steht auch die Frage nach der Zukunft der EU zur Debatte. Konzepte und Ideen dazu gibt es bereits. Als Kontrast wird im Folgenden von einer utopischen Version Europas ausgegangen, von einer Europäischen Republik, in der es keine selbständigen Nationalsaaten mehr gibt. Sollte in Zukunft dieses Modell realitätsfähig werden, stellt sich dann die Frage, wie könnte

eine europäische Armee unter diesen Bedingungen aussehen. Die Kombination dieser beiden Zukunftsvisionen soll neue innovative Perspektiven aber auch Grenzen aufzeigen. Die Verflechtung dieser Ideen ist wichtig, um herauszufinden unter welchen Bedingungen eine europäische Armee etabliert werden kann und wie nachhaltig diese Konzepte sind.

### Die Zukunft der GASP

Die Europäische Union stellt sich gerne als "Zivilmacht" dar (vgl. Jünemann/Schörnig 2002: 1). Ohne eigene Armee und Rüstung reicht dieses Argument oft schon aus, um sich als "Zivilmacht' zu inszenieren. Dabei ist diese Interpretation des Begriffes einer 'Zivilmacht' nur eine von vielen Auslegungen. Eine 'Zivilmacht' kann auch ohne eine Armee so einflussreich in anderen politischen Bereichen sein, sodass eine militärische Dominanz gar nicht von Nöten ist. Beispielsweise wenn die wirtschaftlichen Vernetzungen so tiefgreifend sind, dass andere Staaten in ein Abhängigkeitsverhältnis gezwungen werden. In diesen Fällen kann es leicht dazu kommen, dass diese "Zivilmacht" ihre Machtposition für sich ausnutzt, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Diplomatischer Druck allein kann schon ausreichen, um den eigenen Willen zu manifestieren. In diesem Fall ist das Militär gar nicht nötig und daher könnte von einer "Zivilmacht" gesprochen werden. Zu beobachten sind derartige Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Entwicklungsländern (vgl. Koppe 2007: 125). Eine weitere Interpretation des Begriffes 'Zivilmacht' richtet sich auf die Zivilgesellschaft. Eine stark ausgeprägte Zivilgesellschaft ist aufgebaut aus Nichtregierungsorganisationen (NROs), dem möglichen Zusammenschluss von Bürger\*innen zur Bildung eines Interessenverbandes oder Vereinen. Als 1950 der Schuman-Plan den Grundstein für die EU legte, war bereits klar, dass es sich um eine Wirtschaftsgemeinschaft handeln sollte, mit Perspektive auf mehr Integration der Mitgliedstaaten in allen politischen Bereichen. Diese Einführung in den Begriff der 'Zivilmacht' ist wichtig, da sich vor Augen geführt werden muss, dass die EU in Zeiten des Kalten Krieges konzipiert wurde. Unter den Eindrücken des Ost-West-Konfliktes wurde die EU genutzt, um europäische Länder zusammenzuführen und weiteren Kriegen präventiv entgegenzuwirken, aber auch um ein starkes Bündnis zu schaffen, um gegen die ehemalige Sowjetunion standhalten zu können.

Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) und dessen Grenze zur Deutschen Demokratischen Republik (DDR) war ein wichtiger strategischer Bestandteil des Kalten Krieges. Die direkte Grenze zum Ostblock verschaffte der BRD die Möglichkeit, sich kurz nach Ende des zweiten Weltkrieges wieder militärisch aufzurüsten. Diese Gegebenheiten zeigen deutlich, dass die EU auch in ihren jüngsten Anfängen keine "Zivilmacht" war. Auch wenn es keine gemeinsame Europäische Armee gibt, verfügen jedoch die einzelnen Mitgliedstaaten über militärische Mittel, die sie im Namen der EU nutzen können. Dieser Umstand ist wichtig, um als international agierende Akteurin wahrgenommen zu werden. Die EU versucht dabei das Problem der aktuell 271 verschiedenen Interessen der Mitgliedstaaten zu überwinden und gemeinsame Ziele zu formulieren. Viel verwendet ist in diesem Zusammenhang die Umschreibung "die EU muss mit einer Stimme sprechen". Besonders im Bereich der Außenpolitik ist das wichtig, um selbst ein vertrauenswürdiger und verlässlicher Partner sein zu können.

Dazu wurde später mit dem Vertrag von Lissabon das Amt der Hohen Vertreter\*in der EU für Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen. Die Grundlage für eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) wurde mit dem Vertrag von Maastricht 1992 verfestigt. Die EU, die damals noch Europäische Gemeinschaft (EG) hieß, wurde in ihrem Drei-Säulen-Modell durch die GASP und der Kooperation in Innen- und Justizpolitik ergänzt. Eine weitere strukturelle und auch institutionelle Veränderung brachte der Vertrag von Nizza 1997, der den Mitgliedsstaaten mehr Handlungsspielraum im Bereich der Verteidigung zugestand. Der Reformvertrag von Lissabon von 2009 hob das Säulenmodell der Europäischen Union auf und bildet den Ausgangspunkt der heuten Gestalt der EU. Sicherheitspolitik kann dabei sehr vielseitig verstanden werden. So pflegt die EU eine Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP), die zur Stabilisierung der Peripherie beitragen soll. Innerhalb der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) hatten die EU und ihre Mitgliedsstaaten nun mehr Handlungsspielraum für Peacekeeping Missionen oder auch humanitäre Hilfseinsätze (vgl.: Art. 42 Abs. 7 EUV).

Der EU ist es bisher gelungen, sich als international agierende Akteurin zu etablieren. Das ist auch an den zahlreichen diplomatischen Verbindungen abzulesen, welche die EU weltweit unterhält. Dennoch werden die Fähigkeiten der EU, besonders im Bereich des Konfliktmanagements, immer wieder angezweifelt. Ein Paradebeispiel ist dabei der Umgang mit dem Jugoslawienkonflikt in den 90er Jahren.

Auch wenn sich die EU seither institutionell stark gewandelt hat, scheint die Integration in der GASP noch nicht weit genug vorangeschritten zu sein. Die Idee einer gemeinsamen europäischen Armee ist dabei sehr polarisierend, da es dabei nicht zuletzt auch um Macht, die EU Außenwirkung, Kosten, Bürokratieabbau und, nicht zu vergessen, auch um Unterstützung und Hilfe geht. "Der Sinn und Zweck einer Europaarmee wäre die Erhöhung der Entscheidungsfähigkeit der EU durch die Bereitstellung eines militärischen Instruments, um mit geringerer Reaktionszeit im internationalen Krisen- und Konfliktmanagement ohne weitere Einbindung von Mitgliedsstaaten unmittelbar wirksam werden zu können" (Trischak/Nemec 2014: 80).

### Die EU Battlegroups

Die EU Battlegroups (EUBGs) stehen seit 2005 zur Verfügung. Damit wurde eine Art stehendes Heer geschaffen, welches nach einem Rotationsprinzip alle sechs Monate einem anderen Mitgliedsstaat unterstellt wird. Die Battlegroups unterstehen dem Prinzip einer ad hoc Einsatztruppe, die in Notsituationen innerhalb von fünf Tagen einsatzbereit sein soll. Der Einsatz wird mit Einstimmigkeit vom Rat beschlossen. 2000 Soldat\*innen könnten dann innerhalb eines Radius von 6000km von Brüssel ausgehend eingesetzt werden (vgl. Barcikowska 2013: 1). Bisher wurden die EUBGs aber noch nicht in den Einsatz geschickt und das aus sehr unterschiedlichen Gründen. Zum einen ist der Einsatz der EUBGs immer von den Ländern zu tragen, die an der aktuellen Truppenzusammenstellung beteiligt sind. Es erscheint nachvollziehbar, dass nicht jeder Mitgliedsstaat über die finanziellen Mittel verfügt, um einen militärischen Einsatz zu finanzieren. Zweitens gibt es bei ehemals 28 Mitgliedsstaaten auch unterschiedliche politische Auffassungen, welche Maßnahmen im jeweiligen Konflikt ergriffen werden sollten. Daher ist eine Einstimmigkeit für derartige Einsätze äußerst selten. Zuletzt stellt sich auch immer die Frage, ob ein militärisches Mittel wie die EUBGs das geeignete Werkzeug darstellt, um die geforderten Aufgaben in Konflikten zu übernehmen. Die EUBGs stehen bereit, dennoch obliegt die Verantwortung bei möglichen Einsätzen immer nur Einzelnen und ist durch das Rotationsprinzip auch mehr oder weniger erzwungen.

### European Defence Action Plan

Die EU unterhält zurzeit sechs militärische Missionen, zusätzlich neun zivile Einsätze und hat bereits 18 Missionen abgeschlossen (vgl. EEAS [2017a]). Derzeit belaufen sich die

1 Ohne Großbritannien



Ausgaben der 28 Europäischen Mitgliedstaaten für Verteidigung und Rüstung auf 1,34% des gesamten Bruttoinlandprodukts (BIPs) der EU, was in realen Zahlen 227 Mrd. € entspricht. Ohne Großbritannien werden es 1,32% des BIPs ausmachen (vgl. European Commission 2017a: 2).

Die Europäische Kommission bemängelt vor allem die doppelten Kosten, die innerhalb der EU entstehen. Es gibt beispielsweise 178 verschiedenen Waffensysteme, 17 verschiedene Panzerfahrzeuge und 20 unterschiedliche Flugzeugsysteme (vgl. European Commission 2017b: 9). Diese Vielfalt macht deutlich, wie kostspielig doppelte Strukturen sind. Außerdem lässt es erahnen wie ineffektiv Missionen sind, in denen das Equipment und die Einsatztruppen nicht richtig aufeinander abgestimmt sind. Mit dem European Defence Action Plan (EDAP) plant die Kommission, einen Europäischen Rüstungsfond zu errichten, dieser soll auch kurzfristig nötig werdende Mittel akquirierbar machen und somit keine Haushaltslücken bei den Mitgliedsländern entstehen lassen (vgl. European Commission 2017b: 12).

In der Idealvorstellung könnte so bei unerwarteten Konflikten schnell und spontan reagiert werden, ohne Verzögerungen durch etwaige Finanzierungsfragen. Die Kommission definiert verschiedene Bereiche, in denen ein weiterer Ausbau der Finanzierung nötig sei. In den nächsten drei Jahren sollen insgesamt 90 Mio. € in die Forschung für Verteidigung und Waffentechnologien investiert werden, wobei die

Investitionen nach 2020 auf 500 Mio. € pro Jahr steigen könnten; über dieses Detail muss allerdings noch abgestimmt werden (ebd.). Im Bereich Entwicklung und Zusammenarbeit strebt die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, eine zusätzliche Finanzspritze von 500 Mio. € für das *European Defence Industrial Development Programme* bis 2020 an. Damit sollen Kooperationen zwischen EU Mitgliedern kofinanziert werden. 2020 steigt die bereitgelegte Summe auf 1 Mrd. € jährlich an. Ab dem Jahr 2019 sollen insgesamt Investitionen von mindestens 2,5 Mrd. € in die Verteidigung fließen. Mit dieser Strategie verfolgt die EU das klare Ziel, sich im internationalen Kontext stärker einbringen zu können, wie auch aus dem nachfolgenden Zitat deutlich wird.

"The Common Security and Defence Policy (CSDP) enables the Union to take a leading role in peace-keeping operations, conflict prevention and in the strengthening of the international security. It is an integral part of the EU's comprehensive approach towards crisis management, drawing on civilian and military assets." (EEAS [2017b])

Diese Maßnahmen sollen vor allem die Mitgliedsländer dazu anregen, enger zusammenzuarbeiten und damit gleichzeitig Synergieeffekte zu erzeugen. Mit Kooperationen soll eine Vereinheitlichung gefördert und somit mehr Geld eingespart werden. Dennoch bleibt die Frage, ob diese Rechnung aufgehen wird. Die klare Gewinnerin dieser Aufrüstungsstrategie

ist eindeutig die Waffenindustrie. Die Europäische Kommission erklärt zwar, dass durch die Kooperationen ein gemeinsamer Markt entstehen und somit auch die Waffenindustrie unter neuem Wettbewerbsdruck stehen würde, infolgedessen Preissenkungen zu erwarten sein könnten (vgl.: European Commission 2017b: 9). Dennoch ist diese Annahme höchst zweifelhaft, viel wahrscheinlicher scheint es, dass die verschiedenen Kooperationen zwischen Mitgliedsstaaten den gleichen Effekt bringen werden, der schon jetzt evident ist – die zahlreichen und kostspieligen Doppelstrukturen. Die EU könnte dem unnötigen Aufrüsten entgegenwirken, indem ein derartiger Verteidigungsfond genutzt werden würde, um direkt Equipment anzuschaffen und es den Mitgliedsländern nach Bedarf zur Verfügung zu stellen. Die gewünschten Synergieeffekte könnten somit von ganz alleine entstehen. Die Europäische Kommission strebt ebenfalls eine institutionelle Veränderung im Bereich Verteidigung an. Der European Defence Fond (EDF) soll von einem coordination board geleitet werden. In dieser Koordinationsgruppe befindet sich die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, die EU Kommission, die Mitgliedsstaaten, die Europäische Verteidigungsagentur und auch Vertreter\*innen der Industrie, soweit es angemessen ist (vgl. European Commission 2017a: 4). Eine genauere Beschreibung, wer als Vertretung für die Mitgliedsländer in diesem coordination board gemeint ist, liegt jedoch nicht vor.

# Verteidigung im Spannungsfeld der internationalen Beziehungen

"Die Vereinheitlichung und Europäisierung der Streitkräfte ist in Wirklichkeit schon weit fortgeschritten und ist von einer Vision der Euroarmee nicht mehr so weit entfernt" (Trischak/Nemec 2014: 87). Wird die bisherige Entwicklung der Sicherheitsstrategie der EU genauer betrachtet, können einige Argumente vorgebracht werden, um dieses Zitat zu untermauern. Auch wenn in Hinblick auf das Thema Sicherheit und Verteidigung noch nie so viel Einigkeit bestanden hat, um eine gemeinsame europäische Armee aufzubauen, so hat die EU doch schon einige Schritte in diese Richtung unternommen. Der Vertrag von Lissabon lässt schon jetzt eine derartige Zusammenarbeit zu (Art. 42 Abs. 2 EUV). Bisher sind die Stimmen aus der Bevölkerung eher kritisch und das Thema birgt viel Polarisierungs-Potenzial.

Es gibt genug gute Gründe, um Streitkräfte zu bündeln, aber das Vertrauen in die EU und deren Zusammenhalt ist so weit geschwächt, dass weder Bürger\*innen noch die Regierungen der einzelnen Mitgliedsländer dieses Risiko eingehen wollen. Neben den kurzfristigen Effekten wie finanziellen Einsparungen oder der effizienteren Nutzung von Ressourcen müssen aber auch andere Aspekte berücksichtigt werden. Unklarheiten, die relativ schnell gelöst werden können, sind Fragen zu den Kompetenzen des Militärs in inneren Angelegenheiten, da jedes Mitgliedsland bisher unterschiedliche Ansichten dazu vertritt. Auch in Bereichen der zukünftigen Struktur und Befehlsgewalt könnten sich recht zielführend Kompromisse ausarbeiten lassen. Anders könnte es bei Fragen zum Atomwaffenbesitz aussehen. Frankreich und Großbritannien² verfügen über Nuklearwaffen. Die Schaffung einer gemeinsamen Armee wirft die Frage auf, ob die EU als Friedensnobelpreisträgerin auch eine Atommacht sein möchte.

Eine gemeinsame Armee der EU könnte auch weitreichende Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen haben. Die EU hat sich durch die Ost-Erweiterung bis an die russische Staatsgrenze angenähert. Der Krim-Konflikt zeigt eindringlich, wie sensibel die Beziehungen zwischen Russland und der EU sind. Eine gemeinsame Armee könnte als Aufrüstung und somit auch als neues Bedrohungspotenzial gewertet werden. "Immer wieder wird darauf verwiesen, dass die EU als Friedensprojekt gegründet wurde und das Leitbild der EU als Friedensmacht auch in Zukunft seine Gültigkeit haben muss. Die Vergemeinschaftung der Streitkräfte könnte zu einer Militarisierung Europas und damit zu einem neuen eurozentristischen militärischen Interventionismus führen sowie zu einem neuen Auf- beziehungsweise Wettrüsten Europas auf Basis moderner Waffentechnologien" (Trischak/Nemec 2014: 85). Fraglich ist auch, welche Rolle sie in Bezug auf die NATO einnehmen soll. Dank des Berlin Plus Abkommens verfügt die EU bereits über ausgezeichnete Verbindungen zur NATO. Mit diesem Abkommen hat die EU die Möglichkeit, Knowhow und Expertise in der strategischen Planung von Missionen von Seiten der NATO zu bekommen. Darüber hinaus wird die EU bei sämtlichen Planungen der NATO frühzeitig eingebunden. Ein weiterer Vorzug ist die Eventualität, dass eine NATO Mission von der EU kommandiert werden kann (vgl. Spassov 2014: 259). Der dritte Punkt bezieht sich auf die Ressourcen der NATO, die gegebenenfalls von der EU mitgenutzt werden können. Diese Bündelung von Kräften ist bereits sehr weit vorangeschritten. Eine zusätzliche europäische Armee müsste ihren Platz in diesem Geflecht erst noch erhalten.

<sup>2</sup> Da die Verhandlungen zum Brexit noch laufen, gehe ich von einer zukünftigen EU ohne GB aus.



### Ein utopisches Europa

Die Zukunft der Europäischen Union ist unsicher. Zu erkennen ist das am Erstarken von Rechtspopulist\*innen in sämtlichen europäischen Mitgliedsländern. Mit dem Brexit gab es auch den ersten Fall, in dem ein Mitgliedstaat wieder aus der EU ausgetreten ist, was bis dahin nicht für möglich gehalten wurde. Die damit einhergehenden Probleme mit dem weiteren Umgang und den Beziehungen zu Großbritannien sind erst noch zu klären. Zeitgleich wird medial schon darüber diskutiert, ob es eine Perspektive für den Wiedereintritt einzelner Regionen gibt, wie beispielsweise Schottland. Die Finanzkrise, die zu einer Wirtschaftskrise wurde. Die Troika, die sich ihre Kompetenzen selbst gegeben hat und der unsolidarische Umgang mit Griechenland spiegeln die derzeitigen Problemlagen der EU wider. Der undemokratische Aufbau der EU und dem damit einhergehenden Misstrauen der EU Bürger\*innen.

Die Frage nach mehr oder weniger Integration. Bislang sind sich die Mitgliedstaaten nicht einig, wo das Ziel der EU zu finden sei, daher verfolgen die Mitgliedstaaten die Strategie der EU der verschiedenen Geschwindigkeiten. Das bedeutet, die Länder die sich bereit fühlen Kompetenzen an die EU zu übertagen, können das tun, während die anderen noch weiter abwarten können. Das ist der stetig vor Augen gehaltene Minimalkompromiss, den die Mitgliedstaaten

in ihren Verhandlungen erreichen. Die Vor- und Nachteile eines derartigen Konzepts sind vielschichtig und es bedarf keiner weiteren Ausführungen an dieser Stelle, das Thema zu erörtern. An diesem Punkt soll die EU neu gedacht werden. Es geht darum, alle Bedenken und Einwände der Mitgliedsländer beiseite zu schieben und ein verbessertes und vor allem demokratisches Europa vor unserem inneren Auge entstehen zu lassen. Dazu eigenen sich schon lang bestehende Visionen, wie beispielsweise die europäische Republik. "Im Kern bedeutet Republik zugleich Rechtsordnung, Personenverband und Gemeinwohl. Republik – res publica – heißt im Wortsinn "Die Sache aller" oder "die öffentliche Sache" (Guérot 2016: 87).

Eine Europäische Union ohne Nationalstaaten ist aus heutiger Perspektive nur schwer vorstellbar. Besonders das derzeitige Erstarken von Nationalbewusstsein oder Patriotismus besonders im politisch rechten Spektrum lässt den Nationalstaat wieder in das Zentrum der Bedürfnisse rücken. Eine Abschaffung des Nationalstaates scheint daher für viele Menschen, ein sehr radikaler Schritt zu sein, da dieser eben identitätsstiftend sein kann (vgl. Mouffe 2013: 43). Identitäten definieren sich immer durch die Abgrenzung zu etwas, das nicht dazu gehört (vgl. ebd.: 45). Vamik Volkan hingegen beschreibt Identität als Zelt. Einerseits existiert die persönliche Identität, die nur den eigenen Körper umfasst, und andererseits besteht eine zweite Schicht der Identität, die wie ein Zelt darüber gespannt ist und unter dessen Plane sich eine miteinander verbundene Gruppe befindet (vgl.: Volkan 1998: 27ff.).

Menschen verfügen also über eine Vielzahl an "Identitätsstücken", die zusammengesetzt diesen einen, einzigartigen Menschen herausbilden. Wird diesem Menschen ein Stückchen der Identität weggenommen, so kommt das einem gewaltvollen Trauma gleich. "Because identity is a function of one's relation with others, a change in relationships is a source of intense threat and anxiety" (Howard Ross 1995: 529). Die Europäische Union ist allerdings ein gutes Beispiel für die Neuschaffung von Identität. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde aus Feinden, die zuvor gegeneinander gekämpft hatten, Partner die durch die Institutionalisierung der Kooperation Frieden schufen (vgl. Mouffe 2013: 48). Zugleich wurde damit der Grundstein für eine Europäische Identität gelegt. Auch wenn Chantal Mouffe in Bezug auf ein agonistisches Modell Europas mehr von einer federal union überzeugt ist, die eine Weiterexistenz der Nationalstaaten vorsieht. So sieht sie die Herausforderungen dennoch in

der Europäischen Integration, um gleichzeitig Vielfältigkeit bestehen zu lassen und Einheit zu schaffen (vgl. Mouffe 2013: 49). "This is why it is necessary, I submit, to relinquish all attempts to construct a homogeneous, post-national .we' through which the diversity of national .we' would be overcome. The negation of the national .we', or the fear that this could happen, is precisely what is at the origin, of much of the resistances against European integration, leading to the emergence of multiple forms of antagonism among the different nations" [Mouffe 2013: 49].

Mit dieser Einschätzung scheint klar, dass eine Abschaffung von nationaler Identität und deren Ersetzung durch eine übergeordnete Europäische Identität nicht möglich ist. Anders sieht es eventuell aus, wenn Identität nicht ersetzt, sondern nur neu hinzugefügt werden will. Unterhalb der nationalstaatlichen Ebene befinden sich noch weitere Stücke der persönlichen Identität. Ein Bundesland, eine Region oder eine Stadt. Auf dieser Ebene ist größte Vertrautheit vorhanden. Wenn durch Kompetenzübertragungen der politische Einfluss der Regionen wachsen und die nationalstaatlichen Einflüsse geringer werden würden, hätte dies auch eine Verlagerung der persönlichen Verbundenheit zufolge. Demnach können auf langfristige Perspektive nach und nach Kompetenzen der Nationalstaaten auf die EU Ebene oder auch auf die regionale Ebene verteilt werden.

### Verteidigungspolitik der Europäischen Republik

Die Umgestaltung der EUBGs bis hin zu einer gemeinsamen Europäischen Armee scheint vielleicht abwegig zu sein. dennoch wäre es realisierbar. Die Hohe Vertreterin der EU Außen- und Sicherheitspolitik setzt ihren Fokus bewusst auf den Rüstungsausbau der Europäischen Union. Eine fortschreitende Integration kann nur dort stattfinden, wo auch die politischen Mehrheiten dafür gegeben sind. Für eine Europäische Republik gibt es derzeit auf jeden Fall keine Mehrheit, dennoch lohnt es sich den Gedanken fortzuführen. Eine Europäische Republik die nur noch aus ±350 Regionen besteht, könnte den Ansatz verfolgen, die Wehrpflicht abzuschaffen und nur noch eine Armee aus freiwilligen Rekruten zu unterhalten. Die Regionen schicken ihre Anwärter\*innen in eines der gemeinsamen Ausbildungszentren, die in der Europäischen Republik verteilt sind. Dort erhalten sie eine an die Bedürfnisse und Aufgaben der Europäischen Republik angepasste militärische Ausbildung. Die GASP würde in die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Republik übergehen. Die Aufgaben würden sich zum Großteil auf Verteidigung, Prävention oder humanitäre Hilfe begrenzen. Bei inneren Angelegenheiten würden sich die Kompetenzen der Armee nur auf den Katastrophenschutz beschränken, weitere Aufgaben im Inneren sind nicht vorgesehen. Außerhalb der Europäischen Republik steht die Unterstützung und Hilfe der Europäischen Armee weiterhin im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen.

Besonders die Nachbarschaftspolitik muss verbessert werden, nicht nur wirtschaftliche Aspekte dürfen eine Rolle spielen; diese müssen auch an menschenrechtliche Perspektiven gekoppelt werden, um eine stabile und nachhaltige Partnerschaft zu etablieren. "Die EU sollte darauf verzichten, ihre Nahrungsüberschüsse in Armutsregionen Afrikas zu Dumpingpreisen zu liefern, wo sie die heimischen Agrarmärkte zerstören. Kredithilfen sollten an klare Bedingungen und Kontrollen geknüpft werden, damit diese Gelder von korrupten Führungsschichten nicht zinsbringend in Banken der westlichen Welt transferiert werden. Die Liste solcher Maßnahmen könnte hundertfach verlängert werden. Eine solche Politik wäre einer "Zivilmacht Europa" würdig" (Koppe 2007: 131).

Ein weiterer interessanter Aspekt wären auch die Auswirkungen auf den UNO Sicherheitsrat. Frankreich als Nationalstaat würde nicht mehr seinen Platz einnehmen können, sondern die Europäische Republik wäre im Ganzen vertreten. Das wäre die erste Änderung der Strukturen der UNO seit deren Bestehen 1948. Auch wenn das nicht die nötige und große Reform wäre, die die UNO bräuchte, so wäre es dennoch eine Veränderung, die zunächst niemand zu realisieren glaubte.

### Fazit

Die EU auf den richtigen Weg zu bringen, scheint äußerst schwierig, zumal niemand weiß, wie genau dieser richtige Weg aussehen könnte. Der Brexit beweist, dass die bisherige Politik der EU und auch deren Mitgliedsstaaten sie mehr zerreißen, als sie zu einen. Die europäische Integration ist ein langwieriger Prozess und momentan ergibt sich die Möglichkeit, einen Schritt weiter zu gehen. Anstatt das Projekt EU untergehen zu lassen, sollten die Bürger\*innen versuchen, Wege zu finden, um sich europaweit zu organisieren und zu kollektivieren. Es könnten die ersten Parteien gegründet werden, die in allen EU Ländern zu finden sind. Das muss gar nicht bedeuten, dass diese Parteien direkt gewählt werden müssen, es soll nur das erste Zeichen an die Regierungen sein, dass die EU näher zusammenrückt, dass die Interessen aller Mitgliedsländer in ihrer Politik

berücksichtigt werden müssen. Am 23.02.2018 diskutierten die Staats- und Regierungschefs\* bereits im Rahmen eines EU-Gipfels über die Möglichkeit von länderübergreifenden Wahllisten, jedoch ohne dabei zu einer Einigung zu kommen. "Was die länderübergreifenden Listen anbelangt, so wollen sie diese Frage zu einem späteren Zeitpunkt – im Zusammenhang mit den Wahlen 2024 – wieder aufgreifen." (vgl. Europäischer Rat 2018)

Die EU-Bürger\*innen haben sehr unterschiedliche Wahrnehmungen von der EU. Es reicht von 'überregulierendes Bürokratiemonster' bis hin zum "Friedensprojekt Europa". Daher ist es umso wichtiger, dass alle Bürger\*innen die Chance bekommen, sich an die Idee einer Europäischen Republik zu gewöhnen. Der Nationalstaat ist für viele Menschen Identitätsstifter, und das werden nicht alle so einfach für eine Europäische Republik eintauschen wollen. Die nächsten EP Wahlen stehen 2019 an. Bis dahin kann nur für die Europäische Republik geworben werden. Zu den EP Wahlen 2024 jedoch könnten bereits die Wahlkreise so festgelegt werden, dass nationalstaatliche Grenzen nicht mehr ausschlaggebend sind. Die Regionen erhielten alle ihre Stimme und alle Bürger\*innen wären gleichgestellt. Der Nationalstaat müsste im gleichen Zuge aber so wenig Einflussmöglichkeit wie möglich auf EU Ebene bekommen, da es sonst zurecht Unmut gegenüber den größeren Mitgliedstaaten geben könnte. Viel naheliegender scheint es daher, dass es zunächst nur eine Einigung zu den länderübergreifenden Wahllisten geben könnte.

Stück um Stück könnte das EP die EU demokratischer und gerechter machen. Auch das wäre ein langwieriger Prozess, dennoch ist eins klar – so ziellos wie bisher kann es mit der EU nicht weitergehen. Je weiter die EU Integration voranschreitet, desto klarer ist, dass auch die GASP nicht davon ausgenommen werden kann. Eine Europäische Republik als Finale des Harmonisierungsprozesses, die ihre Verteidigung auf Kooperationen zwischen transnationalen Regionen ausrichtet kann nicht das Ziel sein. Daher ist verständlich, dass auch die militärischen Einheiten aller bisherigen Mitgliedsländer früher oder später fusioniert werden müssten. Diese Vorstellung einer gemeinsamen Europäischen Armee klingt sehr furchteinflößend und ist alles andere als populär, doch wenn das Ziel die Europäische Republik ist, in der es keine Nationalstaaten mehr gibt, kann die Verteidigungsstrategie dabei nicht ignoriert werden. Der aktuell vollzogene Reformversuch seitens der EU hin zu einer Verteidigungsunion muss hingegen

energisch kritisiert werden. Was zunächst wie ein Widerspruch klingt, wird nachvollziehbar, sobald man sich die Kernelemente der Verteidigungsunion 2025 anschaut. Größter Gewinner dürfte dabei die Waffenindustrie sein, da diese erhebliches Mitbestimmungsrecht bei der Konzipierung und damit auch bei der Ausstattung genießt. Eine nachhaltige Friedensstrategie sollte die Etablierung von Friedensdiensten auf EU-Ebene beinhalten, die es bisher nur auf nationaler Ebene gibt. Eine bloße finanzielle Bezuschussung für Rüstungskäufe kann nicht als nachhaltige Harmonisierung interpretiert werden und ist zudem noch weit von einem gemeinsamen Rüstungsetat, wie ihn der französische Präsident Emmanuel Macron fordert, entfernt. Um die Herausforderungen im internationalen Konflikt- und Krisenmanagement zu bewältigen, könnten schon heute die EUBG genutzt werden. Mit einer Finanzierung durch die EU und nicht wie bislang durch das zuständige Mitgliedsland würden bereits bestehende Ressourcen genutzt werden. Die Rede des deutschen Außenministers Sigmar Gabriel auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2018 veranschaulichte deutlich die Bestrebungen einer Abschreckungsstrategie durch Militarisierung der EU. So beschrieb er die EU als "Vegetarier unter Fleischfressern" (vgl. Heimicker 2018). Selbst wenn die EU morgen schon eine voll ausgerüstete Armee zur Verfügung hätte, fehlte trotzdem noch der politische Wille bzw. eine EU-weite Einstimmigkeit zu deren Einsatz. Bevor es also zu einem internationalen Wettrüsten kommt, scheint es sinnvoller, für die nötige Institutionalisierung Sorge zu tragen, denn Rüstung und Militarisierung allein macht die EU nicht handlungsfähiger.

### LITERATUR

Andersson Joel (2017): Adapting the Battlegroups. European Union Institut for Security Studies (1/2017). Online verfügbar unter https://www.iss.europa.eu/content/adapting-battlegroups, zuletzt geprüft am 01.09.2017.

Barcikowska, Anna (2013): EU Battlegroups. ready to go? European Union Institut for Security Studies (40). Online verfügbar unter https://www.iss.europa.eu/content/eu-battlegroups-%E2%80%93-ready-go, zuletzt geprüft am 13.07.2017.

Classen, Claus Dieter (Hg.) (2007): Europa-Recht. Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften ; Textausgabe. Sonderausg., 22., neubearb. Aufl., Stand 1.7.2007. München, [München]: Dt. Taschenbuch-Verl.; Beck (Dtv, 5014 : Beck-Texte im dtv).

Europäischer Rat (2018): Informelle Tagung der 27 Staats- und Regierungschefs, 23.02.2018. Institutionelle Fragen. Online verfügbar unter <a href="http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2018/02/23/">http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2018/02/23/</a>, zuletzt geprüft am 24.02.2018.

Europäisches Parlament (2018): Pressemitteilung Donald Tusk Online verfügbar unter: <a href="http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/02/23/remarks-by-president-donald-tusk-following-the-informal-meeting-of-the-27-heads-of-state-or-government-on-23-february-2018/">https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/02/23/remarks-by-president-donald-tusk-following-the-informal-meeting-of-the-27-heads-of-state-or-government-on-23-february-2018/</a>, zuletzt geprüft am 27.02.2018.

European Council (2017a): COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN PARLIAMENT, THE COUNCIL, THE EUROPEAN ECONOMIC AND SOCIAL COMMITTEE AND THE COMMITTEE OF THE REGIONS. Launching the European Defence Fund. European Commission. Brüssel (COM(2017)295 final). Online verfügbar unter https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/launching\_the\_european\_defence\_fund.pdf, zuletzt geprüft am 01.09.2017.

European Council (2017b): Reflection paper on the future of European defence. European Commission. Brüssel (COM(2017)315). Online verfügbar unter https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/reflection-paper-defence\_en\_1\_0.pdf, zuletzt geprüft am 01.09.2017.

European External Action Service [2017a]: Military and Civilian Missions and Operations. Online verfügbar unter <a href="https://eeas.europa.eu/headquarters/headquar-ters-homepage/430/military-and-civilian-missions-and-operations\_en">https://eeas.europa.eu/headquarters/headquar-ters-homepage/430/military-and-civilian-missions-and-operations\_en</a>, zuletzt geprüft am: 01.09.2017.

European External Action Service [2017b]: The Common Security and Defence Policy (CSDP). Online verfügbar unter <a href="https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/431/common-security-and-defence-policy-csdp\_en">https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters/headquarters-homepage/431/common-security-and-defence-policy-csdp\_en</a>, zuletzt geprüft am: 01.09.2017.

Guérot, Ulrike (2016): Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie. Bonn: Dietz.

Guérot, Ulrike (2017): Der neue Bürgerkrieg. Das offene Europa und seine Feinde. Berlin: Ullstein (Ullstein Streitschrift).

Habermas, Jürgen; Cronin, Ciaran (2015): The lure of technocracy. Cambridge, Malden, MA: Polity Press.

Hemicker, Lorenz (2018) "Ein hartnäckiger Kandidat", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Online verfügbar unter <a href="http://www.faz.net/aktuell/politik/sicherheitskonferenz/gabriels-rede-auf-der-sicherheitskonferenz-ist-eine-bewerbung-ums-amt-15453957.html">http://www.faz.net/aktuell/politik/sicherheitskonferenz/gabriels-rede-auf-der-sicherheitskonferenz-ist-eine-bewerbung-ums-amt-15453957.html</a>, zuletzt geprüft am 23.02.2018.

Howard Ross, Marc: Psychocultural Interpretation Theory and peace-making in Ethnic Conflicts. In: Political Psychology 1995 (Vol.16, no. 3/1005), S. 523–542.

Jünemann, Annette; Schörnig, Niklas (2002): Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der "Zivilmacht Europa". Ein Widerspruch in sich? Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK-Report, 2002,13).

Koppe, Karlheinz (2007): "Zivilmacht Europa" in: Ehrhart, Hans-Georg; Jaberg, Sabine; Rinke, Bernhard (2007): Die Europäische Union im 21. Jahrhundert. Theorie und Praxis europäischer Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, 123-132. Online verfügbar unter http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90576-1.

Meyer, Thomas; Eisenberg, Johanna (2009): Europäische Identität als Projekt. Innen- und Außensichten. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden. Online verfügbar unter http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-91348-3.

Mouffe, Chantal (2013): Agonistics. Thinking the world politically. London: Verso.

Roithner, Thomas (Hg.) (2014): Werte, Waffen, Wirtschaftsmacht. Wohin steuert die EU-Friedens- und Sicherheitspolitik? Wien, Berlin, Münster: LIT (Internationale Politik, Bd. 15). Spassov, Svetoslav (2014): SEE\*ing European security architecture. \*SEE - South East Europe. Vienna: Republic of Austria Federal Ministry of Defence and Sports (Study group information, 2014,14).

Trischak, Reinhard; Nemec, Camillo (2014): "Die Euroarmee – Zwischen Vision und Wirklichkeit" in: Roithner, Thomas (Hg.): Werte, Waffen, Wirtschaftsmacht. Wohin steuert die EU-Friedensund Sicherheitspolitik? Wien, Berlin, Münster: LIT (Internationale Politik, Bd. 15), 79-87.

Volkan, Vamik D. (1998): Bloodlines. From ethnic pride to ethnic terrorism. Boulder Colo. u.a.: Westview.

# PERSPEKTIVEN DER FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG AUF EUROPA: KONFLIKTE UND IHR POTENZIAL FÜR DIE KONKRETE UTOPIE EINER EUROPÄISCHEN BÜRGERINNENSCHAFT

Nora Sophie Schröder

Europadämmerung heißt der Essay des bulgarischen Intellektuellen Ivan Krastev (Krastev 2017), in dem er der "Desintegration Europas" entgegenblickt – und mit seinem Pessimismus gegenüber Europas Zukunft ist er nicht allein. Denn EUropa¹ steckt nicht nur in einer, sondern gleich in mehreren Krisen. Es steht von vielen Seiten (nicht nur der rechtspopulistischen) unter Beschuss, immer öfter wird vor dem "Scheitern" des europäischen Projekts gewarnt². Es mangelt also nicht an einem Krisen-Bewusstsein und noch weniger an Dringlichkeit, europäische Konflikte gerade jetzt zu beleuchten.

EUropa mangelt es an einer Konkreten Utopie, vermutet die diesjährige Sommerakademie in Stadtschlaining, die sich mit dem Thema Die Welt im Umbruch. Perspektiven für eine europäische Friedenspolitik beschäftigte. Das Konzept der Konkreten Utopie entwickelte der deutsche Philosoph Ernst Bloch in seinem berühmten Werk Das Prinzip Hoffnung (Bloch 1959). Mit seiner Antithese zur damaligen Utopiekritik kritisiert Bloch das vorschnelle Herabsetzen von Utopien als weltfremde Illusionen und verweist stattdessen auf den Raum, den Utopien gerade in Wendezeiten, wie sie EUropa gerade erfährt, einnehmen. Denn die Konkrete Utopie zeichne sich dadurch aus, dass es sich nicht um zufällige, idealisierende Vorstellungen handele, stattdessen versuche sie, realumsetzbare Zukünfte (im Plural) zu beschreiben (vgl. Bloch 1959: 163). Bloch betont die Notwendigkeit, dass somit nicht nur jede Handlung, sondern auch jede Zukunftsvorstellung aus den realen Begebenheiten abgeleitet sein muss.

Ganz ohne Zweifel kann und muss an den aktuellen europäischen Begebenheiten und der gegenwärtigen EU-Politik vieles kritisiert werden. Doch gerade deshalb will dieser Essay den dystopischen Krisennarrativen die Konkrete Utopie einer europäischen BürgerInnenschaft entgegensetzen. Dadurch sollen die derzeitigen Herausforderungen EUropas weder beschönigt noch ignoriert werden, im Gegenteil wird mit Bloch davon ausgegangen, dass der Horizont einer Konkreten Utopie als Fundament jeder verändernden Praxis gelten kann (Bloch 1959: 163).

Die Sommerakademie hat gezeigt, dass die Friedens- und Konfliktforschung gewinnbringende Perspektiven und Ansätze

zur Gestaltung aktueller europäischer Herausforderungen beitragen kann. Besonders relevant erscheinen mir angesichts des krisenhaften Zustands EUropas die Auseinandersetzung mit Konflikten und die spezifische Perspektive auf ihre gesellschaftlichen Funktionen. Denn diese Perspektive ermöglicht es, die gesellschaftlichen, ökonomischen, ökologischen und politischen Herausforderungen in EUropa nicht einfach als Symptome der Krise zu subsumieren, sondern ihr integratives Potenzial erkennen und nutzen zu können. In diesem Sinne erscheint mir besonders der Ansatz der politischen Theoretikerin Chantal Mouffe einen gewinnbringenden Pfad in die Zukunft EUropas zu ebnen, den es, ganz im Sinne einer Konkreten Utopie, in einer Bewegung "von unten" zu gestalten gilt. Zwar erscheint mir die FKF als wertvolle Perspektive für die Erforschung, das Abtasten und Ausleuchten der multiplen Bruchstellen, die EUropa durchziehen, den Kitt müssen jedoch die EuropäerInnen selbst bilden. Diese müssen ihre Stimmen erheben, Übereinstimmungen entdecken und sich aktiv mit ihren Unstimmigkeiten auseinandersetzen. Mit Chantal Mouffe argumentiere ich daher für die Konkrete Utopie einer aktiven europäischen BürgerInnenschaft³, die die europäische Demokratie mitgestaltet. Das Fehlen derselben kann als Nährboden eben jener Phänomene gelten, die den Krisen-Diskurs um EUropas Zukunft derzeit bestimmen. Der folgende Text gliedert sich in vier Teile: Zunächst wird der FKF-wissenschaftliche Zugang zu Konflikt kurz vorgestellt (1.), daran anschließend wird in einer ersten Kontaktaufnahme mit Mouffe darauf Bezug genommen (2.). Im dritten Schritt steht die Debatte einzelner Problemstellungen EUropas im Vordergrund (3.). Dies mündet abschließend in einen Ausblick auf konkrete Handlungsoptionen zur Umsetzung der Konkreten Utopie einer aktiven europäischen BürgerInnenschaft (4.).

Als letzte Vorbemerkung soll darauf hingewiesen werden, dass (glücklicherweise!) EUropa, genauso aber die Disziplin der FKF, durch Vielstimmigkeit gekennzeichnet ist. Dies ist sowohl Herausforderung als auch Motor für Veränderung und Entwicklung. Ich möchte daher im Folgenden durchaus nicht den Anspruch erheben, die FKF als homogenes Forschungsfeld zu charakterisieren, genauso wenig wie es möglich wäre, die europäischen Problemlagen zu identifizieren. Der Artikel

<sup>1</sup> Die Schreibweise "EUropa" soll darauf hinweisen, dass Europa hier nicht allein institutionell verstanden wird, sondern als eine gesellschaftliche, soziale und kulturelle Gemeinschaft unter dem politischen "Dach der EU".

<sup>2</sup> Siehe diesen Spiegel-Artikel über die Medienberichterstattung zu dystopischen Zukunftsszenarien Europas: http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/eu-am-ende-das-droht-wenn-europa-auseinanderbricht-a-1073604.html.

<sup>3</sup> Als BürgerInnenschaft verstehe ich hier nicht ein als gegeben fingiertes Volk, sondern die Summe aller Menschen, die in einem politischen Gemeinwesen zusammenleben. Aktive BürgerInnenschaft sind diejenigen Menschen, die dieses Gemeinwesen nach ihren Vorstellungen mitgestalten.

soll vielmehr exemplarisch anhand einzelner europäischer Fragen aufzeigen, was die konfliktwissenschaftliche Perspektive auf Konflikt zur Gestaltung der Zukunft EUropas beitragen kann.

### Die FKF-Perspektive auf Konflikt und ihr Potenzial

Im Folgenden soll der hier so zentrale Begriff des *Konflikts* kurz skizziert werden und zwar aus der Perspektive der FKF, welche sich den Funktionen von Konflikten zuwendet. Diese Perspektive erscheint für die Untersuchung des Potenzials der Konflikte in EUropa sehr gewinnbringend und bildet daher die theoretische Basis, um in den folgenden Kapiteln die Konkrete Utopie einer europäischen BürgerInnenschaft in Anlehnung an Chantal Mouffe zu entwickeln.

Der Begriff des Konflikts, in seiner Verwendung in Bezug auf politische und soziale Auseinandersetzungen, gehört zu den sozialwissenschaftlichen Grundbegriffen. Dennoch: eine eindeutige Definition, was als "Konflikt" gilt, ist nicht nur umstritten, sondern die Diskussion darum ist seit Entstehen der Disziplin konstitutiv für das Forschungsfeld der FKF (Bonacker 2011: 46). Übereinstimmend lässt sich jedoch sagen, dass Konflikte in der FKF als "allgemeine Tatbestände menschlicher Vergesellschaftungen", als "soziale Tatsachen, die zunächst weder gut noch böse sind "(Bonacker, Imbusch 2004: 195) betrachtet werden. Es muss an dieser Stelle festgehalten werden, dass im Zuge der "konstruktivistischen Wende" in der FKF (Bonacker 2011: 59) Konflikt nicht als natürlicherweise gegeben, sondern als sozial konstruiert betrachtet wird. Eine solche konstruktivistische Perspektive sieht Konflikte als wahrgenommene Interessensgegensätze (Weller 2003), die entsprechend auch de- und rekonstruierbar bleiben.

Bezeichnend für die FKF ist somit nicht allein ihr Themenspektrum, welches von Konfliktgegenständen, Konfliktparteien, Formen der Konfliktaustragung und der Konflikthistorie bis hin zu den Ursachen von Konflikten reicht. Gewinnbringend in Bezug auf das in die Krise geratene EUropa ist besonders ihr Blick auf die konstruktiven Funktionen von Konflikten, genauer: das Potenzial konflikthafter Auseinandersetzungen für das Entstehen einer politischen europäischen Gemeinschaft. Daher werde ich in einem kurzen Abriss auf diesen Theoriezweig der FKF (exemplarisch anhand von Georg Simmel und Lewis Coser) eingehen und diese anschließend mit Chantal Mouffe auf den europäischen Kontext beziehen.

Als einer der frühesten Vertreter der Idee, dass Konflikte

nicht nur konstitutiv für das Soziale seien, sondern auch positive Funktionen darin übernehmen können, muss Georg Simmel gelten. Zur Unauslöschlichkeit des Konflikts aus dem sozialen Miteinander schrieb er schon in seinem berühmten Werk Der Streit aus dem Jahre 1908: "So dürfte es keine soziale Einheit geben, in der die konvergierenden Richtungen der Elemente nicht von divergierenden unablöslich durchzogen wären" (Simmel 1908: 2). Er beschreibt im Weiteren, wie im folgenden Abschnitt mit Lewis Coser und Chantal Mouffe weiter ausgeführt wird, das Aufkommen von Konflikten als unausweichlich, sogar als gewinnbringend für den "Lebensprozess" (Simmel 1908: 2) des Gesamtsystems. In Anlehnung an Simmel (Coser 1956: 29) stellte Lewis Coser im Jahr 1956 in The Functions of Social Conflict dar, dass Konflikte nicht immer dysfunktional und systemstörend wirken: "It is Simmel's contention [...], that conflict is a component of all social relationships and as it fulfills positive functions inasmuch as it leads to the re-establishment of unity and balance in the group" (Coser 1956: 73). Er zeigt darin integrative Funktionen von Konflikten auf, die angesichts des derzeitigen "Desintegrationsprozesses" der EU von besonderer Relevanz erscheinen: Gruppengrenzen werden in Konflikten (re-)konstruiert, die kollektive Zugehörigkeit der Gruppe wird somit gefördert und Identitäten (re-)konstruiert (Coser 1956: 71). In Bezug auf die "eigene" Gruppe haben Konflikte somit einen homogenisierenden Effekt, die Position des Gegenübers wird jedoch dieser bipolaren Vereinfachungslogik folgend ebenso vereinheitlicht und kollektiv abgewertet (Coser 1956: 118). Coser stellt fest, dass nicht nur die einzelnen Gruppenzugehörigkeiten gestärkt werden, auch das gesellschaftliche System als Ganzes, also hier die europäische Gesellschaft, kann von konstruktiv ausgetragenen Konflikten profitieren: Bezogen auf die gesamtgesellschaftliche Ebene tragen demokratisch ausgetragene Konflikte zu sozialem Wandel bei und re-stabilisieren damit das System, sofern es sich den gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen vermag (Coser 1956: 80). Demnach können Konflikte also nicht nur als identifikationsstiftend und als demokratiefördernd, sondern auch als wichtige "Sicherheitsventile" betrachtet werden, da sie Unstimmigkeiten sichtbar machen, bevor es zur (gewaltvollen) Eskalation kommt (Coser 1956: 39).

Der politische Wandel, den EUropa heute so bitter nötig hat, hängt demnach auch von der Art und Weise der Konfliktaustragung und -bearbeitung ab. Diese zeigt nicht nur die Relevanz, sondern darüber hinaus auch das Potenzial friedens- und konfliktwissenschaftlicher Bearbeitung europäischer Konflikte auf. In den aktuellen Krisenphänomenen EUropas spiegeln sich normative Fragen, welche durch Konflikte nicht nur sichtbar, sondern auch verhandelbar gemacht werden. Besonders letzterer Funktion von Konflikten als "Sicherheitsventil" einer demokratischen Gesellschaft muss in Anbetracht rechtspopulistischer, xenophober und nationalistischer Bewegungen in EUropa besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden (siehe Kap. 3). Zunächst soll jedoch im nächsten Kapitel näher auf den Konfliktbegriff bei Chantal Mouffe eingegangen werden, denn zur Beantwortung der Frage, was als "konstruktiver Konflikt" im europäischen Kontext gelten kann, scheint ihr Konzept der Agonistik, eine wichtige Referenz zu sein.

In Hinblick auf die Formulierung einer Konkreten Utopie für

EUropa soll hier also nicht von einem neutralen Arbeitsbe-

### Die Demokratisierung EUropas durch Konflikte

griff des "Konflikts" ausgegangen werden, sondern vielmehr einem Konzept gefolgt werden, welches im Rahmen der Sommerakademie von Chantal Mouffe vorgestellt und diskutiert wurde. Chantal Mouffe, politische Theoretikerin, geht dabei zunächst von zwei zentralen Prämissen aus, die von der FKF geteilt werden (Bonacker; Imbusch 2004: 195): Konflikte sind konstitutiv für das Soziale und wirken darin potenziell konstruktiv. Aus dieser geteilten Perspektive ist Konfliktfreiheit weder jemals erreichbar, noch erstrebenswert, denn Konflikte bergen – wenn sie demokratisch ausgetragen werden - integratives Potenzial. Somit ist das Ziel (auch jenes der Konfliktforschung, Pelinka 2016: 18) nicht die Abschaffung von Konflikten, sondern ihre konstruktive Bearbeitung. Mouffe schlägt in ihrer Theorie der "Agonistik" einen Weg vor, wie Konflikte demokratisch, gewaltfrei und konstruktiv ausgetragen werden könnten (Mouffe 2014). Dieser Weg und sein Potenzial für die Demokratisierung der EU soll im Folgenden als Konkrete Utopie für EUropa nachgezeichnet werden. Die Konkrete Utopie, die in diesem Artikel formuliert wird, lautet: EuropäerInnen müssen sich wieder stimmmächtig fühlen. Denn nur dann werden sie sich auch aktiv in die politischen Konflikte einmischen, die so drängend bearbeitet werden müssen – und so EUropa bürgerschaftlich politisieren. Dass dies derzeit für fast die Hälfte der EuropäerInnen tatsächlich eine Utopie darstellt, erhob das europäische Meinungsumfrage-Tool EUROBAROMETER im Herbst 2016. Darin gaben nur knapp mehr als die Hälfte (54%) an, das Gefühl zu haben, ihre Stimme zähle in der EU (European Commission 2016). Dies lässt erkennen, dass EUropa sich nicht nur in einer so *genannten*, sondern im Fall von Mitbestimmung auch in einer als solchen real *erlebten* "Demokratie-Krise" befindet. Daraus ergeben sich viele Fragen, die friedens- und konfliktwissenschaftliche Bearbeitung verdienen: "Die Konfliktforschung muss sich auch mit der Konstruktion und Dekonstruktion des demos als des gedachten Souveräns demokratischer Ordnung befassen" (Pelinka 2016: 29). Ich werde daher in der folgenden Debatte exemplarisch auf drei Herausforderungen eingehen, die meiner Ansicht nach zentral für diesen Trend und auf das Engste miteinander verwoben sind: die Zunahme von Populismus in EUropa, die (fehlende) Identifikation mit EUropa sowie die Suche nach Formen der Konfliktregulierung und -bearbeitung auf europäischer Ebene vor dem Hintergrund des europäischen Demokratiedefizits.

Zusammenfassend kann man an diesem Punkt festhalten. dass Konflikte als konstitutiv für eine funktionierende Demokratie gelten müssen, sie sind nicht Problem, sondern Basis des Politischen. Aus Mouffes radikaldemokratischer Perspektive wird der Konflikt zum zentralen Bestandteil des Politischen selbst, die Kraft zur Demokratisierung der Demokratie (Mouffe 2005: 2). Verkürzt könnte man mit Mouffe sagen: Konflikt macht Demokratie möglich. Konflikt ist weder notwendiges Übel noch die Konsequenz einer pluralistischen Demokratie, sondern die Voraussetzung für ihre Existenz. Mouffes Theorie besteht aus verschiedenen miteinander verknüpften Dimensionen, die alle von der Annahme der Untilgbarkeit von Konflikt in der Gesellschaft ausgehen. Relevant sind im Kontext europäischer Krisen besonders die Ebene ihrer politischen Identitätstheorie, ihre agonale Demokratietheorie und ihre an Gramsci angelehnte Diskurstheorie. Diese sollen daher im folgenden Kapitel kurz erläutert werden. Davon ausgehend wird mit Chantal Mouffe argumentiert, warum Konflikte als treibende Kraft für die bürgerschaftliche Demokratisierung von EUropa großes Potenzial beinhalten. Meine These lautet, dass das gesellschaftliche Zusammenleben in EUropa von einer Perspektive profitieren würde, welche die (konstruktiven wie destruktiven) Funktionen des sozialen Konflikts im Allgemeinen erforscht – und im Speziellen das integrative Potenzial dieser Konflikte für die europäische BürgerInnenschaft herausarbeitet.

# Herausforderungen und Potenziale europäischer Konflikte

Die heutige Gesellschaft EUropas ist charakterisiert durch ein Spannungsverhältnis zwischen kollektiver Identität und



gesellschaftlicher Pluralität. An dem derzeitigen Zustand EUropas lässt sich ablesen, wie schwer es ist, dem eigenen Motto der EU gerecht zu werden: "Einheit in der Vielfalt", das hieße in und mit europäischer Pluralität zu leben und dennoch kollektive Identifikationsräume zu teilen. Daraus erwachsen Konflikte auf ganz unterschiedlichen Ebenen. In der folgenden Debatte soll gezeigt werden, welche konstruktiven und destruktiven Funktionen diese Konflikte im europäischen Kontext haben können – je nachdem, ob und wie sie ausgetragen und bearbeitet werden. Auf diesen Erkenntnissen aufbauend, skizziere ich im darauffolgenden Kapitel die Konkrete Utopie einer aktiven demokratischen BürgerInnenschaft in EUropa – als eine mögliche Perspektive für eine europäische Friedenspolitik, dem diesjährigen Thema der Sommerakademie.

Wie schon einleitend angedeutet wurde, spielt für Mouffe im Prozess der politischen Identifikation die Wahrnehmung von Unterschieden eine entscheidende Rolle (Mouffe 2012: 630). Es ist jedoch schon an dieser Stelle anzumerken, dass diese Unterschiede als diskursiv konstruiert und nicht essentialistisch betrachtet werden. Ihre These ist, dass die Un-Unterscheidbarkeit politischer Parteien und Positionen zum Anstieg des Rechtspopulismus und zur politischen Apathie vieler BürgerInnen beitrage (Mouffe 2000: 104). Diesem Argument soll im folgenden Abschnitt nachgegangen werden, dafür ist es jedoch sinnvoll, zunächst einen Blick darauf zu werfen, wie der vage Begriff *Identität* in Mouffes Theorie verstanden wird. Mouffe argumentiert, dass Identität eine Summe von Subjektpositionen sei, die durch dominante Kategorien entstehen, mit denen das Individuum in der Gesellschaft konfrontiert wird und in die es sich einordnet (Mouffe, Laclau 1985: 115). Beispielsweise homosexuell zu sein, aktivistisch aktiv zu sein oder eine EU-Bürgerin zu sein, jede dieser Dimensionen prägt die anderen (diskursiv konstruierten) Subjektpositionen und somit die Identität. Dies hat unmittelbar erlebbare Konsequenzen, denn Subjektpositionen beeinflussen und kontrollieren das Verhalten dahingehend, einerseits sozial erwartete Normen zu erfüllen, andererseits mit den eigenen Werten übereinstimmend zu handeln. Während diese individuelle Aushandlung im Subjekt selbst stattfindet, entsteht eine kollektive Identität durch die Identifikation mit Menschen, die ähnliche Subjektpositionen haben.

Mouffes *politische* Identitätstheorie, die hier in Bezug auf EUropa von besonderem Interesse ist, beschäftigt sich mit der Frage, wie politische Identitäten konstruiert und wie diese im Diskurs ausgehandelt werden und darin potenziell zeitweise

gesellschaftliche Dominanz erlangen. Aus einer nicht-essentialistischen Perspektive versteht Mouffe politische Identität als Resultat politischer demokratischer Kämpfe um Hegemonie. Um BürgerInnen zur politischen Partizipation zu mobilisieren, so Mouffe, müsse kollektive, politische Identifikation ermöglicht werden (Mouffe 2012: 630f.). Mouffe fragt also nicht, woher die Konflikte kommen, die politische Identifikationen hervorbringen, vielmehr rekonstruiert sie den Identifikationsprozess im Konflikt selbst. Wie bereits deutlich gemacht wurde, konstruiert sich politische Identität durch bestimmte Subjektpositionen, die durch Abgrenzungsprozesse entstehen, in denen ein "konstitutives Außen" geschaffen wird (Mouffe 2012: 630). Dies erklärt, warum Mouffe die Relevanz politischer Unterscheidbarkeit hervorhebt, denn die Identifikation mit einer Gruppe ist nur dann möglich, wenn ein klar definiertes "Wir" in einem potenziell konflikthaften Verhältnis zum "Anderen" konstruiert wird. In ihrem Verständnis ist nämlich genau dieser "Zusammenstoß legitimer, demokratischer Positionen" (Mouffe 2007: 42) der Indikator für eine blühende Demokratie in pluralistischen Gesellschaften.

Auf eine europapolitische Ebene übertragen bedeutet dies, dass kollektive Identifikation mit EUropa dann stattfindet, wenn die Subjektposition europäische Bürgerln von den Menschen artikuliert und gelebt wird. Um die Politisierung der BürgerInnen zu stärken, muss also diese Subjektposition so gestaltet sein, dass sie zu Identifikation einlädt. Dies kann beispielsweise dadurch geschehen, dem europäischen Krisennarrativ ein Narrativ der Konkreten Utopie einer europäischen BürgerInnenschaft entgegenzusetzen. Im Rückgriff auf die Diskurstheorie<sup>4</sup>, die sie gemeinsam mit Ernesto Laclau entwickelt hat, führt Mouffe aus, dass Artikulationen dieser politischen Identitäten sich zu diskursiven Knotenpunkten vereinen, die bestimmend für den Diskurs sind (Mouffe, Laclau 1985: 161). Wenn also die politische europäische Identität ständig (re-)konstruiert wird und ihre diskursive Bedeutung verändert werden kann (Mouffe; Laclau 1985: 121), so muss die Gestaltungsmacht und Mitbestimmungsmöglichkeiten in EUropa ins Zentrum des Diskurses um die europäische Zukunft gerückt werden. Diese diskursive Verknüpfung von Subjektpositionen kann so hegemoniale Deutungsmacht erlangen und EU-feindlichen Positionen entgegentreten. Wenn Mouffe plurale politische Identifikation als Voraus-

setzung von Politisierung denkt, wird deutlich, warum sie das konsensorientierte (Habermas'sche) Demokratiemodell

<sup>4</sup> Angelehnt an Antonio Gramscis Hegemonietheorie.

ablehnt: Zu viel Aufmerksamkeit auf Konsens und Ablehnung der Konfrontation führen zu Apathie und Unzufriedenheit mit politischer Partizipation. Auch der aktuelle Anstieg von Unterstützung rechtspopulistischer, oftmals anti-europäischer Tendenzen beruhe, so Mouffe, auf der Ununterscheidbarkeit politischer Parteien und Positionen (Mouffe 2000: 104).

Die Voraussetzung dafür, politische Konflikte für das politische Zusammenleben nutzbar zu machen, liegt Mouffe folgend in der Akzeptanz von gesellschaftlicher Pluralität jenseits von Feindschaft. Indem sie die Notwendigkeit von Unterscheidbarkeit politischer Positionen hervorhebt, macht sie deutlich, dass eine Voraussetzung von Konflikt die Sichtbarkeit von unterschiedlichen politischen Positionen im Diskurs ist. Doch müssen diese auf der des Gegenübers basieren und nicht auf der Abwertung oder gar Aberkennung seiner Legitimität. Dies ist, was Feindschaft von Gegnerschaft unterscheidet: "Aus agonistischer Perspektive ist die zentrale Kategorie demokratischer Politik die Kategorie des "Kontrahenten", des Opponenten, mit dem man grundlegende demokratische Prinzipien wie das Ideal ,allgemeiner Freiheit und Gleichheit' teilt, bei deren Interpretation man jedoch unterschiedlicher Auffassung ist" (Mouffe 2014: 28f.). Erst vor diesem Hintergrund können Konflikte politisiert und diskursiv artikulierte Subjektpositionen auf demokratische Weise um hegemoniale Bedeutung ringen. Damit argumentiert Mouffe letztlich für die Schaffung von mehr Anerkennung für kritische Perspektiven innerhalb eines demokratischen europäischen Diskurses: "Solange es unmöglich ist, legitime Kritik an der derzeitigen neoliberalen Politik zu äußern, nimmt es nicht wunder, dass immer mehr Menschen zu EUropaskeptikern werden" (Mouffe 2014: 95).

Mouffe argumentiert, dass rechtspopulistische Bewegungen als Folge einer unzureichenden Repräsentation gelesen werden müssen, da keine legitimen Formen für die Artikulation ihrer Kritik zur Verfügung stehen. Anti-europäische, populistische Positionen können also nicht als Bestandteil eines europäischen Pluralismus gelten, da sie seine demokratischen Grundlagen selbst nicht akzeptieren. Dies wird beispielhaft deutlich in der Rhetorik populistischer Strömungen, welche proklamiert, die wahre Stimme der BürgerInnen zu sein (Thran, Boehnke 2015). In der Definition des Populismus, die Müller vorschlägt, ist daher das Hauptmerkmal nicht die Kritik am Establishment, wie in Zeiten von Trump weithin angenommen wird, sondern die Behauptung als alleinige Sprecher der "wahren" Bürger in Frage zu kommen (Müller 2016). Diese absolutistische

Ideologie kontrastiert per se mit der Idee einer pluralistischen Gesellschaft wie Mouffe sie vor Augen hat. Denn darin genau jenes antagonistische Freund-Feind-Schema sichtbar, welches Mouffe als anti-pluralistisch kritisiert, da es die politische Position des "Anderen" nicht als legitim erachtet und damit potenziell gewaltvoll wirkt.

Hier wird deutlich, was konstruktive von destruktiven Konflikten unterscheidet: Es sind nicht die wahrgenommenen Unterschiede selbst, welche Ressentiments zwischen gesellschaftlichen Gruppen schüren, sondern die Nicht-Anerkennung der Legitimität des Anderen. Diese Haltung artikuliert sich in Praktiken der Hierarchisierung der politischen Positionen, als Abwertung des "Feindes", die charakteristisch für die rechtspopulistische Rhetorik ist. Die Zunahme euroskeptischer Parteien lasse sich somit auch darüber erklären, dass dieselbe Aberkennung politischer Legitimität in Bezug auf EU-kritische politische Stimmen geschehe (Mouffe 2012: 637f.). Mouffe folgend wird auch hier Feindschaft statt Gegnerschaft konstruiert, wodurch die europäische Gesellschaft scheinbar in EU-phoriker ("Pulse of Europe") und EU-Kritiker (beispielsweise die EU-skeptische Parteien im Europäischen Parlament EFDD und ECR) gespalten und eine "demokratisch-domestizierte" politische Konfliktaustragung verhindert wird.

Mouffe sieht also im Ausblenden und der Diffamierung und sozialen Ausgrenzung kritischer Positionen die Gefahr, dass keine legitimen Formen für die Artikulation von Kritik gefunden werden können. Die Folge ist der einleitend erwähnte, empfundene Mangel an Stimm-Macht im europapolitischen Diskurs und beschreibt ein weiteres europäisches Krisenphänomen: Bei europäischen BürgerInnen herrsche politische Apathie und Passivität angesichts des "Mangel[s] an erkennbaren Alternativen" (Mouffe 2014: 45) der in EUropa herrscht. Dieser speist sich aus einer defätistischen TI-NA-Rhetorik (*There Is No Alternative*), die seit der Krise jene Versuche, diese in den Griff zu bekommen, als alternativloses politisches Handeln darstellt. Dem gegenüber kommt "das Politische", das nach Mouffe der Prozess des Kämpfens um das Durchsetzen politischer Interessen ist, zum Erliegen. Hier wird ein Spannungsfeld sichtbar zwischen europäischer Alternativlosigkeit und der theoretischen Diskussion über das Politische im Gegensatz zum Begriff der Politik. Theoretiker des Politischen (Schmitt, Foucault, Lacoue-Labarthe, Nancy, Mouffe, Rancière, Badiou) haben (bei allen Unterschieden) gemein, dass sie die klassische, staatlich orientierte Konzeption der Politik in Frage stellen und den

Begriff des Politischen vorschlagen. Auf einer erkenntnistheoretischen Ebene basiert das Konzept des Politischen auf Einsichten des postmodernen Denkens, wonach es keinen universellen, natürlichen Kern von Wirklichkeit gibt, sondern nur kontinuierliche Kämpfe zwischen einer dominanten und mehreren alternativen Versionen derselben. Somit sind die Fundamente unseres Weltverständnisses niemals stabil, sondern können immer von "außen" in Frage gestellt werden (Marchart 2010, 15f.). Diese post-fundamentalistische Vorstellung ist, was Marchart als das "Spiel der Differenz" (Marchart 2010: 26) benennt und was die Bewegung des Politischen in seiner Suche nach Fundamenten widerspiegelt. die niemals vollendet werden kann. Das hat Konsequenzen für die Art und Weise wie wir über EUropa nachdenken. Denn indem wir anerkennen, dass der europäische Status Quo nicht zufällig und niemals natürlich ist, wird deutlich, dass er potenziell immer veränderbar ist.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass keine institutionelle Ordnung notwendig ist: Genau wie die Konfliktforschung (Pelinka 2016: 20) stellt Mouffe die Frage, welche Macht bei welcher Konfliktpartei erforderlich ist, um ein Gemeinwesen demokratisch zu regeln. Hier lässt sich in EUropa beobachten, dass – mangels einer europäischen Bürgergemeinschaft - bislang noch kaum ein lebendiger demokratischer Diskurs auf europäischer Ebene stattfindet. Eine Politisierung der europäischen politischen Ebene findet demnach genau dann statt, wenn sich BürgerInnen transnational vernetzen und Konflikte somit auf europäischer Ebene sichtbar und bearbeitbar werden (Mouffe 2012: 637). Um diese Art von aktiver europäischer BürgerInnenbeteiligung zu stärken, muss folglich ein Verständnis dafür geschaffen werden, dass die kritikwürdigen Politiken in EUropa keine Naturgesetze sind, sondern dass sie das Ergebnis menschlicher Entscheidungen sind. Erst wenn sich die europäischen BürgerInnen des Gewichts ihrer Stimme gewahr werden, kann sich eine aktive, kritische und solidarische europäische Gesellschaft entwickeln. Wenn also die von Coser und Simmel, aber auch durch Mouffe vertretene These der integrativen Funktionen des Konflikts ernst genommen wird, so sollte die "Konfliktkonfrontation" (Mouffe 2014: 92) als das wesentliche strukturelle Merkmal eines demokratischeren, bürgernahen EUropas gelten. Was dies konkret bedeuten kann, soll abschließend anhand einer möglichen Konkreten Utopie für EUropa verdeutlicht werden.

## Die europäische BürgerInnenschaft als Konkrete Utopie

Das Spannungsverhältnis zwischen politischer Identifikation

und gesellschaftlichem Pluralismus hat das Dilemma verdeutlicht, aus dem EUropas Demokratie-Krise entspringt. Deswegen frage ich abschließend: Wie kann eine EU-kritische, pro-europäische Auseinandersetzung stattfinden, die gesellschaftliche Konflikte und Missstände sichtbar und so bearbeitbar macht? Wie kann das Potenzial von Konflikten zwischen politischen Gegnern für die Demokratisierung einer europäischen pluralistischen Gesellschaft genutzt werden? Um die Herausforderungen von EUropas Zukunft kritisch zu untersuchen, scheint Mouffes Konzept der "Agonistik", ein nützlicher Ausgangspunkt zu sein. Wie bereits ausgeführt wurde, steht für Mouffe nicht Konsens und Harmonie, sondern Dissens und Konflikt im Fokus des demokratischen Systems. In der per se konflikthaften, da pluralistischen Gesellschaft muss es also Institutionen geben, deren Aufgabe darin besteht, Konflikte demokratisch zu bearbeiten. Ihr agonistisches Demokratiemodell, welches hier als Hintergrundfolie für die Herausbildung einer Konkreten Utopie aktiver europäischer BürgerInnenschaft dient, entwickelte sie maßgeblich in ihren Werken *The Democratic Paradox* (2000) und On the Political (2005). Es basiert im Wesentlichen auf der normativen Annahme, dass in einem demokratischen Rahmen Antagonismen, die sich durch Feindschaft auszeichnen, durch Agonismen, die sich durch Gegnerschaft auszeichnen, ersetzt werden sollen. So werden politische Feinde zu politischen Gegnern (Mouffe 2012: 632). "Agonistik" hat zum Ziel, eine legitime "Wir"-"Sie"-Beziehung zwischen politischen Gegnern zu etablieren, unter denen das demokratische Austragen von Konflikten möglich ist. Demokratie bedeutet hier also Konfliktdomestizierung.

Entsprechend positioniert sich Mouffe damit gegen Konsens-orientierte Ansätze wie jenen von Habermas, dem sie einen politischen Bezug gänzlich aberkennt, wenn sie ihn beschreibt als "an anti-political vision which refuses to acknowledge the antagonistic dimension of ,the political " (Mouffe 2005: 2). Damit distanziert sie sich ebenfalls von der Habermaschen Idee, dass die Aufgabe der demokratischen Institutionen darin bestehe, Konflikte zu beseitigen. Denn erstens, so lässt sich das letzte Kapitel zusammenfassen, können Konflikte nach Mouffe niemals komplett beseitigt werden, zweitens können diese sehr konstruktiv für die Gesellschaft sein und drittens seien Konflikte die Kraft des Politischen selbst – damit würde sich das Politische folglich selbst abschaffen und zu einer bloßen Verwaltung öffentlicher Fragen werden, wie es im Übrigen seit einigen Jahren die Theorie der Postdemokratie (Crouch 2012, Zizek 2001) kritisiert.

Mouffes Demokratieverständnis einer pluralistischen Gesellschaft folgt stattdessen dem Ideal eines "konflikthaften Konsens" (Mouffe 2012: 638), der sich artikuliert in der gegenseitigen Anerkennung von demokratischen Normen und Regeln unter denen Konflikte öffentlich ausgetragen werden können. Somit formuliert Mouffe Konflikt als die *conditio sine qua non* für eine effektive Bewegung für die Demokratie (Mouffe 2005: 3).

Mouffes Theorie des agonistischen Pluralismus bündelt ihre Annahmen, dass Unterschiede, Konflikte und Kritik eine entscheidende Rolle spielen, um den demokratischen Prozess am Leben zu erhalten. In den aktuellen Krisenphänomenen EUropas spiegeln sich eben diese Bruchstellen; Konflikte sind die Chance, diese nicht nur sichtbar zu machen, sondern auch zu gestalten. Mouffes Demokratietheorie folgend ist die europäische Demokratie nicht einfach ein Ort, der Konflikte ermöglicht, im Gegenteil: Der Konflikt selbst ist die Lebensbedingung für europäische Demokratie. Dies macht deutlich, dass Konflikte der zentrale Ansatzpunkt für die Umsetzung der Konkreten Utopie einer europäischen BürgerInnenschaft sein müssen. An dieser Stelle ist die Konfliktforschung gefragt, die bürgerschaftliche Demokratisierung von EUropa durch die Erforschung des integrativen Potenzials der europäischen Konflikte zu unterstützen.

Ganz sicher konnten uns die Beiträge der Sommerakademie für die Dringlichkeit und Notwendigkeit sensibilisieren, die aktuellen Konflikte in EUropa aus einer FKF-Perspektive zu betrachten. Doch ausgehend von dieser Sensibilisierung beginnt die (Selbst-)Reflexion des eigenen Handelns, welches nicht an den vorgestellten Grenzen des Möglichen stehen bleiben darf, sondern im Sinne einer Konkreten Utopie den "Horizont des Wirklichen" abzutasten und die Grenzen zu verschieben versucht. Zwar ist der Anspruch dieses Essays, darauf hinzuweisen, dass dies kollektiv und systematisch durch die FKF geschehen sollte, doch beginnen können wir schon hier und heute durch gelebte Praxis.

### LITERATUR

Bloch, Ernst (1959) *Das Prinzip Hoffnung*. In fünf Teilen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bonacker, Thorsten (2005) "Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien: Einleitung und Überblick." In: Sozialwissenschaftliche
Konflikttheorien. Eine Einführung, edited by Bonacker, Thorsten,
16-23. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Bonacker, Thorsten (2011) "Forschung für oder über den
Frieden? Zum Selbstverständnis der Friedens- und Konfliktforschung." In: Friedens- und Konfliktforschung, edited by Schlotter, Peter and Wisotzki, Simone, 46-77. Baden-Baden: Nomos.
Bonacker, Thorsten and Imbusch, Peter (2004) "Sozialwissenschaftliche Konfliktforschung." In: Krieg und Frieden. Handbuch
der Konflikt- und Friedenspsychologie, edited by Sommer,
Gert and Fuchs, Albert: 195-207. Weinheim: Beltz PVU.
Coser, Lewis (1956) The functions of social conflict.
Glencoe, IL: Free Press.

Crouch, Colin (2012) *Postdemokratie*. Frankfurt/M.: Suhrkamp. European Commission (2016) Standard *Eurobarometer 86.*Country report Germany: Fall 2014. TNS Opinion & Social.

Krastev, Ivan (2017) *Europadämmerung: Ein Essay.*Berlin: Suhrkamp.

Marchart , Oliver (2010) *Die politische Differenz: Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben.* Berlin: Suhrkamp.

Mouffe, Chantal (2000) *The democratic paradox.* London: Verso. Mouffe, Chantal (2005) *On the political.* New York: Routledge. Mouffe, Chantal (2007) *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion.* Frankfurt am Main: Suhrkamp. Mouffe, Chantal (2014) *Agonistik: Die Welt politisch denken.* Frankfurt am Main: Suhrkamp. Mouffe, Chantal (2012) "An Agonistic Approach to the Future of Europe." *New Literary History* 43 (4): 629-640.

Mouffe, Chantal and Laclau, Ernesto (1985) Hegemony and socialist strategy. New York, London: Verso.

Müller, Jan Werner (2016) Was ist Populismus?

Ein Essay. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Pelinka, Anton (2016) "Konfliktforschung." In: Friedensforschung, Konfliktforschung, Demokratieforschung. Ein Handbuch, edited by Diendorfer; Bellak and Pelinka; Wintersteiner, 17 - 34. Köln: Böhlau Studienbücher.

Simmel, Georg (1908) Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Berlin: Duncker&Humblot.
Thran, Malte and Boehnke, Lukas (2015) "The value-based nationalism of Pegida." In: Journal for Deradicalization 15 (3): 178 – 209.
Weller, Christoph (2003) "Internationale Politik und Konstruktivismus: Ein Beipackzettel." In: WeltTrends 41(1): 107 – 123.
Žižek, Slavoj (2001) Die Tücke des Subjekts. Frankfurt: Suhrkamp.

<sup>5 &</sup>quot;Alles Wirkliche hat einen Horizont" (Bloch 1959, 256).





Austrian Study Centre for Peace and Conflict Resolution (ASPR)

Rochusplatz 1, 7461 Stadtschlaining, Austria
Phone: +43 3355 2498, Fax: +43 3355 2662, E-Mail: aspr@aspr.ac.at
www.aspr.ac.at | ASPR\_Schlaining | ASPR\_Schlaining